

Cash-flow der Aktiengesellschaften

Übersicht 3

	Zahl der Betriebe	1987	1988
		Mill S	
Basissektor	17	9 429 6	11 059 3
Chemie	5	1 148 9	1 765 9
Bauzulieferbranchen	10	1 657 9	1 899 6
Technische Verarbeitungsprodukte	25	5 942 2	5 290 3
Traditionelle Konsumgüterbranchen	13	2 922 7	1 412 2
Insgesamt	71	21 101 3	21 427 4

Q: Auswertung von Firmenbilanzen durch das WIFO. Cash-flow nach Definition des WIFO. — Basissektor: Bergwerke, Erdölindustrie, Eisenhütten, NE-Metallindustrie, Papierindustrie; Bauzulieferbranchen: Stein- und keramische Industrie, Glasindustrie, Holzverarbeitende Industrie, Technische Verarbeitungsprodukte; Maschinen- und Stahlbauindustrie, Fahrzeugindustrie, Eisen- und Metallwarenindustrie, Elektroindustrie; Traditionelle Konsumgüterbranchen: Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Textil-, Bekleidungs-, Lederindustrie

durch den kräftigen Anstieg der Produktivität (+8,3%), der doppelt so hoch war wie im langfristigen Trend

Der Basissektor profitierte vom Konjunkturaufschwung am meisten, er weitete seine Produktion gegenüber 1987 um +7,1% aus. Die Eisen- und Stahlindustrie nützte die internationale Grundstoffhausse zu kräftigen Produktivitätssteigerungen (+20,7%). Die dadurch verbesserten Erträge trugen wesentlich zur Verbesserung der Finanzierungslage der Verstaatlichten Industrie bei: Sie erzielte 1988 erstmals seit 1984 ein positives Betriebsergebnis. Die kräftige Nachfrage nach Vorprodukten und Grundstoffen ermöglichte nahezu im gesamten Jahresverlauf eine überdurchschnittlich gute Auslastung der Schlüsselbranchen dieses Sektors. Von der guten Grundstoffkonjunktur war auch die Chemieindustrie begünstigt (Output +11,4%).

In der zweiten Jahreshälfte erhielt die Industrieproduktion von der sich belebenden Investitionstätigkeit weitere Impulse. Aus strukturellen Gründen konnte die heimische Industrie die steigende Nachfrage nach Investitionsgütern jedoch nicht voll nutzen. Das Produktionswachstum des technischen Verarbeitungssektors (+6,9%) überstieg den Industriedurchschnitt nur geringfügig, die Maschinenindustrie — die Schlüsselbranche dieses Sektors — blieb mit +5,1% sogar darunter.

Als einzige Branchengruppe profitierten die Erzeuger traditioneller Konsumgüter überhaupt nicht vom Konjunkturaufschwung. Mit einem Zuwachs von 0,5% überschritten sie das Produktionsniveau des Jahres 1987 nur wenig.

Die ausgezeichnete Mengenkonjunktur war 1988 von einer durchwegs günstigen Preis- und Kostenentwick-

lung begleitet. Die Industriepreise zogen im Durchschnitt um 1,8% an, die Exportpreise sogar um 2,2%.

Entscheidend für die Selbstfinanzierungskraft der österreichischen Industrie sind die Arbeitskosten. Sie nahmen 1988 mit -4,4% seit 1970 am kräftigsten ab. Im Bereich der Finanzierungskosten trug der geringfügige Rückgang der Prime Rate — des Zinssatzes für Kreditnehmer mit bester Bonität — (auf durchschnittlich 8,5%) zur Entlastung bei.

Einen Kostenauftrieb bewirkte 1988 nur die Verteuerung von Rohstoffen: Ihre Preise stiegen 1988 um 19,8%, blieben damit allerdings noch immer deutlich unter dem Niveau von 1985.

Die Befragung durch die Vereinigung Österreichischer Industrieller (VÖI) bestätigt die günstige Preis- und Kostensituation der Industrie im Jahr 1988. Die Unternehmen meldeten eine Steigerung des Cash-flows um 29,2%. Für 1988 hatten sie einen Zuwachs von nur rund 5,0% erwartet. Die Cash-flow-Umsatz-Relation des VÖI-Samples erreichte 1988 mit 11,3% ihre bisherige Höchstmarke. Die Auswertung der Bilanzen von 71 Unternehmen zeigt für 1988 ebenfalls eine sehr gute Ertragslage, die Cash-flow-Quote dieses Samples stieg von 21,3% (1987) auf 33,0% (1988).

Die ökonomischen Schätzun-

gen des Cash-flows für 1988 hatten bei der letzten Auswertung den pessimistischen Annahmen der Unternehmen im VÖI-Sample deutlich widersprochen. Sie hatten einen Zuwachs des Cash-flows gegenüber 1987 von mindestens 12,0% ergeben. Bezogen auf die Wertschöpfung der Industrie — den Rohertrag — bedeutete dies einen prognostizierten Anstieg der Cash-flow-Quote auf mindestens 30,0%. In der Prognosebegründung wurde allerdings darauf hingewiesen, daß die Werte mit großer Wahrscheinlichkeit am unteren Ende des Prognoseintervalls liegen dürften.

Neuberechnungen mit den endgültigen Daten für 1988 bestätigen diese Einschränkung: Nach den jüng-

Die ausgezeichnete Industriekonjunktur und die mäßige Arbeitskostenentwicklung ermöglichten 1988 einen Zuwachs des Cash-flows von 18%. Die Cash-flow-Quote erreichte einen Wert von 31%.

sten Schätzungen stieg der Cash-flow der Industrie mit rund +18,0% deutlich stärker als erwartet. Auf dieser Basis stieg die Cash-flow-Quote im Jahr 1988 auf ihren bisher höchsten Wert (31,0%, um 1 Prozentpunkt höher als 1988 erwartet). Die Rechnung für die einzelnen Sektoren bestätigt die Korrektur der Schätzung nach oben.

Die Ertragsentwicklung der verschiedenen Industriesektoren spiegelt das vorherrschende Konjunkturmuster wider. Am deutlichsten erhöhten die Branchen des Basissektors, der Chemieindustrie und der technischen Verarbeitung ihre Selbstfinanzierungskraft.

Der Basissektor produzierte 1988 um 7,0% mehr als 1987, die Produktivität der Beschäftigten stieg um 13,5%. Obgleich die Erzeugerpreise im Durchschnitt um 1,3% sanken,

Indikatoren der Kosten- und Ertragsentwicklung der österreichischen Industrie

Übersicht 4

	Preisindex ¹⁾	Exportpreise ²⁾	Arbeitskosten	Industrie- rohstoffpreise ³⁾	Prime Rate
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1985	+1,8	+3,5	+1,4	-4,7	+9,2
1986	-0,7	-3,4	+3,0	-22,3	+9,1
1987	+0,2	-2,3	+1,2	-0,1	+8,6
1988	+1,8	+2,2	-4,4	+19,8	+8,5

Q: WIFO-Datenbank. — ¹⁾ Relation Produktionswert zu Produktionsindex, ohne Erdölindustrie. — ²⁾ Durchschnittswerte der Warenexporte (S je 1). — ³⁾ HWWA-Rohstoffpreisindex auf Schillingbasis.

der Zunahme der Produktion von Vorleistungsgütern nun voll an der Expansion der Industrieproduktion teilnimmt

Erholung der Industriebeschäftigung

Nach einer langen Zeit rückläufiger Industriebeschäftigung war im II. Quartal erstmals eine leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen; im III. Quartal fiel der Anstieg der Beschäftigung in der Industrie deutlicher aus (+1,1%)

In Niederösterreich (+2,8%), dem Burgenland (+6,2%), in Kärnten (+2,6%), Salzburg (+2,4%), Tirol und in Vorarlberg (jeweils +2,5%) nahm die Zahl der Industriebeschäftigten sogar kräftig zu. In Oberösterreich (+0,8%) hat sich die Situation weiter entspannt, in der Steiermark (+0,9%) nahm die Industriebeschäftigung erstmals wieder zu. In beiden Ländern drückt die Sanierung der Stahlindustrie das Ergebnis. Mit Ausnahme des Burgenlandes, das die hohe Zuwachsrates des II. Quartals annähernd halten konnte, beschleunigte sich im III. Quartal das Wachstum der Beschäftigung in der Industrie in allen Bundesländern.

Gegenläufig zum gesamtösterreichischen Trend entwickelte sich die Industriebeschäftigung in Wien (-2,0%). Im Durchschnitt des III. Quartals waren in der Wiener Industrie um rund 2 000 Personen weniger beschäftigt als im Jahr davor, gegenüber den letzten fünf Jahren schwächte sich der Rückgang nur wenig ab (-3.000 im Durchschnitt pro Jahr).

Der Strukturwandel, der sich in nahezu allen Bundesländern vollzieht, ist am Schrumpfen der Beschäftigung im Montansektor (-8,4%) und im Bekleidungssektor (-2,7%) sowie in einer Beschäftigungsausweitung im Verarbeitungssektor (+2,8%) und im Technologiesektor (+3,5%) zu erkennen. Allein in Wien waren alle Sektoren der Industrie von Beschäftigungsrückgängen betroffen, die Struktur-schwäche läßt sich vor allem mit dem überdurchschnittlich großen Wachstumsrückstand im Technologiesektor belegen.

Die Nachfrage nach Bauleistungen ist zum größeren Teil von der Bereitstellung öffentlicher Mittel abhängig

Indikatoren der Industrieentwicklung III. Quartal 1989

Übersicht 1

	Produktionsindex	Produktionswert	Geleistete Arbeiterstunden	Beschäftigte
		In % des Vorjahres	Österreich = 100	
Wien	93,8	90,1	96,2	96,9
Niederösterreich	102,4	101,6	101,0	101,7
Burgenland	105,2	107,2	104,5	105,1
Steiermark	100,5	99,1	100,2	99,8
Kärnten	102,3	108,9	101,3	101,5
Oberösterreich	100,2	101,7	99,2	99,7
Salzburg	104,6	106,2	101,8	101,3
Tirol	100,3	101,9	103,0	101,4
Vorarlberg	101,8	99,2	102,1	101,4
Österreich	100,0	100,0	100,0	100,0

und deshalb relativ lose mit der Gesamtkonjunktur verbunden. In Wien hat die Baukonjunktur ihren Höhepunkt eindeutig überschritten, und in den übrigen Bundesländern ist sie stark aufgesplittet. Große, unmittelbar bevorstehende Aufgaben sorgen aber für Optimismus im Bauwesen.

Die Entwicklung im Reiseverkehr war — gekennzeichnet von weiterer Konzentration und Qualitätsverbesserung — insgesamt, vor allem aber im Ausländertourismus sehr zufriedenstellend. Überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielten die ausgeprägten Fremdenverkehrsländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg sowie die Unterkunfts-kategorien A und B. Kärnten konnte vor allem die Nachsaison besser nutzen als im Vorjahr.

Die Konzentration auf bestimmte Herkunftsmärkte nahm hingegen ab, zusätzliche Gäste wurden vor allem außerhalb der Bundesrepublik Deutschland gewonnen. Nur in Niederösterreich und im Burgenland fielen die Zuwächse gering aus, da auf dem Inlandsmarkt größere Verluste zu verzeichnen waren.

Arbeitsmarkt weiter expansiv

Die Nachfrage nach Arbeitskräften blieb bis zum Jahresende lebhaft, das Wachstum der Beschäftigung hat sich in der zweiten Jahreshälfte sogar noch beschleunigt.

Die regionale Streuung der Nachfrage verringerte sich, da Nachzügler im Laufe des Jahres aufgeschlossen haben. Auch das ist ein Indiz für die Stabilität der Konjunktur.

In der Ostregion, in Kärnten, Oberösterreich und Salzburg entwickelte sich die Beschäftigung gleich-

mäßig günstig, in der Steiermark — von niedrigerem Niveau — etwas besser, sodaß sie zum Jahresende mit der Ostregion gleichziehen dürfte. In Niederösterreich und Tirol scheint der Höhepunkt der Entwicklung erreicht zu sein, in Wien blieb der Zuwachs der Beschäftigung weiterhin um 1,3 Prozentpunkte hinter dem Durchschnitt der übrigen Länder zurück.

Die Belebung der Nachfrage konzentriert sich auf die Industrie und das gütererzeugende Gewerbe. In Oberösterreich, Niederösterreich und der Steiermark bleibt das Wachstum der Beschäftigung in der Güterproduktion mit 1,5% (Durchschnitt Oktober-November gegenüber dem Vorjahr) um die Hälfte hinter der Rate im Burgenland, in Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg (im Durchschnitt +3%) zurück. In Wien schrumpfte die Zahl der in diesem Sektor Beschäftigten sogar (-1,7%).

Außergewöhnlich dynamisch war die Arbeitskräftenachfrage der Wirtschaftsdienste (Österreich +8%), die Zuwachsraten der einzelnen Bundesländer betrugen zwischen 6% und 10%.

Abkoppelung der Arbeitslosigkeit

Die kräftige Belebung der Nachfrage wirkte sich kaum auf die Arbeitslosigkeit aus, sie sank — von Saisonbewegungen abgesehen — nur ganz geringfügig. Dieses Phänomen gab zu zahlreichen Mutmaßungen Anlaß, die eine genauere Unterscheidung der verschiedenen Quellen der Rekrutierung von Beschäftigung nahelegen.

Reallöhne, Produktivität und Reallohnücke

Übersicht 1

	Ø 1970/1980	Ø 1980/1988	1987	1988	1989
	Jährliche Veränderung in %				
Produktivität ¹⁾	+2,9	+1,9	+2,0	+3,9	+2,6
Reallohn pro Kopf ²⁾	+3,4	+1,2	+3,0	+1,1	+2,5
Reallohnücke ³⁾	+1,2	-0,5	+0,5	-2,6	+0,1

Q. Österreichisches Statistisches Zentralamt, eigene Berechnungen. — ¹⁾ Reales Brutto-Inlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ²⁾ Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten, deflationiert mit dem Deflator des privaten Konsums. — ³⁾ Reallohnzuwachs minus Produktivitätszuwachs minus Veränderung der Terms of Trade (Breuss 1983)

Wertverlustes einer Reihe von Währungen verstärkte den Konkurrenzdruck vom Weltmarkt

- Schließlich dämpften auch die deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Strukturkrise in der Verstaatlichten Industrie die Lohnentwicklung

Verbesserung des Lohn- und Produktivitätsniveaus im internationalen Vergleich

Die Entwicklung von Einkommen und Produktivität in Österreich kennzeichnete in den letzten zwei Jahrzehnten ein zügiger Aufholprozeß gegenüber Westeuropa, der in den siebziger und frühen achtziger Jahren seinen Höhepunkt erreichte. Nach einer Pause zeichnet sich erst seit 1988 wieder ein dynamischeres Wachstum der heimischen Wirtschaft ab

Vergleich in Kaufkraftparitäten

Zu Kaufkraftparitäten¹⁾ bewertet war 1970 das Lohn- und Produktivitätsniveau in der Bundesrepublik Deutschland um knapp ein Viertel höher als in Österreich. Bis 1983 wuchsen Einkommen und Output je Beschäftigten in Österreich deutlich rascher als in der Bundesrepublik Deutschland. Mitte der achtziger Jahre blieb die heimische Wirtschaft etwas zurück und erreichte erst wieder im letzten Jahr einen höheren Produktivitätsfortschritt. Bis 1988 schrumpfte der Vorsprung der Bundesrepublik Deutschland im Produktivitätsniveau auf 13% und jener im Einkommensniveau auf 16%.

Der Lohnvorsprung der Europäischen Gemeinschaften (EG 12) ist

wesentlich größer als ihr Produktivitätsvorsprung. Gemessen in Kaufkraftparitäten war das Lohnniveau in der EG 1970 um rund 22% und das Produktivitätsniveau um knapp 9% höher als in Österreich. Bis 1988 wurde der Produktivitätsabstand vollständig abgebaut. Heute ist der Output je Erwerbstätigen in Österreich gleich hoch wie im Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft. Die Lohneinkommen sind aber in der EG — zu Kaufkraftparitäten bewertet — um 14% höher als in Österreich, daraus

ergibt sich in der EG eine deutlich höhere Lohnquote²⁾ bzw. niedrigere Gewinnquote als in Österreich.

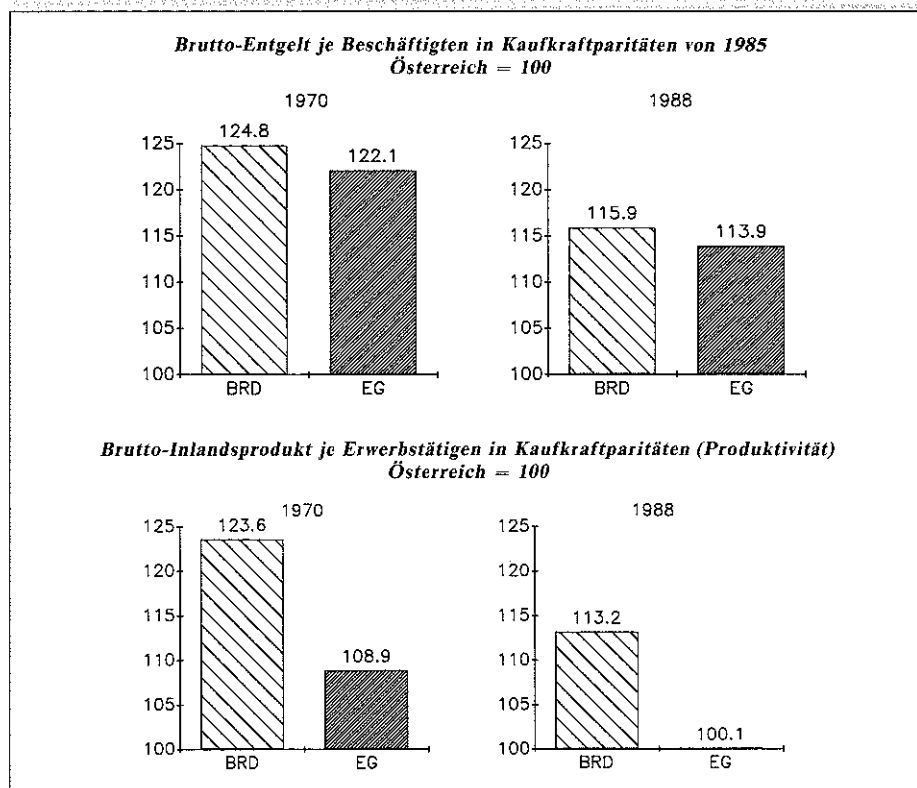
Im internationalen Vergleich drückt vor allem die in Österreich relativ kurze Arbeitszeit das Einkom-

Österreich konnte in den letzten zwei Jahrzehnten seinen Produktivitätsrückstand sowohl gegenüber der Bundesrepublik Deutschland als auch der EG um 10 Prozentpunkte verringern. Die Arbeitsproduktivität ist damit heute in Österreich gleich hoch wie in der EG.

mensniveau und die Produktion je Beschäftigten. Mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland und Dänemarks wird in den EG-Ländern pro Jahr länger gearbeitet als in Österreich. Damit liegt in Österreich die Stundenproduktivität in der Gesamt-

Lohn- und Produktivitätsvergleich

Abbildung 2



Österreich konnte in den letzten zwei Jahrzehnten seinen Einkommens- und Produktivitätsrückstand gegenüber Westeuropa um 10 Prozentpunkte verringern. Bei gleichem Produktivitätsniveau sind heute die Lohneinkommen — zu Kaufkraftparitäten bewertet — in der EG um 14% höher als in Österreich. Die BRD hat gegenüber Österreich bei um 13% höherer Produktion je Beschäftigten einen Einkommensvorsprung von 16%.

¹⁾ Kaufkraftparitäten geben das Verhältnis zwischen den Kosten für den Kauf eines bestimmten Güter- und Dienstleistungsbündels (BIP) im Inland zu heimischen Preisen einerseits und den Kosten für den Kauf des gleichen Bündels im Vergleichsland zu den dort herrschenden Preisen andererseits wieder. Die hier verwendeten Kaufkraftparitäten wurden vom Statistischen Büro der Europäischen Gemeinschaften und der OECD in Kooperation erarbeitet (Blades — Roberts 1987).

²⁾ Hier gemessen als Lohnanteil am Brutto-Inlandsprodukt

Industrie

	1987	1988	1989	1989				1989	1989	1990
				II Qu	III Qu	IV Qu	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	+ 19	+ 84		+ 80	+ 56	+ 45	+ 22	+ 33	+ 82	
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	- 24	+ 66		+ 104	+ 58	- 31	- 38	- 61	+ 06	
Für die Textil- und Lederbranchen	- 42	+ 11		+ 15	+ 41	+ 72	+ 42	+ 62	+ 115	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 28	+ 108		+ 86	+ 43	+ 13	- 08	+ 02	+ 49	
Für die Chemie	+ 85	+ 123		+ 84	+ 70	+ 56	+ 54	+ 27	+ 89	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	+ 63	+ 79		- 16	+ 79	- 90	- 136	- 63	- 67	
Für die Grundmetallverarbeitung	+ 27	+ 09		+ 76	+ 12	- 81	- 16	- 146	- 19	
Für die Technische Verarbeitung	- 08	+ 105		+ 123	+ 93	+ 68	+ 38	+ 71	+ 95	
Für die Bauwirtschaft	+ 42	+ 111		+ 62	+ 15	+ 64	+ 25	+ 76	+ 102	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 51	+ 66		+ 30	+ 54	+ 78	+ 33	+ 64	+ 136	
Ausrüstungsinvestitionen	- 81	+ 62		+ 58	+ 08	+ 115	+ 86	+ 72	+ 170	
Fahrzeuge	- 185	+ 164		- 226	- 183	+ 141	- 214	+ 173	+ 477	
Maschinen und Elektrogeräte	- 86	+ 30		+ 84	+ 35	+ 98	+ 167	+ 67	+ 76	
Sonstige	+ 10	+ 123		+ 137	+ 08	+ 153	+ 68	+ 39	+ 320	
Konsumgüter	- 10	+ 04		+ 57	+ 67	+ 111	+ 85	+ 105	+ 148	
Verbrauchsgüter	+ 13	+ 16		+ 59	+ 40	+ 86	+ 81	+ 55	+ 124	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 31	- 28		- 02	+ 29	+ 77	+ 32	+ 95	+ 108	
Langlebige Gebrauchsgüter	- 25	+ 27		+ 153	+ 211	+ 221	+ 172	+ 237	+ 257	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	- 08	+ 60		+ 71	+ 49	+ 74	+ 48	+ 57	+ 117	
Nicht arbeitstätig bereinigt	- 04	+ 64		+ 72	+ 35	+ 57	+ 101	+ 60	+ 10	
Konjunkturreihe	- 07	+ 62		+ 71	+ 45	+ 69	+ 64	+ 58	+ 85	
Produktivität pro Kopf	+ 21	+ 83		+ 67	+ 38		+ 33	+ 40		
Produktivität pro Stunde	+ 48	+ 83		+ 70	+ 37		+ 56	+ 52		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 24	+ 102	+ 93	+ 139	+ 56	+ 55	+ 116	+ 60	- 12	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 18	+ 88	+ 160	+ 162	+ 156	+ 132	+ 163	+ 140	+ 95	

Bauwirtschaft

	1987	1988	1989	1989				1989	1989	1990
				II Qu	III Qu	IV Qu	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktionswert (nominell)	+ 51	+ 67		- 01	- 01		+ 45	+ 39		
Hochbau	+ 72	+ 123		- 10	- 12		- 11	- 11		
Tiefbau	+ 40	+ 01		- 11	+ 00		+ 97	+ 92		
Beschäftigte	+ 19	- 14		+ 02	- 04		+ 04	+ 04		
Hochbau	+ 12	- 08		- 14	- 13		- 04	- 17		
Tiefbau	+ 20	- 31		+ 12	+ 09		+ 19	+ 33		
Auftragsbestände	+ 08	- 53		- 26	+ 65					
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+ 39	- 21		- 33	+ 50					
Preisindex Hochbau	+ 23	+ 32	+ 36	+ 38	+ 38	+ 28				
Wohnbau	+ 36	+ 33	+ 35	+ 38	+ 37	+ 28				
Preisindex Tiefbau		+ 19	+ 26	+ 29	+ 19	+ 28				
Straßenbau	+ 02	- 05	+ 08	+ 00	+ 10	+ 20				

Energiewirtschaft

	1987	1988	1989	1989				1989	1989	1990
				II Qu	III Qu	IV Qu	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	+ 75	- 15		- 48	- 07		+ 63			
Kohle	- 62	- 327	- 30	+ 105	- 59	- 08	- 60	+ 96	- 78	
Erdöl	- 48	+ 106		- 61	- 117		+ 32			
Erdgas	+ 50	+ 74		+ 116	- 35		- 21			
Stromerzeugung	+ 131	- 30	+ 23	- 43	+ 56	+ 55	+ 65	+ 41	+ 58	
Wasserkraft	+ 159	- 05	- 11	- 94	+ 33	- 28	+ 129	+ 29	- 210	
Wärmekraft	+ 63	- 95	+ 124	+ 367	+ 193	+ 189	- 49	+ 58	+ 576	
Verbrauch	+ 38	- 28		+ 39	+ 28					
Kohle	+ 54	- 119		+ 41	+ 08					
Erdöl, Mineralölprodukte	+ 21	- 13		+ 10	+ 21					
Treibstoffe	+ 09	+ 59		+ 05	+ 30					
Normalbenzin	+ 187	- 01		+ 89	+ 101					
Superbenzin	- 31	+ 15		- 44	- 35					
Dieselmotoren	- 06	+ 134		+ 23	+ 71					
Heizöle	+ 07	- 120		+ 29	+ 30					
Gasöl für Heizzwecke	+ 76	- 31		+ 166	+ 101					
Sonstige Heizöle	- 21	- 160		- 49	- 20					
Erdgas	+ 50	- 57		+ 230	+ 94					
Elektrischer Strom	+ 36	+ 31	+ 30	+ 46	+ 39	+ 28	+ 45	+ 07	+ 33	

Volkseinkommen der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder Übersicht 1

	Anteile pro Kopf	
	In %	In Kronen
Deutsch-Österreich	33,8	790
Böhmen Mähren Schlesien	42,8	630
Galizien	13,7	250
Südtirol Triest, Istrien	4,8	450
Slowenien Dalmatien	3,3	300
Bukowina	1,6	300
Österreichische Reichshälfte	100,0	520

Q. Kausel — Nemeth — Seidel, (1965 S. 4)

wesentlichen ungestört vollzog. Nach Berechnungen des WIFO erreichte das Volkseinkommen je Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 im heutigen österreichischen Bundesgebiet 790 Kronen und in Böhmen, Mähren sowie Schlesien 630 Kronen. Damit war Österreich nicht weit vom deutschen Niveau entfernt (Kausel — Nemeth — Seidel, 1965, S. 4) und übertraf das Einkommensniveau in den Ländern der böhmischen Krone um ein Viertel.

Nach 1918 differierte die Wirtschaftsentwicklung beider Staaten beträchtlich. Österreich benötigte sehr lange Zeit, um die Folgen des Weltkriegs und des Zerfalls der Monarchie zu überwinden; die Schwäche der jungen Republik schlug sich in einer galoppierenden Inflation nieder,

die erst 1922 zum Stillstand gebracht werden konnte. Die ČSR vermochte hingegen die Konsequenzen des Krieges relativ rasch auszuräumen und das interne monetäre Gleichgewicht schon 1919 herzustellen. Diese unterschiedlichen Ausgangspunkte bestimmten in hohem Maße auch die weitere Entwicklung: Während Österreich — auch von der Weltwirtschaftskrise schwer getroffen — 1937 nicht einmal das Niveau von 1913 erreichen konnte, war die ČSR in der Lage, ihr Sozialprodukt im selben Zeitraum um fast die Hälfte zu steigern, sodaß ihr Pro-Kopf-Einkommen zu Ende der Zwischenkriegszeit deutlich das Österreichs übertraf.

Zwar gab es in Österreich 1938 und 1939 außergewöhnlich hohe Zuwächse des BIP, doch ging dieser Anstieg, trotz hoher Investitionen in die Rüstungsindustrie, durch den Krieg wieder verloren, sodaß Österreich 1945 von der Produktionskapazität her ungefähr wieder das Niveau von 1937 erreicht haben dürfte (Butschek, 1985, S. 70). Der tschechische Produktionsapparat wurde während des Krieges aus denselben Gründen wie in Österreich ausgebaut, erlitt aber weniger Zerstörungen. Trotz des Fehlens von über 1 Million deutscher Arbeitskräfte konnte das Produktionsniveau des Jahres 1937 schon 1948 erreicht werden, das Volkseinkommen

je Einwohner übertraf jenes von 1937 schon beträchtlich (Michal, 1980, S. 477). Demgegenüber vermochte Österreich das Niveau des Brutto-Inlandsproduktes von 1937 insgesamt und je Einwohner erst 1949 zu übertreffen. Nach ECE-Berechnungen für das Jahr 1947 erreichte das Pro-Kopf-Einkommen in der ČSR 165 \$ (zu Wechselkursen von 1938), in Österreich dagegen 96 \$ (Michal, 1980, S. 78). Diese Relation überzeichnet den Abstand etwas, weil — wie erwähnt — der Wiederaufbau in Österreich etwas längere Zeit in Anspruch nahm und gerade in den folgenden Jahren extrem hohe reale Zuwachsraten brachte (1948 +26,9%, 1949 +18,9%, 1950 +12,4%). Dennoch zeigt sich die sehr gute Einkommenssituation der ČSR sehr deutlich.

Ab den fünfziger Jahren jedoch begann die Wirtschaftsentwicklung beider Länder wieder kraß auseinanderzulaufen. Diesmal war es Österreich, in welchem ein stürmischer Wachstumsprozeß einsetzte, der den in der Zwischenkriegszeit entstandenen Rückstand kompensieren konnte. Hatte etwa Belgiens Brutto-Inlandsprodukt je Einwohner (zu laufenden Wechselkursen) 1950 das Österreichs noch um 171% übertroffen, so betrug der Vorsprung 1970 nur noch 34% und verwandelte sich 1988 bereits in einen Rückstand. Demgegenüber

Die Wirtschaftsentwicklung der Industriestaaten 1913 bis 1937

Brutto-Inlandsprodukt, real

Übersicht 2

	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Norwegen	Österreich	Schweden	Schweiz	Tschechoslowakei	USA
	1913 = 100											
1914	96,5			100,6	97,3	97,3	102,1		97,6			96,3
1915				109,2	103,6	102,2	106,5		101,3			95,2
1916				108,8	111,3	105,2	110,7		114,3			102,3
1917				108,8	112,6	97,9	100,6		104,3			103,9
1918				106,7	107,0	92,2	96,5		97,5			120,1
1919				97,0	102,6	115,3	113,1		99,7			112,6
1920			82,3	90,6	108,7	116,8	120,5	66,4	113,5		90,5	105,3
1921	100,6		76,2	86,1	104,7	126,7	108,9	73,5	100,0		97,7	98,3
1922	110,3		92,7	89,2	110,8	127,8	120,5	80,1	94,8		95,0	112,8
1923	125,6		100,3	92,3	116,0	133,4	123,8	79,3	102,6		103,1	124,9
1924	125,0		116,2	95,1	116,0	139,4	123,7	88,5	110,4	122,1	113,7	126,1
1925	120,7	89,4	117,1	100,3	123,4	143,9	131,4	94,5	121,0		127,2	135,7
1926	124,5	88,8	122,3	96,1	124,4	151,7	133,3	96,1	126,1		126,6	143,5
1927	128,8	101,3	118,0	102,8	123,1	159,4	138,3	99,0	132,0		136,1	144,2
1928	133,6	102,9	125,0	104,5	134,9	164,7	144,5	103,6	132,3		148,1	145,6
1929	137,4	98,6	138,1	107,0	136,8	168,3	158,1	105,1	143,4	157,1	152,3	154,3
1930	145,2	94,0	136,3	106,9	127,5	172,0	170,0	102,2	148,3	158,8	147,1	139,6
1931	148,5	83,7	130,5	101,4	124,8	161,9	156,7	94,0	134,1	154,2	142,1	128,8
1932	141,9	79,6	121,3	101,1	129,8	156,1	164,5	84,3	130,7	149,5	136,5	111,0
1933	144,5	90,3	122,0	103,0	130,7	151,3	168,7	81,5	132,3	157,9	130,7	108,6
1934	151,9	99,4	119,5	109,9	130,0	150,5	174,6	82,2	145,2	158,8	125,7	116,9
1935	152,6	111,9	114,3	114,1	143,3	154,0	183,3	83,8	152,4	158,8	124,5	127,1
1936	159,0	122,7	113,1	117,6	139,8	158,1	195,7	86,3	163,3	159,2	134,6	144,4
1937	162,3	135,6	117,1	122,1	152,1	168,1	204,4	90,9	174,2	162,9	149,8	151,6

Q. Mitchell, B. R. European Historical Statistics 1750-1970, London 1975 und „The National Income and Product Accounts of the United States 1929-1976“ 1981

Entwicklung wichtiger Wirtschaftszielgrößen

Übersicht 1

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1989	Ø 1989/1994
	Jährliche Veränderung in %			
<i>OECD-Europa</i>				
Brutto-Inlandsprodukt real	+25	+16	+32	+31
<i>Österreich</i>				
Brutto-Inlandsprodukt, real	+29	+16	+28	+30
Deflator des privaten Konsums	+6,4	+5,4	+1,8	+3,4
Arbeitslosenrate in %	19	36	5,3	4,6
Leistungsbilanz in % des BIP	-14	-0,6	-0,1	-0,3

könnte ohne einschneidende restriktive Wirkungen für die Gesamtwirtschaft erreicht werden, obschon stärkere Umschichtungen als bisher in der Budgetstruktur erforderlich sein könnten

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Budgetpolitik

Die Prognose unterstellt, daß das im Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien festgelegte Konsolidierungsziel (Senkung des Nettodefizits im Bundeshaushalt bis zum Jahr 1992 auf 2% des BIP) erreicht wird. Danach dürfte der Konsolidierungskurs grundsätzlich weiter verfolgt, vermutlich aber flexibler und auch mit Rücksicht auf die konkrete Konjunkturlage gestaltet werden. Über Maßnahmen, die in der nächsten Legislaturperiode gesetzt werden dürften (zweite Etappe der Steuerreform, Änderung indirekter Steuern, Reformen im Sozial- und Gesundheitswesen), werden keine Annahmen getroffen

Die Fortsetzung der bisher erfolgreichen Budgetsanierung wird auf gewisse Probleme stoßen. Erlöse aus Vermögensveräußerungen stehen in geringerer Höhe als in der Vergangenheit zur Verfügung. Eine Analyse der Ausgaben nach funktionellen und ökonomischen Kriterien (Lehner, 1989) zeigt, daß die Entwicklungstrends wichtiger Ausgabenbereiche mittelfristig kaum fortgesetzt werden können. Die Gestaltung des Budgets wird sich daher mit der Veränderung der Ausgabenstruktur befassen müssen

Anpassung an Erfordernisse des EG-Binnenmarktes

Derzeit ist noch nicht abzusehen, wann der von Österreich angestrebte Beitritt zur EG vollzogen wird. Die

vorliegende Prognose unterstellt noch keine unmittelbaren Auswirkungen eines formellen Beitritts, mit dem nach derzeitigem Ermessen frühestens zum Ende des Vorhersagezeitraums gerechnet werden kann

In mehreren Bereichen sind bereits Anpassungsvorgänge im Hinblick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes eingeleitet worden, die

Der Konsolidierungskurs im Bundeshaushalt wird weiter verfolgt werden, im Budget könnten jedoch Änderungen der Ausgabenstruktur erforderlich werden. Mit weiteren Anpassungsmaßnahmen an die Erfordernisse des EG-Binnenmarktes ist zu rechnen.

weitergeführt und intensiviert werden. Solche Anpassungen sind ungeachtet der Tatsache und des Zeitpunktes eines Beitritts erforderlich, um nicht im internationalen Wettbewerb ins Hintertreffen zu geraten; sie stärken überdies die Verhandlungsposition Österreichs gegenüber der EG und verringern den Anpassungsbedarf sowie temporäre Nachteile einer Übergangsphase im Beitrittsfall.

Auf den österreichischen Finanzmärkten ist die Liberalisierung und Deregulierung in letzter Zeit zügig vorangekommen. Der rechtliche Rahmen wird EG-orientiert weiter angepaßt. In den letzten Jahren ist die Internationalisierung des Bankwesens rasch vorangeschritten, dennoch stehen die österreichischen Banken vor einer Neuordnung ihrer Geschäftsziele (siehe dazu Handler — Schebeck, 1990).

Die Oesterreichische Nationalbank hält an der konsequenten Hartwährungspolitik, die einen hohen Grad an Glaubwürdigkeit erreicht hat, fest. Eine Assoziierung zum Europäischen Währungssystem wird erwogen.

In manchen anderen (noch) geschützten Sektoren und Nischen der Wirtschaft werden Regulierungen und Wettbewerbsbarrieren nur zögernd zurückgenommen. Hier liegen Potentiale für Preissenkungen und Effizienzsteigerungen (z. B. im Handel; Guger — Pollan — Wüger, 1990), die sowohl den Konsumenten als auch den Unternehmen im exponierten Sektor über geringere Vorleistungspreise zugute kämen.

In zwei Bereichen besteht in Österreich ein erheblicher und wettbewerbsbeeinträchtigender Rückstand gegenüber den hochentwickelten europäischen Industrieländern: in der Internationalisierung durch Direktinvestitionen im Ausland (Pichl, 1989, Beirat, 1989) und in den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (Leo — Volk, 1990). Die Direktinvestitionen im Ausland haben sich in den letzten Jahren belebt, und auch die Öffnung und Umgestaltung der Volkswirtschaften Osteuropas bietet neue Chancen, die nach ersten Anzeichen genutzt werden dürften. Hingegen stagniert die Forschungs- und Entwicklungsquote (Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP) seit Anfang der achtziger Jahre und fällt dadurch im internationalen Vergleich zusehends zurück. Die nahe Möglichkeit der Teilnahme Österreichs an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der EG wird vermutlich Impulse für eine Erhöhung der eingesetzten Mittel geben.

In der staatlichen Wirtschaftsförderung besteht noch beträchtlicher Anpassungsbedarf an die EG-Regeln. Der Barwert der Direktförderungen war überwiegend infolge der Subventionen an die Verstaatlichte Industrie und an die Landwirtschaft von 0,8% (1980) auf 2,2% des BIP (1987) gestiegen. Seither konnte die Direktförderung (bezogen auf das BIP) wieder auf das Niveau von Anfang der achtziger Jahre zurückgenommen werden. Ein EG-konformes Förderungssystem wird sich stärker auf ökonomische Fundierung und bessere Koordination der Förderungen stützen müssen (Szopo, 1990).

Welthandel und Exporte der Industrieländer werden bis 1994 real im Durchschnitt um 6,3% pro Jahr zunehmen. Angesichts der Dynamik in Westeuropa könnte das Wachstum

Anhaltspunkte für ein „*faibles*“ (allgemein akzeptiertes) Verhalten eines neutralen Landes gegenüber dem Embargo liefert die Praxis aus Zeiten des „Heißen Krieges“. Während des Zweiten Weltkriegs achtete die Schweiz darauf, mit allen Kriegsteilnehmern nur das „normale Geschäft“ (*courant normal*) aufrechtzuerhalten. Dieser Grundsatz war auch Basis des — lange Zeit geheimgehaltenen — Hotz-Linder-Abkommens zwischen den USA und der Schweiz aus dem Jahr 1951 („*Neue Zürcher Zeitung*“, 25. August 1988): Die Schweiz hatte sich im wesentlichen dazu verpflichtet, die Umleitung von Embargo-Ware aus COCOM-Ländern über die Schweiz in den Osten nicht zu genehmigen und ihre Exporte in den Osten auf das normale Geschäft zu beschränken.

Das Embargo und Österreich

Österreich hat das strategische Embargo große Probleme verursacht, denn die Neutralität bedingt Auflagen und Beschränkungen, die in einem recht weiten Rahmen interpretiert

Das strategische Embargo stellt Österreich vor große Probleme, denn die Neutralität bedingt Auflagen und Beschränkungen, die in einem recht weiten Rahmen interpretiert werden können.

werden können. Die Situation Österreichs erschweren zwei Umstände:

- Österreich hat — anders als etwa die Schweiz — nur wenig Erfahrungen mit einer Embargo-Politik
- Die beiden Protagonisten des Embargos — die USA und die UdSSR — sind Signatarmächte des österreichischen Staatsvertrags.

Der Staatsvertrag enthält zwar in bezug auf das Embargo keine Verpflichtungen (er verbietet Österreich den Anschluß an Deutschland), doch war schon immer einer der Grundsätze der österreichischen Neutralitätspolitik, Konflikte mit den Signatarmächten des Staatsvertrags möglichst zu vermeiden. Außerdem sind mit dem Embargo und der Embargo-Politik auch erhebliche wirtschaftliche Interessen Österreichs verbunden.

In Österreich wurde das Verhalten gegenüber dem strategischen Embargo nie diskutiert, weitgehend hielt man sich aber an das Schweizer Modell. Das erwähnte „*faire*“ Verhalten (Beschränkung auf das normale Geschäft) ist allerdings nur in der Theorie einfach.

Handhabung in den Nachkriegsjahren

Wie die Embargo-Bestimmungen in Österreich in den fünfziger, sechziger und auch zum Teil noch in den siebziger Jahren tatsächlich angewendet wurden, ist in der Öffentlichkeit nur wenig bekannt. Eine umfassende Studie über den österreichischen Osthandel (Matzner, 1970) zielt einen führenden österreichischen Ostexperten aus dem Jahr 1965: „*Transactions with communist countries belong in the present situation of our country and our economy to a sphere for which the old principle should be applied: Speech is silver — silence is gold*“.

Seit 1954 wandte Österreich (ähnlich wie die Schweiz) im Zusammenhang mit dem strategischen Embargo das IC-DV-System an (Import Certificate/Delivery Verification; Zehetner, 1985): Eine Exportlizenz der USA erhält der österreichische Importeur nur bei Vorlage des von der österreichischen IC-DV-Behörde (Handelsministerium) ausgestellten Importzertifikats³. Darin bestätigt die Behörde, daß sich das österreichische Unternehmen verpflichtet, die importierte Ware nicht oder nur nach Genehmigung der Behörde zu reexportieren. Die Delivery Verification sollte darüber hinaus sicherstellen, daß die Ware tatsächlich in den Hoheitsbereich des Staates eingeführt wird, der das Import Certificate ausgestellt hat. Ein End-user-Zertifikat des importierenden Unternehmens war für dieses System nicht nötig.

Bis 1985 hatte das Importzertifikat in Österreich keine gesetzliche Grundlage, die vom österreichischen Handelsminister ausgestellte Internationale Einfuhrbescheinigung war nur eine formlose Bestätigung der privatrechtlichen Verpflichtung gegenüber dem Handelsminister. Von Verstößen gegen diese Verpflichtungserklärung

war nur die betreffende ausländische Technologietransfer-Kontrollbehörde zu informieren (Zehetner, 1985). Sanktionsmöglichkeiten hatten die österreichischen Behörden nicht.

Bis zur Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags 1955 standen zahlreiche Unternehmen — die früher deutsches Eigentum gewesen waren — im von der UdSSR besetz-

Zur Einschränkung der Exporte in die Oststaaten standen Österreich bis Mitte der achtziger Jahre nur wenige offizielle handelspolitische Instrumente zur Verfügung.

ten Teil Österreichs unter sowjetischer Verwaltung (USIA); sie waren damals die „Schlupflöcher“ im Netz des strategischen Embargos (Adler-Karlsson, 1968, S. 199, Matzner, 1970, S. 101). Nach Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags 1955 gingen diese Betriebe in österreichisches Eigentum über, unterhielten aber weiterhin — ohne dabei wesentlich gegen die Embargo-Bestimmungen zu verstoßen — enge Lieferbeziehungen zur Sowjetunion. In Österreich verletzten eher kleinere Unternehmen das strategische Embargo, wie der „schwarzen Liste“ der USA zu entnehmen ist („*Wochenpresse*“, 18. Juni 1985). Auf dieser „schwarzen Liste“ fanden sich vor allem Unternehmen im Besitz der Kommunistischen Partei Österreichs (Matzner, 1970, S. 100). Die KPÖ ist (direkt und indirekt) Inhaber zahlreicher Unternehmen in Österreich, die früher eine Monopolstellung in Teilbereichen des österreichischen Osthandels hatten und auch heute noch zur Finanzierung der Partei dienen. Die Bedeutung dieser Firmengruppe ist allerdings in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen.

Es gibt aber auch Hinweise, daß Österreich seit langem bereit gewesen sei, seine Exportpolitik mit jener des COCOM zu koordinieren (Matzner, 1970, S. 100, Adler-Karlsson 1968, S. 136, Luif, 1984, S. 225). Im Klassiker der Embargo-Literatur von Adler-Karlsson (1969) findet man dazu aber nur einige Vermutungen, jedoch kaum Fakten. Ein besonderes System der Exportüberwachung wurde für Waren aus den USA angewen-

³ In Österreich als Unbedenklichkeitsbescheinigung (UB) bzw. Internationale Einfuhrbescheinigung (IEB) bezeichnet.

schaft vermieden, in der die Wettbewerbskräfte großen Einfluß hätten und die Marktmacht der einzelnen Verhandlungsparteien beschränkt sei. Lohnverhandlungen würden vorwiegend auf Firmenebene geführt und nähmen auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen Rücksicht. Die daraus entstehenden Lohnunterschiede begünstigten demzufolge eine effiziente Allokation der Ressourcen (Heitger, 1987, S. 469, *Calmfors — Driffill*, 1988, S. 15). Daß die Arbeitslosenrate in Japan und in der Schweiz relativ niedrig ist, wird der dezentralen Lohnbildung in diesen Ländern zugeschrieben.

Beide Ansichten können sich auf eine Reihe von Beispielen stützen und schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Am ungünstigsten wäre demnach eine Mittelstellung zwischen beiden Polen: „Nach volkswirtschaftlichen Kriterien müssen daher die wahren Verlierer jene Länder sein, die zwischen beide Extreme fallen. Diese Länder sind weder durch ein hohes Maß an nationalem Konsensus noch durch eine stark ausgeprägte Wettbewerbsstruktur gekennzeichnet; ihre Arbeitsmärkte können daran erkannt werden, daß eher kleine als allumfassende Interessengruppen dominieren“ (Heitger, 1987, S. 470). Wie Olson (1982, S. 145) betont, sind organisierte Interessen am schädlichsten, wenn sie stark genug sind, größere Störungen zu verursachen, nicht aber umfassend genug, einen bedeutenden Anteil der Kosten zu tragen, die der Gesellschaft durch ihre eigen-nützige Handlungsweise entstehen.

Ein ähnlicher Gedanke läßt sich auf den zeitlichen Ablauf der Verhandlungen anwenden. Hier entsteht gleichfalls ein deutlicher Konflikt zwischen rationalem Verhalten bei gleichzeitigem Verhandeln aller Gruppen und rationalem Verhalten für einzelne Verhandlungsgruppen. Wie Blackaby unterstreicht, wissen die meisten Gewerkschaftsführer, daß starke Lohnerhöhungen keinen Sinn hätten und wahrscheinlich sogar das Wachstum der Reallöhne herabsetzen. „Wenn sie gemeinsam verhandelten, wäre es nicht schwer, sie davon zu überzeugen, daß hohe Lohnzu-

wächse unsinnig seien. Der einzelne Verhandler verfolgt dagegen andere Überlegungen. Er beschäftigt sich weder mit den makroökonomischen Folgen eines Lohnabschlusses, den er vereinbart hat, noch fragt er sich, was geschehen würde, wenn alle Verhandler dieselbe Zuwachsrate erreichten (Blackaby, 1978, S. 50). Daher wird häufig auch mehr Synchronisation der Lohnverhandlungen und Lohnabschlüsse verlangt. Eine engere zeitliche Abstimmung würde es großen Gewerkschaften erschweren, so vorzugehen, als ob sie in einem „Vakuum“ handelten (Blackaby, 1978, S. 53, Bosworth, 1980, S. 539).

Laufzeit von Lohnverträgen

Auch die Laufzeit von Kollektivverträgen gilt häufig als Faktor, der die Flexibilität der Löhne beeinflusst. In der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, Großbritannien und Japan gelten die Lohnvereinbarungen üblicherweise ein Jahr (United Nations, 1985, S. 37). Dagegen schließen seit 1948 die großen Industriegewerkschaften in den USA überwiegend für drei Jahre ab (Taylor, 1983, S. 983). Die lange Laufzeit der Lohnverträge verhindert eine rasche Anpassung an geänderte Umstände, wenn die Verhandlungen nicht neu eröffnet werden. Einige empirische Studien führen die Unbeweglichkeit der Nominallohne in den USA auf das Bestehen dieser institutionellen Besonderheit zurück (Gordon, 1982, S. 40). In der Debatte um die Reform des Verhandlungssystems in den USA wird daher immer wieder die Forderung erhoben, die Laufzeit der Lohnabschlüsse zu verringern und den Abschlußtermin zu vereinheitlichen, sodaß alle Verhandlungen zum selben Termin stattfinden (Thurow, 1982, S. 26, Gordon, 1982, S. 37). Dagegen kommen die Arbeitsmarktinstitutionen in Japan mit ihren jährlichen gleichzeitigen Lohnverhandlungen dem Ideal einer flexiblen Lohnbildung viel näher.

In den letzten Jahren wurden in der Bundesrepublik Deutschland mehrjährige Tarifverträge abgeschlossen. Die Gewerkschaften hatten die Verlängerung der Laufzeit der

Tarifverträge zwar nicht gewünscht, aber als Kompromiß angenommen, um die gleichzeitig geforderte Verkürzung der Wochenarbeitszeit durchzusetzen (Sachverständigenrat, 1990,

Mehrjährige Tarifverträge vermindern die Flexibilität der Löhne und riskieren eine Verschärfung der Verteilungskonflikte, wenn sich die zu Vertragsabschluß erwartete Wirtschaftsentwicklung nicht einstellt.

S. 165). In diesen mehrjährigen Kollektivverträgen richteten sich die Lohnerhöhungen nach dem geringen Wirtschaftswachstum in den Jahren zuvor sowie nach den eher ungünstigen Aussichten für die Entwicklung der Wirtschaft in den Jahren 1988, 1989 und danach. Als jedoch die Konjunktur weit besser als erwartet verlief, gewannen Arbeitnehmer und Gewerkschaften den Eindruck, sie seien „zu kurz gekommen“: Sowohl 1988 als auch 1989 blieb der Anstieg der Reallöhne hinter dem der Produktivität zurück²⁾. Die im Vergleich zur Gewinnentwicklung langsame Steigerung der Lohneinkommen ließ auf der Arbeitnehmerseite großen Unmut entstehen, der 1990 schwierige Kollektivvertragsverhandlungen erwarten läßt (Sachverständigenrat, 1990, S. 165). Daher weist der Sachverständigenrat darauf hin, daß alle Vorteile der mehrjährigen Verträge (größere Überschaubarkeit der Lohnkostenbelastung für die Unternehmer als bei jährlichem Neuabschluß) verspielt wären, „wenn nach dem Auslaufen der mehrjährigen Verträge nun die Verteilungskonflikte umso schärfer hervorbrächen und die Lohnsteigerungsrate das von der Produktivität her vertretbare Maß umso stärker überschritten“ (Sachverständigenrat, 1990, S. 164). Damit bestünde die Gefahr eines sprunghaften Anstiegs des Lohnkostendrucks, der die Geldwertstabilität, das Wachstum und die Beschäftigung beeinträchtigen würde. Zum Abbau des bereits bestehenden Konfliktpotentials schlägt der Sachverständigenrat eine einmalige Nachschlagszahlung der Unternehmer vor, um die Arbeitnehmer an der unerwar-

²⁾ Der Sachverständigenrat vertritt hiezu die Ansicht, daß die Stärkung des Wirtschaftswachstums auch der stabilisierenden Wirkung mehrjähriger Tariflohnverträge zu danken sei. Die mehrjährigen Abschlüsse hätten die Kalkulationssicherheit für die Unternehmen erhöht und die Investitionsneigung gefestigt. Darüber hinaus hätten niedrige Nominallohnsteigerungen die Preisstabilität begünstigt und damit eine weniger restriktive Geldpolitik der Bundesbank ermöglicht. Dies wäre den Arbeitnehmern in der Form von mehr Beschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit zugute gekommen (Sachverständigenrat 1990, S. 164-165).

20. Februar

Wie zwischen Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl am 13. Februar 1990 vereinbart, konstituiert sich eine Expertenkommission, die die Möglichkeiten zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion der beiden deutschen Staaten prüfen soll. Zur Diskussion stehen Fragen der Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der sozialen Sicherung. Die BRD bietet der DDR die Einführung der DM als Zahlungsmittel unter der Bedingung an, daß gleichzeitig die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft geschaffen werden.

10., 11. März

Die Neugründung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wurde zu Jahresbeginn in Paris von 34 nationalen Delegationen grundsätzlich beschlossen. Sie soll private Investitionen in Osteuropa unterstützen. Die Gründung der Ostbank sollte ursprünglich bei einem weiteren Treffen am 10. und 11. März stattfinden. Die nunmehr auf 41 Delegationen erweiterte Konferenz setzt sich aus acht Ostblockstaaten, den Mitgliedern von EG und EFTA, einigen außereuropäischen OECD-Staaten wie USA und Japan sowie Vertretern der EG-Kommission und der Europäischen Investitionsbank zusammen. Die Bank wird mit einem Kapital von 10 Mrd. ECU ausgestattet sein. Davon müssen 15% bei Gründung und 15% innerhalb von 5 Jahren eingezahlt werden. Die restlichen 70% sind als Garantiekapital vorgesehen. Die Bank soll ihre Tätigkeit 1991 aufnehmen.

29. März

Das Parlament in Prag beschließt, den Namen des Staates auf „Tschechoslowakische Föderative Republik“ (ČSFR) zu ändern.

31. März, 1. April

Bei einem informellen Treffen in Irland einigen sich die Wirtschafts- und Finanzminister der 12 EG-Staaten auf die Schaffung einer EG-Währungsunion. Voraussetzungen für ihre Verwirklichung sind die Realisierung des Binnenmarktes und die Schaffung einer unabhängigen europäischen Zentralbank.

In Österreich prägen die politischen Veränderungen in Osteuropa auch das tagespolitische Geschehen. Der Diskussion über die Asylpolitik folgte die Einführung der Visumpflicht für rumänische Staatsbürger. Gleich-

Österreich

zeitig wird die wirtschaftliche Kooperation mit den neu entstehenden Demokratien gesucht. Die Angebote der EG zur Zusammenarbeit mit diesen Ländern sind auch für Österreichs EG-Politik von Bedeutung.

1. Jänner

Mit Jahresbeginn tritt der wahlweise Karenzurlaub mit Karenzgeldbezug für Eltern in Kraft. Falls die Mutter eines Kindes ganz oder für einen bestimmten Zeitraum auf Karenzurlaubsgeld verzichtet, hat der Vater das Recht, Karenzurlaub und Karenzurlaubsgeld in Anspruch zu nehmen. Ein Wechsel der Anspruchsberechtigung der Eltern kann nur einmal erfolgen.

Mit der Einführung eines neuen Abrechnungssystems für die Milchwirtschaft wird die Milchmarktreform 1988 abgeschlossen.

16. Jänner

Der Flüchtlingsstrom rumänischer Staatsbürger wird durch die Einführung der Visum-Pflicht sowie die Festsetzung eines Geldbetrages von 5 000 S, der an der österreichischen Grenze vorzuweisen ist, eingedämmt.

Mitte Jänner

Das hohe deutsche Zinsniveau und die Liquiditätsknappheit der österreichischen Banken veranlassen diese, die „Prime Rate“ für Betriebsmittelkredite um 1 Prozentpunkt auf 10,25% anzuheben. Privatkredite sind nunmehr mit 10,5% verzinst.

1. Februar

Der Eckzinssatz für Spareinlagen steigt von 3% auf 3,5%.

Die Angestellten der Kreditinstitute erhalten eine Lohnerhöhung von 5,1% sowie einen Sockelbetrag von 90 S. Die erdölgewinnende Industrie hebt die Ist-Löhne um 5,5% und die

Mindestlöhne um durchschnittlich 7% an. Die unterste Lohngruppe wird aus dem Kollektivvertrag gestrichen; damit erreicht das Mindesteinkommen monatlich etwas mehr als 11 000 S. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne der erdölverarbeitenden Industrie werden um 6,5% bis 7,5% erhöht und auch die Ist-Löhne werden angehoben.

19., 20. Februar

Mit einem gemeinsamen Besuch bei der EG-Kommission demonstrieren die österreichischen Sozialpartner ihre geschlossene Haltung zur österreichischen EG-Politik.

21. Februar

Aufgrund des für österreichische Lkw geltenden Nachtfahrverbotes in der BRD erhebt Österreich beim GATT Beschwerde wegen Verletzung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung.

27. Februar

Wissenschaftsminister Busek unterzeichnet ein Abkommen, das Österreich die Mitwirkung an dem mit 2,4 Mrd. S dotierten EG-Programm „Science“ ermöglicht. Durch die finanzielle Beteiligung und die Teilnahme ist Österreich in diesem Bereich der Forschung und Technologie einem EG-Vollmitglied gleichgestellt.

27., 28. Februar

Die neu aufgelegte Bundesanleihe wird mit einem auf 8,5% hinaufgesetzten Nominalzinssatz begeben. Die Emissionsrendite beträgt 8,7%.

28. Februar

Die Übergabe eines österreichischen Integrations-Memorandums an den Vertreter der EG-Kommission in Österreich und an die 12 akkreditierten Botschafter der EG-Länder bedeutet einen weiteren offiziellen Vorstoß seit dem Beitrittsansuchen. Vertreter des Finanzministeriums und der Notenbank bekunden ihr Interesse an einer Assoziierung mit dem EWS.

1. März

Die papier- und pappeverarbeitende Industrie erhöht die Mindestlöhne um 7%, die Ist-Löhne um 5,2%.

Brutto-Inlandsprodukt und unselbständig Beschäftigte im In- und Ausland

Übersicht 1

	1985	1986	1987	1988	1989
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt					
USA	+3,8	+2,8	+3,7	+4,6	+3,0
BRD	+1,9	+2,3	+1,7	+3,6	+4,0
Frankreich	+1,9	+2,3	+1,9	+3,5	+3,4
Großbritannien	+3,7	+3,5	+4,7	+4,1	+2,3
Schweden	+2,2	+2,3	+2,9	+2,3	+2,1
Österreich	+2,5	+1,1	+1,9	+4,2	+4,0
Unselbständig Beschäftigte					
USA	+2,4	+2,5	+2,5	+3,6	+2,8 ¹⁾
BRD	+0,8	+1,2	+0,9	+0,8	+1,2 ¹⁾
Frankreich	-0,2	+0,4	+0,3	+0,9	+1,5 ¹⁾
Großbritannien	+1,3	+0,4	+1,1	+3,1	+1,1 ¹⁾
Schweden	+1,4	+0,7	-1,2	+1,6	+1,3 ¹⁾
Österreich	+0,6	+0,7	+0,2	+0,9	+1,8

Q: OECD, Labour Force Statistics; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Österreichisches Statistisches Zentralamt — ¹⁾ Schätzung aufgrund der Entwicklung in den ersten drei Quartalen

demnach deutlich hinter Europa zurück.

Wie dieser auf wenige Länder beschränkte internationale Vergleich zeigt, sind die Unterschiede im Beschäftigungswachstum größer als im Wirtschaftswachstum. Ausschlaggebend hierfür sind Unterschiede in der längerfristigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität, unterschiedliche kurz- und langfristige Beschäfti-

gungsabbau erfolgte in den achtziger Jahren rascher.

In Österreich setzte die Anpassung der Gesamtbeschäftigung an einen Konjunkturaufschwung in den achtziger Jahren erst nach zwei bis drei Quartalen ein, um ein bis zwei Quartale langsamer als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre (die Berechnungen finden sich im Anhang). Ihr Ausmaß hat sowohl insgesamt als auch in der Industrie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gegenüber der zweiten Hälfte der siebziger Jahre geringfügig zugenommen.

Die Reaktion der Arbeitslosigkeit auf Konjunkturschwankungen

Obwohl die Beschäftigung in Österreich wie im übrigen OECD-Raum im Laufe des Jahres 1989 so kräftig expandierte wie zuletzt in den

frühen siebziger Jahren, blieb die Arbeitslosenquote weiterhin hoch (im Durchschnitt der OECD 7½%). In der BRD schrumpfte die Zahl der Arbeitslosen im jüngsten Konjunkturaufschwung erst 1989 auf eine Arbeitslosenquote von etwa 7%. In Frankreich sank die Arbeitslosigkeit — allerdings von höherem Niveau aus — schon 1988. Die Arbeitslosenquote ging 1989 auf etwas über 10% zurück. In Großbritannien setzte der Konjunkturaufschwung früher ein, der Abbau der Arbeitslosigkeit begann deshalb schon 1987 und hält bis jetzt an. Die Arbeitslosenquote betrug 1989 6%.

In den USA und in Schweden ist die Arbeitslosigkeit hingegen schon seit 1983 deutlich rückläufig; die Arbeitslosenquote nahm in den USA im Jahr 1989 mit etwa 5% einen Wert wie

Obwohl die Beschäftigung in Österreich wie im übrigen OECD-Raum im Laufe des Jahres 1989 so kräftig expandierte wie zuletzt in den frühen siebziger Jahren, blieb die Arbeitslosenquote weiterhin hoch (im Durchschnitt der OECD 7½%).

Der Abstand Österreichs zur BRD, zu Großbritannien, Schweden oder den USA ist im Beschäftigungswachstum größer als im Wirtschaftswachstum.

gungselastizitäten und Verzögerungen der Beschäftigungsreaktion auf Produktionsveränderungen. Nach einer Untersuchung der OECD (Employment Outlook 1989) war in den OECD-Ländern mit Ausnahme der BRD und Großbritanniens die langfristige Reaktion der Beschäftigung auf Wachstumsveränderungen in den achtziger Jahren im Durchschnitt stärker als in den siebziger Jahren, das Wirtschaftswachstum wurde also beschäftigungsintensiver (für Österreich kommt *Walterskirchen*, 1989 zu ähnlichen Ergebnissen). Die Beschäftigung paßt sich langsamer an Produktionssteigerungen an. Im Auf- und Abschwung ist diese Reaktion der Beschäftigung asymmetrisch: Infolge des tendenziellen Arbeitskräfteüberschusses in den achtziger Jahren hat sich das Ausmaß der Hortung von Arbeitskräften in einem Konjunkturerinbruch gegenüber den siebziger Jahren verringert, d. h. der Beschäfti-

in den frühen siebziger Jahren an, und auch Schweden hat 1989 mit einer Arbeitslosenquote von 1,4% „Vollbeschäftigungsniveau“ erreicht.

In Österreich hat die Reagibilität der Arbeitslosigkeit auf Konjunkturschwankungen seit den sechziger Jahren zugenommen. Das dürfte zum Teil mit dem veränderten Charakter der Ausländerbeschäftigung zusammenhängen. In den sechziger Jahren herrschte deutliche Arbeitskräfteknappheit — das Arbeitskräfteange-

Entwicklung der Arbeitslosigkeit im In- und Ausland

Übersicht 2

	1985	1986	1987	1988	1989
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Arbeitslose					
USA	- 2,7	- 0,9	- 9,9	- 9,8	- 2,7
BRD	+ 1,8	- 3,6	+ 0,4	+ 0,2	- 9,1
Frankreich	+ 5,1	+ 2,4	+ 4,2	- 2,2	- 1,2
Großbritannien ¹⁾	+ 3,8	+ 0,7	- 9,6	- 19,0	- 22,0
Schweden	- 8,4	- 6,1	- 28,1	- 14,5	- 14,3
Österreich	+ 6,9	+ 9,0	+ 8,2	- 3,5	- 6,0
	In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote					
USA	7,2	7,0	6,2	5,5	5,3
BRD	8,2	7,9	7,9	7,8	7,1
Frankreich	10,5	10,7	11,1	10,9	10,8
Großbritannien	11,7	11,9	10,6	8,5	6,4
Schweden	2,8	2,7	1,9	1,6	1,4
Österreich	4,2	4,5	4,9	4,7	4,3

Q: OECD, Labour Force Statistics; WIFO-Datenbank — ¹⁾ 1989 vorläufig

0,23% 1988 auf 0,71% des BIP 1989) Zwar haben auch die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich (IDI) zugenommen, aber viel schwächer (von 0,35% auf 0,44%), sodaß erstmals seit 1986 der Saldo aus ADI minus IDI hoch positiv ausfiel

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen

Österreich hat mit dem Antrag auf EG-Mitgliedschaft vom 17. Juli 1989 die Weichen in eine neue handelspolitische Zukunft gestellt. EG-Mitgliedschaft bedeutet aber nicht nur Änderungen in der Handelspolitik, sondern auch die Einbindung in den künftigen Prozeß einer stärkeren Koordination der Wirtschaftspolitik (im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion). Weiters gilt es, den Wettbewerb auf den nationalen Märkten zu intensivieren. Gerade hier hat Österreich noch einiges aufzuholen. Vielfach wird kritisiert (zuletzt im Länderbericht der OECD für Österreich), daß mangels Deregulierung der geschützten Märkte in Österreich das Preisniveau in vielen Bereichen höher ist als in den EG-Staaten. Hier liegen noch unausgeschöpfte Wohlfahrtspotentiale für die Konsumenten.

Die anhaltend gute Konjunktur erleichterte der Wirtschaftspolitik wie schon 1988, ihre Ziele der Budgetsänierung, der Privatisierung und Umstrukturierung sowie Reorganisation im Bereich der Verstaatlichten Industrie weiter zu verfolgen. Die „Hartwährungspolitik“ wurde beibehalten. Die Rücksichtnahme auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit fiel in der Einkommenspolitik etwas schwerer als 1988, da die Lohnsteigerungen angesichts der guten Konjunktur nachzogen, das Produktivitätswachstum sich aber verlangsamte.

Um eine inflationäre Überhitzung der Konjunktur zu vermeiden, wurde die Geldpolitik im Lauf des Jahres 1988 international zunehmend strenger. Dieser Trend setzte sich auch 1989 fort. Der Zinsentwicklung in den USA folgten die Bundesrepublik Deutschland und Österreich. In der BRD und parallel dazu in Österreich wurden die Diskontsätze 1989 in mehreren Schritten angehoben und waren Ende 1989 um 3½ Prozentpunkte höher als Ende 1987.

Parallel zum Zinsdifferential ge-

genüber der DM entwickelte sich auch der Dollarkurs. Einer Festigung bis zur Jahresmitte folgte eine Schwächung im weiteren Jahresverlauf. Entsprechend der Hartwährungspolitik Österreichs blieb der Schilling-DM-Kurs konstant. Infolge der Abwertung gegenüber dem Dollar sank auch der effektive Wechselkurs des Schillings 1989: nominell-effektiv um 0,6% (einschließlich Dinar +6,2%), real-effektiv (preisbereinigt) um 2,3%.

Die Budgetpolitik setzte 1989 ihren Konsolidierungskurs fort. Trotz hoher Einnahmehäufungen wegen der Einkommensteuerreform konnte durch eine disziplinierte Ausgabenpolitik, aufgrund vermögenswirksamer Transaktionen und dank den automatischen Stabilisatoren (geringere Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung) das Nettodefizit des Bundes weiter verringert werden (auf 62,7 Mrd S oder 3,75% des BIP nach -66,5 Mrd S oder 4,2% 1988). Die Verschuldung des Bundes hat weiter zugenommen (auf 800,2 Mrd S oder 47,9% des BIP; 1988 47,5%).

Inlandsnachfrage

Die inländische Endnachfrage war 1989 (real +3,2%) neben der Exportnachfrage die tragende Säule des Wirtschaftswachstums. Der kräftige Lageraufbau des Jahres 1988 setzte sich in abgeschwächter Form fort. 1989 trug er zum BIP-Wachstum 0,2 Prozentpunkte bei. Insgesamt

blieb das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen damit um ½ Prozentpunkt unter dem Wachstum des realen BIP.

Die Konsumnachfrage profitierte 1989 von der Entlastung der Einkommen durch die Steuerreform, allerdings reagierten die Konsumenten erst mit einiger Verzögerung darauf. Nach einem zurückhaltenden Jahresbeginn verstärkte sich die Konsumnachfrage von Quartal zu Quartal. Im Jahresdurchschnitt nahm der private Konsum real um nur 3,3% zu und unterschritt damit die Realeinkommensentwicklung deutlich. Die Sparquote war mit 14,1% um 1½ Prozentpunkte höher als 1988. Immer noch überdurchschnittlich expandierten die Umsätze mit dauerhaften Konsumgütern. Das Konsumklima blieb zu Jahresende gut und läßt auf ein Anhalten der regen Konsumnachfrage schließen.

Die Brutto-Anlageinvestitionen expandierten bis zum Herbst immer langsamer; erst im IV. Quartal zogen sie wieder an. Im Jahresdurchschnitt 1989 waren sie real um 4,6% höher als im Vorjahr (nach +5,8% 1988). Während sich in den Bauinvestitionen (real +2,6%) eine Abschwächung abzeichnete, beschleunigte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen (+7,2%) abermals. Der kräftige Rückgang der Fahrzeuginvestitionen zu Jahresende ist ein Indikator für die allmähliche Verschlechterung der Gewinnlage der Unternehmen.

Die Industrieinvestitionen haben 1989 kräftig angezogen. Sie folgten

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Produktion

	1985	1986	1987	1988	1989
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Privater Konsum	+ 2,4	+ 1,8	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,3
Öffentlicher Konsum	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,0
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 5,0	+ 3,4	+ 2,9	+ 5,8	+ 4,6
Ausrüstungen netto ¹⁾	+ 10,1	+ 3,9	+ 0,9	+ 5,6	+ 7,2
Bauten netto ¹⁾	+ 1,3	+ 3,0	+ 4,9	+ 5,9	+ 2,6
Inländische Endnachfrage	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,2
(Lagerbildung)	(A) - 0,7	- 0,2	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,2
	(B) (12,3)	(9,5)	(14,2)	(33,9)	(36,3)
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,8	+ 4,7	+ 3,3
Exporte i. w. S.	+ 6,9	- 2,7	+ 2,4	+ 8,8	+ 11,1
Importe i. w. S.	+ 6,2	- 1,2	+ 4,7	+ 10,0	+ 9,7
Außenbeitrag	(A) + 0,3	- 0,6	- 0,9	- 0,6	+ 0,4
Brutto-Inlandsprodukt	+ 2,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 4,2	+ 3,8
Industrieproduktion ²⁾	+ 4,0	+ 0,9	- 0,5	+ 6,1	+ 5,8
Primärsektor	- 4,7	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,5	- 1,4
Sekundärsektor	+ 3,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 5,2	+ 4,7
Tertiärsektor	+ 2,6	+ 1,7	+ 2,4	+ 3,8	+ 3,5

(A) Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten — (B) Mrd. S zu Preisen von 1983
¹⁾ Ohne Mehrwertsteuer — ²⁾ Reale Wertschöpfung

den ist“ Für diese Versicherungen schreibt § 18 Abs 1 VAG vor, daß der Geschäftsplan die Rechnungsgrundlagen (Wahrscheinlichkeitstafeln, Zinsfuß, Kostenzuschläge) die Grundsätze für die Berechnung der Prämien, der Deckungsrückstellung, der Prämienüberträge und der Prämienrückerstattung sowie auch die Tarife zu enthalten hat Änderungen des Geschäftsplans, also auch neue Tarife, sind von der Versicherungsaufsichtsbehörde zu genehmigen (§ 10 VAG).

Zum Unterschied von der Lebensversicherung, in der alle Anbieter von denselben Wahrscheinlichkeitstafeln ausgehen hängt die Kalkulation der Nettoprämie in der Krankenversicherung vom Bestand des einzelnen Unternehmens ab Einen überbetrieblichen Erfahrungsaustausch über Schadensdaten gibt es — mit Ausnahme einer gemeinsam erstellten Auswertung der Krankenhausgebühren — nicht In der Praxis ist die Tarifaufsicht in der Krankenversicherung sehr aufwendig. Da die Kostenersätze nach Bundesland und nach Sozialversicherungsträger differieren, sind für jeden Anbieter mehr als 200 Tarife zu genehmigen

Die private Krankenversicherung weist im Vergleich mit anderen Versicherungszweigen zwei Besonderheiten auf:

- In der Regel wählt der Versicherungsnehmer nur einmal in seinem Leben einen Versicherungsanbieter für seine Krankenversicherung Ein späterer Wechsel zu einem anderen Versicherungsunternehmen ist meist mit hohen Kosten verbunden und wird daher kaum praktiziert
- Der Versicherungsschutz in der privaten Krankenversicherung ist — in der Terminologie von Nelson (1970) — ein „Erfahrungsgut“ Den genauen Preis und die Qualität des erworbenen Produktes lernt der Versicherungsnehmer erst nach Vertragsabschluß — durch Konsum — kennen.

Jedes dieser Charakteristika ist für sich allein relativ unproblematisch Ihr Zusammentreffen jedoch verleiht der privaten Krankenversicherung im Vergleich zu anderen Märkten —

auch anderen Versicherungssparten — eine Sonderstellung

Die — in der Regel — lebenslange Bindung des Versicherungsnehmers hat folgende Ursache: Die in der Einzelkrankenversicherung bei Vertragsbeginn vereinbarte Prämie richtet sich nach dem Eintrittsalter des Versicherungsnehmers und darf nicht wegen des im Alter steigenden Krankheitsri-

Die private Krankenversicherung ist ein „Erfahrungsgut“, der Konsument hat jedoch in der Praxis nicht die Möglichkeit, seine Erfahrung bei einem Wiederholungskauf zu verwerten.

sikos erhöht werden. Relativ zu dem von seinem Alter abhängigen Risiko leistet der Versicherte also zunächst eine zu hohe und später eine zu niedrige Prämie Der intertemporale Ausgleich erfolgt über die Bildung und spätere Auflösung einer aus den zunächst überhöhten Prämien dotierten Alterungsrückstellung, die — ähnlich wie in der Lebensversicherung — nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet wird In einem so gestalteten System muß die Möglichkeit der Vertragskündigung durch das Versicherungsunternehmen ausgeschlossen werden Die Verträge in der Einzelkrankenversicherung haben daher eine lange Laufzeit, meist bis zum Ableben des Versicherten Dieser kann zwar, im Gegensatz zum Versicherungsunternehmen, den Vertrag kündigen, er wird davon allerdings kaum Gebrauch machen, da die „angesparte“ Alterungsrückstellung nicht ausgezahlt wird

Dieses System hat den Vorteil, daß es das Problem der adversen Selektion zum Teil entschärft. Ein Versicherungsnehmer, der in jungen Jahren eine Krankenversicherung erworben hat (etwa im Rahmen einer Familienpolizze), behält einen Anreiz zur Weiterversicherung selbst wenn sich im fortgeschrittenen Alter herausstellt, daß er ein „gutes Risiko“ darstellt (also wenig krankheitsanfällig ist)²⁾ Der Nachteil dieser institutionellen Regelung ist allerdings, daß ein entscheidender Wettbewerbsparameter — die Wahl- und damit Sanktions-

möglichkeit des Konsumenten — erheblich eingeschränkt wird.

Anders ist die Regelung in der Gruppenversicherung Zumindest der Grundidee nach dürften die Probleme der Alterung und der adversen Selektion in der Gruppenversicherung keine Rolle spielen Das durchschnittliche Alter des Beschäftigtenbestands eines Unternehmens ist erfahrungsgemäß ziemlich konstant, und die gleichzeitige Versicherung des überwiegenden Teils der Beschäftigten sollte die Tendenz, daß sich „schlechte Risiken“ eher versichern als gute wesentlich abschwächen Anders als in der Einzelversicherung besteht daher keine Notwendigkeit der Beendigung des Versicherungsvertrags einen Riegel vorzuschieben: Der Gruppenversicherungsvertrag hat eine Laufzeit von nur einem Jahr und kann auch vom Versicherer gekündigt (d. h. nicht verlängert) werden Allerdings haben die Gruppenversicherten das Recht innerhalb eines Monats nach Beendigung des Gruppenversicherungsvertrags bzw. bei Ausscheiden aus dem versicherten Personenkreis die Übernahme in die Einzelversicherung unter Anrechnung der in der Gruppenversicherung erworbenen Ansprüche zu verlangen Daher besteht auch in der Gruppenversicherung für die Versicherten ein Anreiz, beim einmal gewählten Anbieter zu bleiben

Rein theoretisch müßte die Einschränkung der Wahlmöglichkeit des Versicherten kein Problem bedeuten Blieben die Tarife während der gesamten Vertragsdauer unverändert dann könnte ein gut informierter Versicherungsnehmer — wie auf anderen Märkten — das für ihn günstigste Angebot ermitteln und danach seine Entscheidung treffen Tatsächlich ist diese Voraussetzung allerdings nicht erfüllt, da sich — etwa infolge des medizinisch-technischen Fortschrittes und demographisch bedingter Verschiebungen der Struktur des Versichertenbestands — die Grundlagen der Tarifikalkulation und damit die Tarife in der Krankenversicherung laufend ändern:

- Die Inflation ist im Gesundheitswesen besonders hoch Seit 1976 sind z. B. die Spitalskosten (Tages- und Pflegesätze der Landes-

²⁾ Um diesen Vorteil des Systems zu erhalten ist es daher in der Krankenversicherung nicht sinnvoll, wie in der Lebensversicherung die Ansprüche an das Deckungskapital anlässlich einer Kündigung auszuzahlen Dadurch käme es zu adverser Selektion und in Verbindung damit zu Marktinstabilitäten (Finsinger 1988 S. 146)

Industrie

	1987	1988	1989	1989		1990	1989		1990	
				III Qu	IV Qu	I Qu	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	+ 19	+ 84	+ 56	+ 56	+ 45		+ 82	+ 4,2	+ 10,3	
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	- 24	+ 66	+ 38	+ 58	- 31		+ 06	+ 17,3	+ 11,3	
Für die Textil- und Lederbranchen	- 42	+ 11	+ 29	+ 41	+ 72		+ 115	+ 6,5	+ 10,2	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 28	+ 108	+ 50	+ 43	+ 13		+ 49	+ 4,3	+ 7,4	
Für die Chemie	+ 85	+ 123	+ 76	+ 70	+ 56		+ 89	+ 11	+ 19	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	+ 63	+ 79	+ 15	+ 79	- 90		- 67	- 0,9	+ 1,3	
Für die Grundmetallverarbeitung	+ 27	+ 0,9	+ 0,5	+ 12	- 61		- 19	- 16,1	+ 2,1	
Für die Technische Verarbeitung	- 08	+ 105	+ 97	+ 93	+ 68		+ 95	+ 6,3	+ 13,9	
Für die Bauwirtschaft	+ 42	+ 111	+ 72	+ 15	+ 64		+ 102	+ 5,7	+ 2,9	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 51	+ 66	+ 59	+ 54	+ 78		+ 136	+ 10,8	+ 19,6	
Ausrüstungsinvestitionen	- 81	+ 62	+ 67	+ 08	+ 115		+ 17,0	+ 7,6	+ 19,2	
Fahrzeuge	- 185	+ 164	- 104	- 183	+ 141		+ 47,7	+ 17,5	+ 43,5	
Maschinen und Elektrogeräte	- 86	+ 30	+ 82	+ 35	+ 98		+ 7,6	+ 12,3	+ 19,9	
Sonstige	+ 10	+ 123	+ 113	+ 08	+ 15,3		+ 32,0	- 7,8	+ 9,7	
Konsumgüter	- 10	+ 04	+ 64	+ 67	+ 111		+ 14,8	+ 7,8	+ 10,1	
Verbrauchsgüter	+ 13	+ 16	+ 53	+ 40	+ 86		+ 124	+ 7,9	+ 9,8	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 31	- 28	+ 20	+ 29	+ 77		+ 10,8	+ 0,3	+ 5,1	
Langlebige Gebrauchsgüter	- 25	+ 27	+ 166	+ 211	+ 22,1		+ 25,7	+ 20,3	+ 18,4	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	- 08	+ 60	+ 66	+ 49	+ 74		+ 117	+ 5,6	+ 11,4	
Nicht arbeitstägig bereinigt	- 04	+ 64	+ 57	+ 35	+ 57		+ 10	+ 10,4	+ 11,3	
Konjunkturreihe	- 07	+ 62	+ 63	+ 45	+ 69		+ 85	+ 7,0	+ 11,4	
Produktivität pro Kopf	+ 21	+ 83	+ 58	+ 38	+ 57		+ 9,9	+ 3,8		
Produktivität pro Stunde	+ 48	+ 83	+ 60	+ 37	+ 55		+ 5,9	+ 6,2		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 24	+ 102	+ 93	+ 56	+ 55		- 12	+ 19,9	+ 12,5	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 18	+ 8,8	+ 16,0	+ 15,6	+ 13,2		+ 9,5	+ 16,4	+ 7,0	

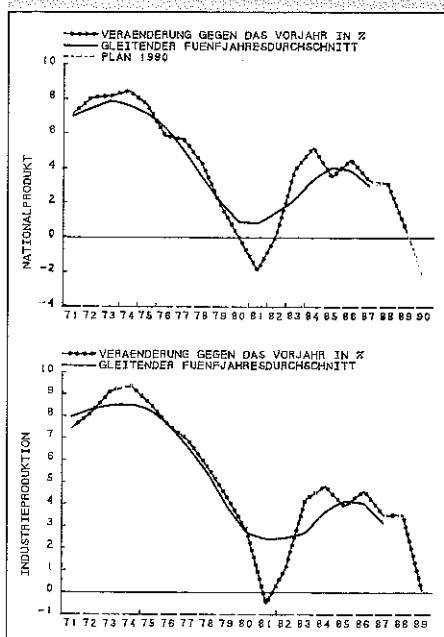
Bauwirtschaft

	1987	1988	1989	1989		1990	1989		1990		
				III Qu	IV Qu	I Qu	Dezember	Jänner	Februar	März	
				Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Produktionswert (nominal)	+51	+ 67	+36	-0,1	+3,4		+1,6	+6,2			
Hochbau	+72	+12,3	+2,0	-12	+0,0		+2,5	+2,7			
Tiefbau	+40	+ 0,1	+5,3	+0,0	+7,8		+3,5	+8,5			
Beschäftigte	+19	- 14	+18	-0,4	+0,2		-0,1	+1,4			
Hochbau	+12	- 0,8	+0,6	-1,3	-1,3		-1,8	-1,3			
Tiefbau	+20	- 3,1	+3,6	+0,9	+2,0		+0,7	+3,1			
Auftragsbestände	+0,8	- 5,3	+1,2	+6,5	+7,9						
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+3,9	- 2,1	+0,9	+5,0	+9,5						
Preisindex Hochbau	+2,3	+ 3,2	+3,6	+3,8	+2,8						
Wohnbau	+3,6	+ 3,3	+3,5	+3,7	+2,8						
Preisindex Tiefbau		+ 1,9	+2,6	+1,9	+2,8						
Straßenbau	+0,2	- 0,5	+0,8	+1,0	+2,0						

Energiewirtschaft

	1987	1988	1989	1989		1990	1989	1990		
				III Qu	IV Qu	I Qu	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	+ 7,5	- 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 1,7		- 6,1			
Kohle	- 6,2	- 32,7	- 3,0	- 5,9	- 0,8		- 7,8			
Erdöl	- 4,8	+ 10,6	- 1,5	- 11,7	+ 3,6		+ 3,9			
Erdgas	+ 5,0	+ 7,4	+ 4,7	+ 7,5	+ 13,6		+ 28,9			
Stromerzeugung	+ 13,1	- 3,0	+ 2,3	+ 5,6	+ 5,5		+ 5,8	+ 7,8	+ 3,5	
Wasserkraft	+ 15,9	- 0,5	- 1,1	+ 3,3	- 2,8		- 21,0	- 28,4	- 6,3	
Wärmekraft	+ 6,3	- 9,5	+ 12,4	+ 19,3	+ 18,9		+ 57,6	+ 70,8	+ 16,0	
Verbrauch	+ 3,8	- 2,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,4		+ 0,8			
Kohle	+ 5,4	- 11,9	+ 3,2	+ 0,8	+ 12,2		+ 32,6			
Erdöl, Mineralölprodukte	+ 2,1	- 1,2	+ 0,0	+ 2,1	- 2,5		- 8,6			
Treibstoffe	+ 0,9	+ 6,1	+ 3,6	+ 3,0	+ 4,0		- 4,3			
Normalbenzin	+ 18,7	+ 0,8	+ 10,8	+ 10,1	+ 9,5		+ 10,7			
Superbenzin	- 3,1	+ 1,5	- 2,1	- 3,5	- 2,4		- 2,6			
Dieselmotoren	- 0,6	+ 13,4	+ 6,6	+ 7,1	+ 7,7		- 11,5			
Heizöle	+ 0,7	- 12,0	- 6,3	+ 3,0	- 13,7		- 16,9			
Gasöl für Heizzwecke	+ 7,6	- 3,1	+ 1,3	+ 10,1	- 16,7		- 19,5			
Sonstige Heizöle	- 2,1	- 16,0	- 10,1	- 2,0	- 12,2		- 15,6			
Erdgas	+ 5,0	- 5,7	+ 7,8	+ 9,4	+ 6,1		+ 14,7			
Elektrischer Strom	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,8		+ 3,3	+ 8,0	+ 2,1	

Wirtschaftsentwicklung *Abbildung 1* in Osteuropa



xibler Preisbildung stieg das Preisniveau im Jahresdurchschnitt um 1 255% bzw. um 244%; in den letzten Monaten des Jahres verschärfte sich diese Entwicklung erheblich. Auch Ungarn, dessen Regierung die Inflationsrate in den vergangenen Jahren auf einem kontrollierbaren Niveau von rund 15% zu halten suchte, mußte eine Beschleunigung auf etwa 20% hinnehmen. Sogar in jenen Ländern, in denen Wirtschaftsreformen nur recht zögernd vorankamen — Bulgarien und UdSSR —, verstärkte sich der Preis-

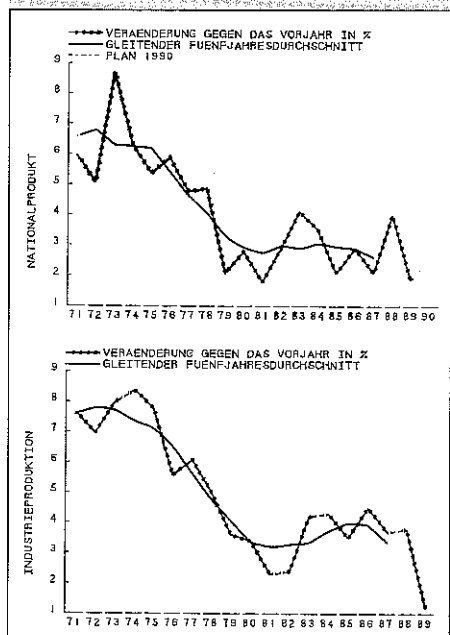
Außenhandel der RGW-Länder und Jugoslawiens mit den westlichen Industrieländern

Übersicht 2

	1980	1985	1987	1988	1989 ¹⁾
	Mill. \$				
Bulgarien					
Exporte	1 639	1 136	1 078	1 111	1 164
Importe	1 662	2 080	2 479	2 582	2 537
Saldo	- 22	- 944	- 1 401	- 1 471	- 1 373
ČSFR					
Exporte	3 240	2 763	3 578	4 062	4 501
Importe	3 691	2 699	4 106	4 500	4 430
Saldo	- 451	+ 64	- 527	- 438	+ 71
DDR²⁾					
Exporte	4 173	7 595	7 994	8 198	8 020
Importe	5 815	6 703	7 963	8 492	9 052
Saldo	- 1 642	+ 893	+ 31	- 294	- 1 032
Polen					
Exporte	5 849	3 982	5 080	6 077	6 240
Importe	6 691	3 494	4 313	5 617	5 970
Saldo	- 842	+ 488	+ 766	+ 459	+ 270
Rumänien³⁾					
Exporte	3 957	3 773	3 700	4 024	3 870
Importe	3 961	1 470	1 400	1 273	1 170
Saldo	- 4	+ 2 303	+ 2 300	+ 2 751	+ 2 700
Ungarn					
Exporte	3 046	2 629	3 517	4 043	4 253
Importe	3 714	3 170	4 070	4 084	4 374
Saldo	- 668	- 541	- 553	- 41	- 120
Osteuropa					
Exporte	21 904	21 879	24 948	27 515	26 048
Importe	25 534	19 615	24 331	26 548	27 533
Saldo	- 3 630	+ 2 263	+ 617	+ 967	+ 515
UdSSR					
Exporte	24 431	22 319	22 457	24 158	26 060
Importe	24 228	23 105	21 940	26 907	32 613
Saldo	+ 203	- 785	+ 517	- 2 749	- 6 553
RGW					
Exporte	46 335	44 198	47 404	51 673	54 108
Importe	49 762	42 720	46 271	53 455	60 146
Saldo	- 3 427	+ 1 478	+ 1 133	- 1 782	- 6 038
Jugoslawien⁴⁾					
Exporte	3 357	3 715	5 726	6 483	6 917
Importe	7 955	5 733	7 240	7 385	8 118
Saldo	- 4 598	- 2 018	- 1 514	- 902	- 1 201
RGW und Jugoslawien					
Exporte	49 692	47 913	53 130	58 156	61 025
Importe	57 716	48 453	53 511	60 841	68 264
Saldo	- 8 024	- 540	- 380	- 2 685	- 7 339

¹⁾ Vorläufiges offizielles Ergebnis. — ²⁾ 1989 eigene Schätzung. — ³⁾ 1987 eigene Schätzung. 1988 und 1989 Angaben der OECD. — ⁴⁾ Seit 1985 mit dem laufenden Dollar-Dinar-Wechselkurs berechnet.

Wirtschaftsentwicklung *Abbildung 2* im RGW-Raum



anstieg: in der UdSSR von 3% auf 7,5%, in Bulgarien von 0,5% auf 6,2%. Hier ist aber zu beachten, daß die offizielle Preisstatistik nicht alle Preiserhöhungen erfaßt. Bulgarische Experten schätzen die durchschnittliche Inflationsrate zwischen 1985 und 1989 auf 11%. In der DDR, in Rumänien und in der ČSFR blieb die Inflation bei inflexiblen Preisen zurückgestaut.

In allen Ländern wuchs das Defizit im Staatshaushalt. Dazu trug hauptsächlich die Steigerung der Preissubventionen, aber auch — etwa in Polen — eine sinkende Steuerzahlungsmoral der Staatsunternehmen bei. Das Defizit der UdSSR ist das höchste in der gesamten Region: Es stieg von 10,2% des Nationaleinkommens 1988 auf 14,9% 1989 (92 Mrd. Rubel). Das Defizit Polens erreichte 5,5%, das Bulgariens nur 4,4% des Nationaleinkommens.

Selbst das Budget der ČSFR, das 1988 noch ausgeglichen gewesen war, brachte 1989 erstmals ein Defizit, wenn auch die Quote von etwa 1% des Nationaleinkommens vorerst niedrig blieb. Gleichwohl muß das Defizit als erstes Alarmsignal für eine beginnende Destabilisierung gewertet werden.

In einigen Ländern, deren Regierung durch restriktive Kreditpolitik die Kontrolle über das Geldangebot zurückzugewinnen trachtete, trat das Phänomen der „erzwungenen Kredite“ auf Staatsunternehmen, die als sicher annahmen, daß in letzter Instanz das Staatsbudget oder der Kreditapparat alimentierend eingreifen würde. Dies gilt vor allem für Polen, wurde aber auch erstmals aus Ungarn und der UdSSR berichtet: Unternehmen nutzten die hohe Inflationsrate, um

und des Wirtschaftswachstums in diesem Zeitraum bleibt ein erheblicher Anstieg des Subventionsvolumens: Deflationiert mit dem BIP-Deflator verdreifachte sich der aggregierte Förderungsbarwert im untersuchten Zeitraum, im Verhältnis zum nominellen Brutto-Inlandsprodukt stieg er von 0,8% 1980 auf 2,2% im Jahr 1987. Berücksichtigt man zusätzlich die Beihilfen an den Schienenverkehr sowie die Investitionsprämie (nach dem Investitionsprämiengesetz), so erreichte das Förderungsvolumen 1987 fast 3½% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der Anstieg geht in erster Linie auf die Ausweitung der reaktiven Direktförderung zurück. Sie wird gewährt, um die Förderungsadressaten temporär oder dauerhaft von Einflüssen des Marktes abzuschotten, und ihr Betrag steht in der Regel im vorhinein nicht fest.

Die reaktive Direktförderung stieg von 4 Mrd. S zu Anfang des Jahrzehnts auf fast 26 Mrd. S, ihr Anteil an der gesamten Direktförderung erhöhte sich von 50% auf rund 80%. Ursache dieser Entwicklung waren vor allem die Finanzhilfen an die direkt und indirekt verstaatlichte Industrie, die gerade in den Jahren 1986 und 1987 mit 16,5 bzw. 18,4 Mrd. S ihren Höhepunkt erreichten. Auch die agrarischen Preisstützungen — die zweite bedeutende Position innerhalb der reaktiven Förderung — stiegen rasch. Sie nahmen im Durchschnitt jährlich um fast 15% zu und erreichten 1987 6,4 Mrd. S.

Die steuernde Direktförderung — die geplante Beeinflussung unternehmerischen Verhaltens im Rahmen ex ante konzipierter, institutionalisierter Aktionen — expandierte im Vergleich dazu wesentlich langsamer.

Die steuernde Direktförderung erhöhte sich von 4 Mrd. S 1980 auf 6,7 Mrd. S 1987. Dieser Zuwachs beruht überwiegend auf der Einführung neuer Förderungsaktivitäten. 1987 hatten die in den achtziger Jahren neu hinzugekommenen Aktionen — in erster Linie die Top-Aktionen, die Technologieanwendungsförderung (inzwischen durch den ITF ersetzt), der Umweltfonds und die regionalen Sonderförderungsaktionen — mit einem Barwert von 1,6 Mrd. S einen Anteil von 24% an der steuernden Förderung. Im selben Zeitraum fielen nur zwei bedeutendere Aktionen ganz weg: die Papieraktion und die Branchenaktio-

nen „Textil, Bekleidung, Leder“; bis zu ihrer Einstellung hatten sie einen Barwert von insgesamt 200 bis 400 Mill. S jährlich gehabt.

Die Förderung materieller Investitionen bildet nach wie vor das Schwerkergewicht der steuernden Direktförderung.

Der Anteil der Investitionsförderung an der steuernden Förderung ging nur leicht — von rund 80% Anfang der achtziger Jahre auf knapp über 70% — zurück. Der Anteil von Beihilfen für Innovation sowie Forschung und Entwicklung stieg dank der Einführung der Top-Fertigungsüberleitung und der Technologieanwendungsförderung von 5% bis 6% auf über 10%, der Anteil sonstiger Beihilfen (immaterielle Investitionen, Produktionsbeihilfen u. a.) blieb annähernd konstant. Unter den in den achtziger Jahren neu geschaffenen Förderungen ist der Anteil der Beihilfen für Innovation, Forschung und Entwicklung etwas höher: Vom gesamten Barwert der neuen Förderungsaktivitäten entfielen 1987 rund 23% auf innovationsorientierte Aktionen.

Die höchsten Anteile am aggregierten Förderungsbarwert (steuernde und reaktive Direktförderung) entfielen in den Jahren 1986 und 1987 auf die Sachgüterproduktion und die Land- und Forstwirtschaft.

Die Sachgüterproduktion (Industrie, Gewerbe) hatte 1986 und 1987 einen Anteil am aggregierten Förderungsbarwert von rund 70%, auf die Land- und Forstwirtschaft entfiel rund ein Fünftel der Förderungen. Bezogen auf die Wertschöpfung erreichten die Förderungen in der Land- und Forstwirtschaft über 12% (1986) bzw. 15% (1987), in der Sachgüterproduktion sowie im Bergbau zwischen 5% und 6%.

Innerhalb der Sachgüterproduktion konzentrierten sich die Beihilfen 1986 und 1987 vor allem auf den Basissektor und die technische Verarbeitung.

Die Sachgüterproduktion wurde in beiden Jahren mit rund 22 Mrd. S gefördert. Davon entfielen zwischen 40% und 50% auf den Basissektor, im besonderen auf die Grundmetallbranchen, und knapp unter 40% auf die technische Verarbeitung, in erster Linie auf den Maschinenbau. Gemessen an der Wertschöpfung wurden die Grundmetallbranchen weitaus am stärksten gefördert.

Eine (aus methodischen Gründen allerdings teilweise problematische) Gegenüberstellung der Subventionen in den EG- und EFTA-Ländern zeigt, daß die EFTA-Länder — unter ihnen Österreich — im Zeitraum 1981/1986 ihre Sachgüterproduktion im Vergleich zu den EG-Ländern nicht übermäßig subventionierten.

In einer Reihe von EG-Ländern — Italien, Luxemburg, Irland, Belgien — lagen die Subventionen an die Sachgüterproduktion (gemessen am Brutto-Inlandsprodukt) deutlich über den Vergleichswerten in den EFTA-Ländern — trotz Beihilfenaufsicht der EG-Kommission. Allerdings kommt Österreich die Betrachtung des mehrjährigen Durchschnitts in diesem Vergleich entgegen. Da die staatlichen Beihilfen in Österreich von 1980 bis einschließlich 1987 ausgeweitet wurden, dürfte es in diesem Zeitraum in der Rangordnung der Länder nach ihrem Subventionsvolumen aufgestiegen sein.

Die Konsequenzen der im „Arbeitsübereinkommen“ der Bundesregierung festgelegten Maßnahmen zur Kürzung der Direktförderung sind unklar.

Das „Arbeitsübereinkommen“ der Regierungsparteien läßt im Hinblick auf den beabsichtigten Abbau der Subventionen einen relativ großen Interpretationsspielraum offen. Anhand der Formulierung im Arbeitsübereinkommen ist nicht eindeutig zu klären, welche Förderungen im einzelnen betroffen sind, welche (betragliche) Ausgangsbasis den Kürzungsplänen zugrunde liegt und ob eine reale oder nominelle Kürzung beabsichtigt ist. Zumindest 1987 dürften die Kürzungsmaßnahmen im Aggregat noch nicht gegriffen haben, wenngleich einzelne Förderungen eingeschränkt wurden.

Gemessen an ihrem aggregierten Barwert ist das Volumen der Direktförderung nach 1987 vermutlich jedoch beträchtlich gesunken.

Ursache ist der Wegfall zweier umfangreicher Förderungsaktivitäten, die die Subventionspolitik in den achtziger Jahren prägten: der Verstaatlichtenhilfe und der Investitionsprämie (nach dem Investitionsprämiengesetz). Bezogen auf das Brutto-Inlandsprodukt war die direkte Wirtschaftsförderung Ende der achtziger Jahre kaum höher als zu Beginn des Jahrzehnts.

Industrie

	1987	1988	1989	1989		1990	Jänner	1990		
				III Qu	IV Qu	I Qu		Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	+ 19	+ 84	+ 66	+ 56	+ 45	+ 83	+ 43	+ 94	+ 107	
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	- 24	+ 66	+ 38	+ 58	- 31	+ 190	+ 173	+ 111	+ 284	
Für die Textil- und Lederbranchen	- 42	+ 11	+ 29	+ 41	+ 72	+ 104	+ 65	+ 117	+ 129	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 28	+ 108	+ 50	+ 43	+ 13	+ 55	+ 43	+ 77	+ 44	
Für die Chemie	+ 85	+ 123	+ 76	+ 70	+ 56	+ 12	+ 11	- 19	+ 45	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	+ 63	+ 79	+ 15	+ 79	- 90	+ 62	- 09	+ 04	+ 196	
Für die Grundmetallverarbeitung	+ 27	+ 09	+ 05	+ 12	- 61	- 64	- 155	+ 19	- 51	
Für die Technische Verarbeitung	- 08	+ 105	+ 97	+ 93	+ 68	+ 121	+ 63	+ 135	+ 163	
Für die Bauwirtschaft	+ 42	+ 111	+ 72	+ 15	+ 64	+ 46	+ 57	+ 37	+ 47	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 51	+ 66	+ 59	+ 54	+ 78	+ 146	+ 108	+ 170	+ 160	
Ausrüstungsinvestitionen	- 81	+ 62	+ 67	+ 08	+ 115	+ 191	+ 76	+ 241	+ 240	
Fahrzeuge	- 185	+ 164	- 104	- 183	+ 141	+ 408	+ 175	+ 611	+ 414	
Maschinen und Elektrogeräte	- 86	+ 30	+ 82	+ 35	+ 98	+ 186	+ 123	+ 234	+ 191	
Sonstige	+ 10	+ 123	+ 113	+ 08	+ 153	+ 122	- 78	+ 130	+ 317	
Konsumgüter	- 10	+ 04	+ 64	+ 67	+ 111	+ 86	+ 78	+ 98	+ 82	
Verbrauchsgüter	+ 13	+ 16	+ 53	+ 40	+ 86	+ 76	+ 79	+ 93	+ 58	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 31	- 28	+ 20	+ 29	+ 77	+ 46	+ 03	+ 54	+ 79	
Langlebige Gebrauchsgüter	- 25	+ 27	+ 166	+ 211	+ 221	+ 170	+ 203	+ 180	+ 135	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	- 08	+ 60	+ 66	+ 49	+ 74	+ 102	+ 57	+ 120	+ 125	
Nicht arbeitstätig bereinigt	- 04	+ 64	+ 57	+ 35	+ 57	+ 117	+ 104	+ 120	+ 126	
Konjunkturreihe	- 07	+ 62	+ 63	+ 45	+ 69	+ 107	+ 71	+ 120	+ 125	
Produktivität pro Kopf	+ 21	+ 83	+ 58	+ 38	+ 57		+ 39	+ 101		
Produktivität pro Stunde	+ 48	+ 83	+ 60	+ 37	+ 55		+ 62	+ 94		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 24	+ 102	+ 93	+ 56	+ 55	+ 105	+ 199	+ 107	+ 15	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 18	+ 88	+ 160	+ 156	+ 132	+ 129	+ 164	+ 78	+ 146	

Bauwirtschaft

	1987	1988	1989	1989		1990	Jänner	1990		
				III Qu	IV Qu	I Qu		Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktionswert (nominal)	+ 51	+ 67	+ 36	- 01	+ 34		+ 62	+ 53		
Hochbau	+ 72	+ 123	+ 20	- 12	+ 00		+ 27	+ 46		
Tiefbau	+ 40	+ 01	+ 53	+ 00	+ 78		+ 85	+ 37		
Beschäftigte	+ 19	- 14	+ 18	- 04	+ 02		+ 14	+ 30		
Hochbau	+ 12	- 08	+ 06	- 13	- 13		- 13	+ 33		
Tiefbau	+ 20	- 31	+ 36	+ 09	+ 20		+ 31	+ 39		
Auftragsbestände	+ 08	- 53	+ 12	+ 65	+ 79	+ 71				
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+ 39	- 21	+ 09	+ 50	+ 95	+ 129				
Preisindex Hochbau	+ 23	+ 32	+ 36	+ 38	+ 28	+ 28				
Wohnbau	+ 36	+ 33	+ 35	+ 37	+ 28	+ 28				
Preisindex Tiefbau		+ 19	+ 26	+ 19	+ 28	+ 28				
Straßenbau	+ 02	- 05	+ 08	+ 10	+ 20	+ 30				

Energiewirtschaft

	1987	1988	1989	1989		1990	Jänner	1990		
				III Qu	IV Qu	I Qu		Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	+ 75	- 15	- 04	+ 07	+ 17					
Kohle	- 62	- 327	- 30	- 59	- 08		+ 301	+ 321		
Erdöl	- 48	+ 106	- 15	- 117	+ 36					
Erdgas	+ 50	+ 74	+ 47	+ 75	+ 136					
Stromerzeugung	+ 131	- 30	+ 23	+ 56	+ 55	+ 70	+ 78	+ 35	+ 96	
Wasserkraft	+ 159	- 05	- 11	+ 33	- 28	- 102	- 284	- 63	+ 45	
Wärmeleistung	+ 63	- 95	+ 124	+ 193	+ 189	+ 359	+ 708	+ 160	+ 202	
Verbrauch	+ 38	- 28	+ 21	+ 27	+ 19					
Kohle	+ 54	- 119	+ 39	+ 03	+ 154					
Erdöl, Mineralölprodukte	+ 21	- 12	+ 00	+ 21	- 25					
Treibstoffe	+ 09	+ 61	+ 36	+ 30	+ 40					
Normalbenzin	+ 187	+ 08	+ 108	+ 101	+ 95					
Superbenzin	- 31	+ 15	- 21	- 35	- 24					
Dieselmotorkraftstoff	- 06	+ 134	+ 66	+ 71	+ 77					
Heizöle	+ 07	- 120	- 63	+ 30	- 137					
Gasöl für Heizzwecke	+ 76	- 31	+ 13	+ 101	- 167					
Sonstige Heizöle	- 21	- 160	- 101	- 20	- 122					
Erdgas	+ 50	- 57	+ 78	+ 94	+ 61					
Elektrischer Strom	+ 36	+ 31	+ 30	+ 39	+ 28	+ 50	+ 80	+ 21	+ 45	

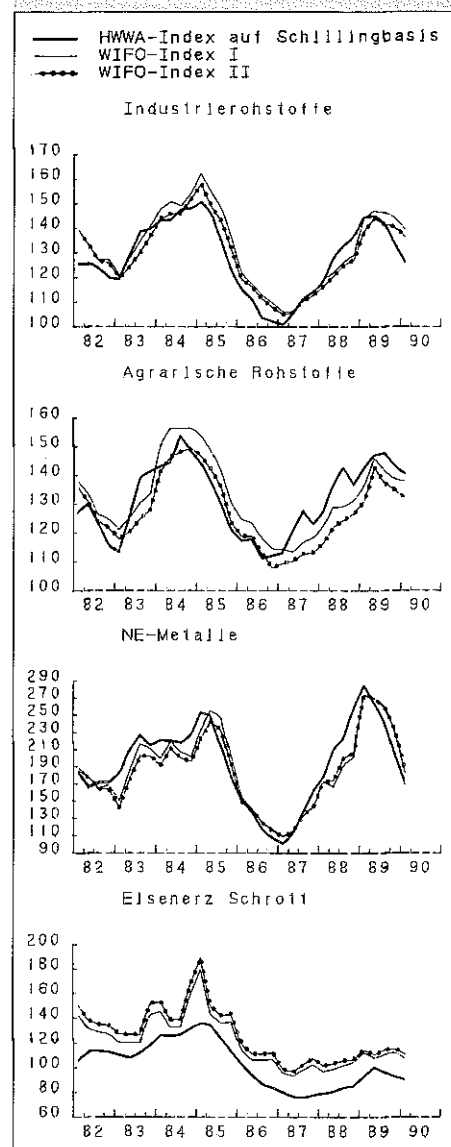
HWWA-Index der Industrierohstoffpreise

Abbildung 1

Entwicklung der Industrierohstoffpreise

Übersicht 2

HWWA-Index



Die Umkehr der Schilling-Dollar-Relation verbilligte Ende 1989 und Anfang 1990 die Industrierohstoffimporte auf Schillingbasis, obwohl auf dem Weltmarkt (auf Dollarbasis) eine leichte Erholung eingetreten ist. Der Rückgang des Dollarkurses konnte von den Rohstoffproduzenten kaum über höhere Preise ausgeglichen werden.

seit der großen Depression. Die Nachfrage aus China und Japan fiel aus, die Wool Corporation kaufte große Mengen auf und legte sie auf Lager, um den Wollgarantiepreis zu stabilisieren.

Sehr schwach entwickelten sich 1989 auch die Kautschukpreise (−13%). Zwar ergab sich 1989 ein Produktionsdefizit von 180.000 t (Produktion +2%, Nachfrage +4%); die Produzentenländer verringerten jedoch ebenso ihre Lager wie die Manager des Ausgleichslagers, sodaß ein Angebotsüberhang entstand, der auf

die Preise drückte. Gegen Ende des Jahres begann, gestützt durch erneute Aufkäufe des Ausgleichslagermanagers eine Preisstabilisierung.

Schnittholz wurde 1989 und Anfang 1990 stetig teurer (IV. Quartal 1989 +7%, I. Quartal 1990 +9%): Die schwedischen Exporteure profitierten vom Bauboom in der BRD, der durch den Zustrom aus der DDR in Gang kam. Doch auch die heimische Nachfrage in den skandinavischen Ländern und jene aus der UdSSR stützte diese Tendenz, die Bestände sind sehr niedrig. Die Zellstoffpreise zogen gegen Ende 1989 etwas an (IV. Quartal 1989 +3%) im Jahresdurchschnitt 1989 war die Entwicklung somit stabil (+1%). Anfang 1990 verstärkte sich der Aufwärtstrend (+10% im I. Quartal 1990). Dahinter steht einerseits die starke Nachfrage nach Papier vor allem in Europa (in den USA baut hingegen die Papierindustrie ihre Lager ab und bringt so die Zellstoffpreise unter Druck); andererseits suchen besonders die skandinavischen Produzenten Preisrückgänge durch Produktionseinschränkungen zu unterbinden. Die Preise für Rindschäute verharrten auf relativ hohem Niveau – Ausdruck einer regen Nachfrage und zurückhaltender Exporte.

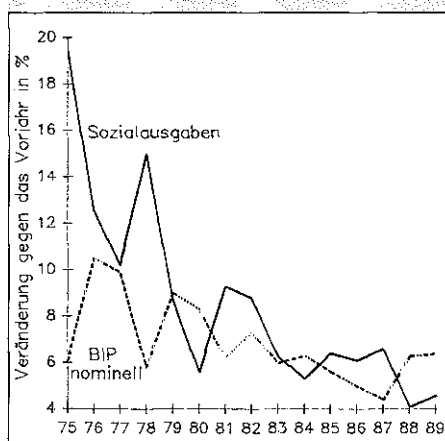
Die Preise der Nicht-Eisen-Metalle sinken seit dem II. Quartal 1989, auch im I. Quartal 1990 setzte sich dieser Preisverfall mit −6% fort. Am deutlichsten fielen die Preise von Nickel (IV. Quartal 1989 −21%, I. Quartal 1990 −18%). Anfang 1989 waren sie bedingt durch die Stahlkonjunktur (einschließlich Edelstahl) außergewöhnlich hoch. Das Auslaufen der Grundstoffkonjunktur und damit auch des Stahl-Booms drückt seither die Preise. Anhaltende Produktionsausweitungen führten bei abflauernder Nachfrage zu einem Überschuss von etwa 30.000 t. Ebenfalls bedeutend war der Rückgang der Aluminiumpreise (1989 −24%, I. Quartal 1990 −12%). Das relativ hohe Preisniveau veranlaßte die Produzenten Anfang 1989 die Produktion zu steigern (+3,5%), während sich die Nachfrage – besonders in den USA – bereits wieder abschwächte. Billiger wird seit Mitte 1989 auch Zinn (III. Quartal 1989 −13%, IV. Quartal −18%, Jahresdurchschnitt +21%, I. Quartal 1990 −12%): Die angekündigten Produktionseinschränkungen wurden nicht eingehalten, zugleich war die Nachfrage – besonders wieder in den USA – schwach. Rege Schmuggeltätigkeit aus China und Brasilien verstärkte das

	Gewicht In %	1989 Ø Index	1989 Veränderung gegen die Vorperiode in %				1989 Ø	1990 ¹⁾ Ø
			II Qu.	III Qu.	IV Qu.	I Qu.		
Industrierohstoffe	20,9	186,0	−4	−2	−1	+1	+2	±0
Agrarische Rohstoffe	10,1	191,3	−1	+1	+2	+5	±0	+7
Baumwolle	1,3		+11	+11	−3	−5	+13	+4
Sisal	0,1		±0	+1	+2	+2	+8	+1
Wolle	0,7		−11	−3	+3	−2	−13	−5
Häute	0,7		−2	+8	±0	+1	+1	+3
Schnittholz	2,9		+1	+4	+7	+9	+2	+22
Kautschuk	0,8		−9	−9	−4	±0	−13	−6
Zellstoff	3,7		−2	−4	+3	+10	+1	+4
NE-Metalle	6,1	223,5	−11	−5	−6	−6	+3	−16
Aluminium (free)	1,1		−6	−16	−2	−12	−24	−16
Blei (LME) ²⁾	0,3		+1	+12	+1	+18	+2	+27
Kupfer (LME) ²⁾	3,1		−14	−2	−4	−6	+10	−17
Nickel	0,6		−23	−12	−21	−18	+1	−43
Zink (LME) ²⁾	0,5		−14	+4	−11	−4	+34	−19
Zinn	0,5		+26	−13	−18	−12	+21	−25
Eisenerz Schrott	4,7	125,5	+4	−4	+1	+5	+9	+10
Eisenerz	3,7		+8	−7	−1	+6	+12	+11
Stahlschrott	1,0		−3	−11	−7	+4	−5	−10
HWWA-Index insgesamt ³⁾	100,0	158,0	+3	−4	+4	+2	+11	+4
Ohne Rohöl	42,3	151,6	−3	−4	±0	+2	±0	±0

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg und Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der AIECE. Neuer Index 1975 = 100, auf Dollarbasis, gewichtet mit den Rohstoffimporten der Industrieländer der Basisperiode. — ¹⁾ Prognose. — ²⁾ London Metal Exchange. — ³⁾ Industrierohstoffe + Nahrungs- und Genußmittelrohstoffe + Energierohstoffe; zur Preisentwicklung der letzten zwei Rohstoffkategorien siehe Brauns F. „Sonderentwicklung in Deutschland überlagert internationale Konjunkturabkühlung“ in diesem Heft. Übersicht 3.

Die Sozialausgaben im Konjunkturverlauf

Abbildung 1



trotz Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation kaum zurückging.

Kein Mehraufwand in der Arbeitslosenversicherung

Zu den Sozialausgaben, die unmittelbar aus dem Bundeshaushalt erfolgen, zählen die Arbeitslosenversicherung, der Familienlastenausgleich, Pensionen an Bundesbeamte und der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung. Mit 152 Mrd S beanspruchten sie 1989 etwa 26% der gesamten Ausgaben des Bundes und rund 34% des volkswirtschaftlichen Sozialbudgets.

Die budgetentlastende Wirkung der guten Konjunktur zeigt sich vor allem in den Sozialausgaben des Bundes. So haben sich mit der Trendumkehr auf dem Arbeitsmarkt auch die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung in den letzten zwei Jahren stabilisiert.

Mit +2¼% stiegen die Sozialtransfers des Bundes nur halb so rasch wie die Sozialausgaben insgesamt. Ein Grund hierfür ist, daß die entlastende Wirkung der kräftigen Konjunktur vor allem in den dem Bund obliegenden Ausgaben eintritt. So ließ die Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt schon 1988 die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung kaum mehr steigen, 1989 waren sie sogar nominell leicht rückläufig. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm im Jahresdurchschnitt neuerlich ab (um 9 500 bzw. 6%). Von den vorgemerkten Arbeitslosen bezogen 57,7% Arbeitslosengeld,

28,5% Notstandshilfe. Gegenüber 1988 ging der Anteil der Leistungsbezieher geringfügig zurück. Der durchschnittliche Aufwand je Leistungsbezieher und Monat betrug 7 361 S (+0,9%). Die Anfang 1988 erfolgte Ausdehnung des Bemessungszeitraums für das Arbeitslosengeld dürfte ebenfalls die Ausgabensteigerung gedämpft haben.

Die Pensionsversicherung beanspruchte um nur 2,8% mehr Bundesmittel als im Vorjahr, das war die niedrigste Steigerungsrate seit 1980 (damals hatte freilich eine Erhöhung der Beitragssätze für die Versicherten den Bundesbeitrag reduziert). Da nun wieder rege Nachfrage nach Arbeitskräften herrscht und die Produktionskapazitäten gut ausgelastet sind, ist der früher in manchen Betrieben bestehende Druck auf Arbeitnehmer, Frühpensionen in Anspruch zu nehmen, gewichen. Immerhin schoß der Bund 55,1 Mrd S zur Pensionsversicherung zu; mit knapp 10% der Gesamtausgaben zählt der Posten damit zu den großen Ausgabenblöcken im Bundeshaushalt.

Die Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds blieben — wie 1988 — annähernd konstant (–0,7%). Die Höhe der Familienbeihilfe blieb von Anfang 1987 bis Anfang 1990 unverändert (für jedes Kind 1 200 S pro Monat, für Kinder ab dem 10. Lebensjahr 1 450 S), die Zahl der anspruchsberechtigten Kinder war leicht rückläufig.

Unter den Sozialausgaben des Bundes erhöhte sich der Pensions-

aufwand für die Beamten am kräftigsten (+6,1%). Mit 1. Jänner 1989 wurden die Bezüge pro Kopf — ebenso wie für die aktiven Bediensteten — um 2,9% angehoben. Der darüber hinausgehende Mehraufwand erklärt sich aus der steigenden Zahl von Pensionisten — ebenso wie im privaten Sektor sinkt auch das Pensionsantrittsalter der Beamten tendenziell — und verschiedenen Struktureffekten.

Ausgabendynamik der Sozialversicherung bleibt gedämpft

Die Ausgaben der Sozialversicherung (bereinigt um Transferzahlungen zwischen Versicherungsträgern) betrugen 1989 rund 249 Mrd S, das entsprach fast 15% des Brutto-Inlandsproduktes²⁾. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie um 5,4%; das war zwar um etwa ½ Prozentpunkt rascher als 1988, doch die zweitniedrigste Steigerungsrate seit vielen Jahren und auch niedriger als die des BIP.

Von den drei Versicherungszweigen erhöhten sich die Ausgaben der Unfallversicherung mit +3,9% am schwächsten. Die Hälfte der Aufwendungen entfällt auf Unfallrenten, ihre Zahl ist langfristig rückläufig. Sie ging auch 1989 zurück, um 1% auf 113 800. Dennoch stieg der Rentenaufwand um über 5%, da sich die Struktur des Rentenbestands zugunsten der „teueren“ Renten verschob. Die Höhe einer Unfallrente hängt, abgesehen vom bisher bezogenen Einkommen, vom Grad der Erwerbsminderung ab.

Sozialausgaben des Bundes

Übersicht 2

	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Insgesamt
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
1980	+11,0	+3,1	+6,2	–8,3	+1,0
1981	+26,9	+8,3	+9,0	+11,1	+10,5
1982	+43,1	+7,6	+9,6	+25,9	+16,0
1983	+21,1	+0,8	+5,3	+30,4	+12,8
1984	+7,1	–2,4	+6,1	+3,7	+2,9
1985	+7,4	+4,7	+7,5	+3,5	+5,3
1986	+9,5	+2,1	+5,6	+7,0	+5,5
1987	+12,4	+8,2	+5,3	+14,7	+10,2
1988	+1,3	+0,6	+3,9	+4,1	+2,8
1989 ¹⁾	–0,6	–0,7	+6,1	+2,8	+2,3
Anteile an den Gesamtausgaben des Bundes in %					
1989 ¹⁾	3,0	6,7	7,1	9,6	26,4

Q: Bundesrechnungsabschluß — ¹⁾ Bundesvoranschlag

²⁾ Der Berechnung liegen die vorläufigen Gebarungsergebnisse zugrunde. Um Doppelzählungen zu vermeiden wurden Transferzahlungen zwischen den einzelnen Versicherungsträgern — etwa für die Krankenversicherung der Pensionisten — ausgeschaltet.

stellen und daher Probleme der ökonomischen Effizienz außer acht lassen.

Die traditionelle Umweltökonomie lehrt seit langem, daß der Einsatz von Abgaben als Instrument der Umweltpolitik effizientere Lösungen ermöglicht als Ge- und Verbote, und zwar weil Abgaben den Preis für umweltschädliches Verhalten sichtbar für Produzenten und Konsumenten beeinflussen. Sie können daher ihr Optimierungskalkül flexibel auf diese Preise einstellen, den für sie besten Weg der Substitution des besteuerten Gegenstandes sowie das individuelle Ausmaß der Reduktion wählen (entsprechend den Vermeidungskosten), und sie haben einen Anreiz, über vorgegebene Umweltstandards hinaus umweltschädigendes Verhalten einzuschränken. All diese Argumente treffen auf Auflagenlösungen nicht zu.

Wenn es gelingt, die Schadenkosten zu bestimmen und sie dem Verursacher über eine Umweltsteuer anzulasten, wird die vorher gestörte Allokation der Ressourcen wieder tendenziell optimiert und das gesamtgesellschaftliche Ergebnis des Wirtschaftens (sowohl für Umwelt als auch für Einkommen) erhöht. Das bedeutet, daß im Gegensatz zu einer Reihe anderer indirekter Steuern Umweltabgaben die optimale Allokation nicht behindern, sondern sogar fördern.

In der Realität sind die Schadenskosten — als Basis für optimale Umweltabgaben — oft nicht bekannt und auch nicht zu erheben. In diesem Fall kann man sich an den Schadensvermeidungskosten bzw. an den Kosten, die die Erreichung eines bestimmten Umweltzieles erfordert, orientieren (Standard-Preis-Ansatz). Zwar entspricht diese Umweltabgabe nicht mehr dem Idealmodell, doch besteht Einigung darüber, daß auch diese Art der Abgabeberechnung positive Umwelteffekte auslöst.

Die Erhebung von (spürbaren) Umweltabgaben übt auf das belastete Wirtschaftssubjekt (Produzent oder Konsument) einen Anreiz aus, umweltschädigende Produktionsprozesse und Produkte zu vermeiden und damit auch über etwaige Grenzwerte hinaus die Umweltsituation zu verbessern. Umweltabgaben regen überdies den technischen Fortschritt an, da die Steuersubjekte versuchen wer-

den, durch Anwendung weniger umweltbelastender Prozesse die Steuerlast zu minimieren.

Umweltabgaben haben, wie auch andere Instrumente der Umweltpolitik, ganz bestimmte Verteilungseffekte, die von der wirtschaftlichen Macht, dem Vorhandensein von Ausweichmöglichkeiten und den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen abhängen. Bei der Konzeption von Umweltabgaben sind diese Verteilungseffekte sowie Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit, auf das Preisniveau und die Beschäftigung ebenso zu beachten wie das Problem der Akzeptanz in der Bevölkerung und die Administrierbarkeit.

Die Ausrichtung der Wirtschafts- und Umweltpolitik auf das Ziel „sustainable development“ erfordert neben anderen Instrumenten die steuerliche Belastung ressourcen- und umweltverbrauchenden Verhaltens. Damit wird das Steuersystem verstärkt und bewußt als Instrument zur Lenkung des Wirtschaftsablaufes eingesetzt. Zwar wirkt auch im bestehenden Steuersystem eine Reihe von Steuern verhaltenslenkend, doch ist dies oft nicht beabsichtigt oder nur Nebeneffekt eines fiskalischen Ziels. Im Gegensatz zu bereits bestehenden Lenkungsabgaben verbessern Umweltabgaben die gesamtwirtschaftliche Allokation von Ressourcen, führen also zu einer Optimierung des Wirtschaftsprozesses. Die fiskalischen, verteilungspolitischen und gesamtwirtschaftlichen Folgen einer Umorientierung der bestehenden Steuersysteme zu ausgeprägterer Beachtung der Umweltwirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten verdienen besonderes Augenmerk. Die vorliegende Untersuchung leistet einen wichtigen Beitrag dazu.

Energieabgabe

Zentraler Punkt der Diskussion um Umweltabgaben ist die (zusätzliche) Besteuerung von Energie. Einerseits sind Energieressourcen nur beschränkt verfügbar (mit Ausnahme von erneuerbaren Energien), andererseits sind energieerzeugende, -verteilende und -verbrauchende Prozesse für einen Großteil der Umweltschäden verantwortlich. In der Vergangenheit richteten sich die Anstrengungen

der Umweltpolitik in Energiefragen hauptsächlich auf den Ersatz besonders umweltbelastender Energieträger (z. B. Kohle) durch weniger umweltbelastende (z. B. Erdgas). Die Gespräche um die Klimaeffekte unserer Wirtschaftsweise haben jedoch gezeigt, daß *alle* Verbrennungsprozesse Umweltprobleme verursachen (Erwärmung der Erdatmosphäre durch CO₂-Ausstoß, Zerstörung der Ozonschicht durch Gase); daher wird jetzt und in Zukunft der sparsamere Einsatz von Energie hohe Priorität haben.

In der Diskussion um Energiebesteuerung wird überwiegend die Erhebung einer *Primärenergieabgabe* gefordert, also einer Abgabe auf Energie beim ersten Eintritt in den Wirtschaftskreislauf (Förderung oder Einfuhr). Bei dieser Inputsteuer treten nur wenige Einheiten als Steuersubjekte auf (leichte Administrierbarkeit), und auf alle Stufen der Energieerzeugung, -umwandlung und -verwendung wird ein Anreiz zu höherer Effizienz ausgeübt.

Um die mögliche Spannweite von Auswirkungen der Erhebung einer Primärenergieabgabe aufzuzeigen, werden Varianten eines Abgabensatzes zwischen 3 g und 10 g je Kilowattstunde und einer angeschlossenen CO₂-Abgabe (zur differenzierten Behandlung der Klimaeffekte unterschiedlicher Energieträger) zwischen 0 g und 3 g je (mit Kohlenstoffinhalt gewichteter) Kilowattstunde berechnet. Die entsprechende Kostenbelastung dieser Abgaben liegt zwischen 0,11% und 1,42% des Brutto-Produktionswertes, im Durchschnitt würde sich Energie nach der niedrigsten berechneten Variante um 2,1%, nach der höchsten um 27,5% verteuern. Mit diesen Abgaben könnten Steuern in der Höhe von 2,7 Mrd S bis 35 Mrd S pro Jahr eingenommen werden.

Die Folgen einer Energieabgabe hängen wesentlich von der Preiselastizität der Nachfrage nach Energie ab. Vorliegende Schätzungen weisen eine hohe Streuung auf, die Elastizitäten lassen jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit vermuten, daß mit einer signifikanten Energieabgabe deutliche Einspareffekte erreicht werden können.

Im Verkehrsbereich gibt es eine Reihe von fiskalischen Umweltinstru-

tionalen Nachfrageboom nach Fertigwaren in so hohem Maße nützen kann — die Produktion wächst rascher als in der Bundesrepublik Deutschland —, spricht sowohl für ihre Lieferfähigkeit als auch für erfolgreiche Strukturanpassung

Optimistisch sind nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Verbraucher — angesichts beträchtlicher Einkommensgewinne und sicherer Arbeitsplätze. Sie kauften von Jänner bis März um fast ein Sechstel mehr langlebige Güter als vor einem Jahr. Mit +4¼% erreicht der private Konsum 1990 die stärkste Steigerung seit sieben Jahren. Dennoch fällt die Sparquote weniger unter den Rekordwert von 1989 als bisher erwartet, da mit der Dynamik der Konjunktur auch die Entwicklung der Nichtlohneinkommen (mit einem hohen Sparanteil) unterschätzt wurde

Trotz lebhafter Nachfrage im Inland wird sich der Leistungsbilanzsaldo 1990 und 1991 um jeweils rund 5 Mrd S verbessern; für das kommende Jahr errechnet sich so ein für Österreich ungewohnter Überschuss in der Größenordnung von 10 Mrd S. In den Ergebnissen der ersten drei Monate dieses Jahres zeichnet sich diese Trendumkehr noch nicht ab, doch sind die mageren Tourismuseinnahmen im schneearmen Winter sowie die Kalenderverschiebung der Osterfeiertage zu berücksichtigen. Immerhin war das Defizit der Handelsbilanz nicht größer als im Vorjahr. Die Tendenz der internationalen Rohwarennotierungen läßt keine Verschlechterung der Terms of Trade im Warenhandel mehr erwarten und die Exporterlöse im Reiseverkehr sollten 1991 unvermindert steigen. Beide Faktoren erklären die deutliche Revision der Leistungsbilanzprognose zum Besseren

Die Aussicht auf anhaltende Preisstabilität bleibt unverändert. Fallende Rohwaren- und Energiepreise sowie die Dollarschwäche schaffen hierfür nun sogar günstigere Bedingungen. Andererseits kann für 1991 nicht mit einer ähnlich mäßigen Anhebung öffentlicher Tarife und Gebühren wie heuer gerechnet werden. Die kräftigen Lohnerhöhungen seit Herbst werden in der Industrie durch den raschen Produktivitätsfortschritt weitgehend wettgemacht. Im Gewerbe und in den Dienstleistungssparten

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1987	1988	1989	1990	1991
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt real					
OECD insgesamt	+ 35	+ 44	+ 36	+ 28	+ 30
USA	+ 37	+ 44	+ 30	+ 20	+ 25
Japan	+ 46	+ 57	+ 49	+ 45	+ 40
OECD-Europa	+ 27	+ 37	+ 35	+ 30	+ 30
BRD	+ 17	+ 36	+ 40	+ 40	+ 40
Welthandel, real	+ 52	+ 90	+ 75	+ 63	+ 70
Marktwachstum ¹⁾ Österreichs	+ 49	+ 76	+ 88	+ 75	+ 80
Weltmarkt-Rohstoffpreis ²⁾					
Insgesamt	+20 0	- 5 0	+11 0	± 0 0	+ 2 0
Ohne Energierohstoffe	+ 8 0	+21 0	± 0 0	- 2 0	- 1 0
Erdölpreis ³⁾ \$ je Barrel	16 9	13 8	16 4	16 5	17 0
Wechselkurs \$ je \$	12 64	12 35	13 23	11 90	11 90

¹⁾ Reales Importwachstum der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen — ²⁾ HWWA-Index Dollarbasis — ³⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD

steigen die Lohnstückkosten nun rascher als bisher, doch wirkt der starke Zustrom billiger Arbeitskräfte dämpfend.

Die Arbeitslosigkeit wird weiter zunehmen. Zwar ist der Arbeitsmarkt nicht nur wegen des Produktionsaufschwungs sehr aufnahmefähig — vor allem im Dienstleistungssektor wächst die Produktivität nur mäßig —, doch eilt das Angebot an neuen Arbeitskräften stets einen Schritt voraus. Vor allem unter den Ausländern wächst die Konkurrenz um den Arbeitsplatz. Asylwerber werden seit Jahresbeginn in der Arbeitslosenstatistik erfaßt, und das erhöht — wenn auch nur marginal — die Arbeitslosenquote zusätzlich. Sie erreicht im Jahresdurchschnitt 1991 5¼%

Wirtschaftspolitische Zielgrößen in ungewöhnlicher Konstellation

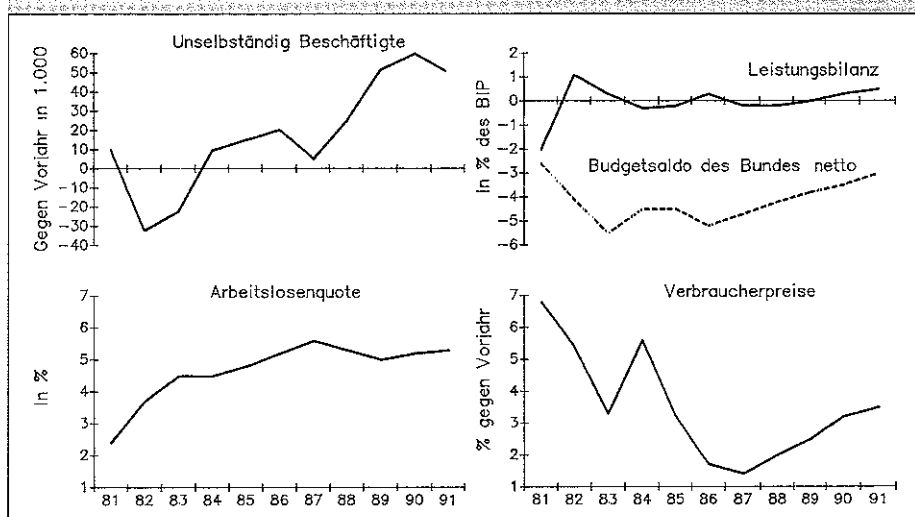
Die Prognose zeichnet der österreichischen Wirtschaft ein so erfreuliches

Konjunkturbild, wie sie es seit den frühen siebziger Jahren nicht mehr gekannt hat. Gleichzeitig verschiebt sich das „magische Vieleck“ der wichtigsten ökonomischen Ziele in ungewöhnlicher Weise

Der Aufschwung vor allem der Inlandsnachfrage verschafft Österreich eine neue Hochkonjunktur und gleichzeitig wieder einen Wachstumsvorsprung in Westeuropa — sogar vor dem „Konjunkturmotor“ Bundesrepublik Deutschland. Dennoch dreht die Leistungsbilanz erstmals seit vielen Jahren zu einem signifikanten Überschuss. Auch die Inflation beschleunigt sich — trotz anhaltend hoher Kapazitätsauslastung und stärkeren Lohnauftriebs — kaum. Dagegen steigt die Arbeitslosigkeit, obwohl ihre konjunkturbedingte Komponente weggefallen ist.

Diese verwirrende Konstellation bedeutet nicht, daß die herkömmlichen ökonomischen „Gesetze“ und Kreislaufzusammenhänge nicht mehr

Wichtige Konjunkturindikatoren



Industrie

	1987	1988	1989	1989		1990		1990		
				III Qu	IV Qu	I Qu	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	+ 19	+ 84	+ 66	+ 56	+ 45	+ 83	+ 94	+107	+ 66	
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	- 24	+ 66	+ 38	+ 58	- 31	+190	+111	+284	+ 44	
Für die Textil- und Lederbranchen	- 42	+ 11	+ 29	+ 41	+ 72	+104	+117	+129	+ 89	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 28	+108	+ 50	+ 43	+ 13	+ 55	+ 77	+ 44	+ 06	
Für die Chemie	+ 85	+123	+ 76	+ 70	+ 56	+ 12	- 19	+ 45	+ 69	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	+ 63	+ 79	+ 15	+ 79	- 90	+ 62	+ 04	+196	- 18	
Für die Grundmetallverarbeitung	+ 27	+ 09	+ 05	+ 12	- 61	- 64	+ 19	- 51	- 01	
Für die Technische Verarbeitung	- 08	+105	+ 97	+ 93	+ 68	+121	+135	+163	+108	
Für die Bauwirtschaft	+ 42	+111	+ 72	+ 15	+ 64	+ 46	+ 37	+ 47	- 15	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 51	+ 66	+ 59	+ 54	+ 78	+146	+170	+160	+130	
Ausrüstungsinvestitionen	- 81	+ 62	+ 67	+ 08	+115	+191	+241	+240	+161	
Fahrzeuge	-185	+164	-104	-183	+141	+408	+611	+414	+592	
Maschinen und Elektrogeräte	- 86	+ 30	+ 82	+ 35	+ 98	+186	+234	+191	+163	
Sonstige	+ 10	+123	+113	+ 08	+153	+122	+130	+317	- 27	
Konsumgüter	- 10	+ 04	+ 64	+ 67	+111	+ 86	+ 98	+ 82	+ 35	
Verbrauchsgüter	+ 13	+ 16	+ 53	+ 40	+ 86	+ 76	+ 93	+ 58	+ 04	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 31	- 28	+ 20	+ 29	+ 77	+ 46	+ 54	+ 79	+ 19	
Langlebige Gebrauchsgüter	- 25	+ 27	+166	+211	+221	+170	+180	+135	+123	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	- 08	+ 60	+ 66	+ 49	+ 74	+102	+120	+125	+ 75	
Nicht arbeitstäglich bereinigt	- 04	+ 64	+ 57	+ 35	+ 57	+117	+120	+126	+ 74	
Konjunkturreihe	- 07	+ 62	+ 63	+ 45	+ 69	+107	+120	+125	+ 75	
Produktivität pro Kopf	+ 21	+ 83	+ 58	+ 38	+ 57	+ 83	+101	+104		
Produktivität pro Stunde	+ 48	+ 83	+ 60	+ 37	+ 55	+ 86	+ 94	+101		
Auftragsengänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 24	+102	+ 93	+ 56	+ 55	+105	+107	+ 15	- 05	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 18	+ 88	+160	+156	+132	+129	+ 78	+146	+133	

Bauwirtschaft

	1987	1988	1989	1989		1990		1990		
				III Qu	IV Qu	I Qu	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktionswert (nominal)	+51	+ 67	+36	-01	+34	+ 55	+53	+52	+58	
Hochbau	+72	+123	+20	-12	+00	+ 39	+46	+41	+86	
Tiefbau	+40	+ 01	+53	+00	+78	+ 44	+37	+23	+21	
Beschäftigte	+19	- 14	+18	-04	+02	+ 31	+30	+46	+23	
Hochbau	+12	- 08	+06	-13	-13	+ 14	+33	+19	+09	
Tiefbau	+20	- 31	+36	+09	+20	+ 42	+39	+54	+26	
Auftragsbestände	+08	- 53	+12	+65	+79	+ 71				
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+39	- 21	+09	+50	+95	+129				
Preisindex Hochbau	+23	+ 32	+36	+38	+28	+ 28				
Wohnbau	+36	+ 33	+35	+37	+28	+ 28				
Preisindex Tiefbau		+ 19	+26	+19	+28	+ 28				
Straßenbau	+02	- 05	+08	+10	+20	+ 30				

Energiewirtschaft

	1987	1988	1989	1989		1990		1990		
				III Qu	IV Qu	I Qu	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	+ 75	- 15	- 04	+ 07	+ 17	- 39	- 09	+ 20		
Kohle	- 62	-327	- 30	- 59	- 08	+136	+321	-151		
Erdöl	- 48	+106	- 15	-117	+ 36	+ 18	+ 22	+ 03		
Erdgas	+ 50	+ 74	+ 47	+ 75	+136	- 01	- 41	+ 45		
Stromerzeugung	+131	- 30	+ 23	+ 56	+ 55	+ 70	+ 35	+ 96	- 04	
Wasserkraft	+159	- 05	- 11	+ 33	- 28	-102	- 63	+ 45	-219	
Wärmeleistung	+ 63	- 95	+124	+193	+189	+359	+160	+202	+834	
Verbrauch	+ 38	- 28	+ 21	+ 27	+ 19					
Kohle	+ 54	-119	+ 39	+ 03	+154					
Erdöl, Mineralölprodukte	+ 21	- 12	+ 00	+ 21	- 25					
Treibstoffe	+ 09	+ 61	+ 36	+ 30	+ 40					
Normalbenzin	+187	+ 08	+108	+101	+ 95					
Superbenzin	- 31	+ 15	- 21	- 35	- 24					
Dieselmotorkraftstoff	- 06	+134	+ 66	+ 71	+ 77					
Heizöle	+ 07	-120	- 63	+ 30	-137					
Gasöl für Heizzwecke	+ 76	- 31	+ 13	+101	-167					
Sonstige Heizöle	- 21	-160	-101	- 20	-122					
Erdgas	+ 50	- 57	+ 78	+ 94	+ 61					
Elektrischer Strom	+ 36	+ 31	+ 30	+ 39	+ 28	+ 50	+ 21	+ 45	+ 71	

Entwicklung der Investitionen in der Gesamtwirtschaft

Übersicht 1

	Brutto-Anlageinvestitionen				Investitionsquote		Ausrüstungen		Bauten		BIP
	Nominell Mill S	Real	Nominell Veränderung gegen das Vorjahr in %	Real	Nominell Anteile in % ¹⁾	Real	Nominell Anteile an den Investitionen insgesamt in %	Real	Nominell Anteile an den Investitionen insgesamt in %	Real	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %
1964	59 917	100 030			26,7	24,3	44,6	41,7	55,4	58,3	+ 6,0
1965	67 400	105 015	+ 12,5	+ 5,0	27,6	24,8	43,3	43,0	56,7	57,0	+ 0,3
1966	74 758	114 384	+ 10,9	+ 8,9	28,1	25,7	43,3	42,6	56,7	57,4	+ 5,1
1967	76 031	114 619	+ 1,7	+ 0,2	26,7	24,9	42,4	41,3	57,6	58,7	+ 2,8
1968	78 862	117 750	+ 3,7	+ 2,7	25,9	24,6	42,3	40,7	57,7	59,3	+ 4,1
1969	83 955	123 541	+ 6,5	+ 4,9	25,2	24,4	43,8	41,4	56,2	58,6	+ 5,5
1970	97 183	135 442	+ 15,8	+ 9,6	26,0	25,1	45,0	42,3	55,0	57,7	+ 6,4
1971	116 903	154 115	+ 20,3	+ 13,8	28,0	27,2	45,4	42,3	54,6	57,7	+ 5,1
1972	144 913	172 798	+ 24,0	+ 12,1	30,4	28,8	44,0	43,2	56,0	56,8	+ 6,2
1973	138 936	173 393	- 4,1	+ 0,3	27,5	27,5	40,0	39,8	60,0	60,2	+ 4,9
1974	159 665	180 127	+ 14,9	+ 3,9	27,5	27,4	39,9	40,0	60,1	60,0	+ 3,9
1975	162 355	170 704	+ 1,7	- 5,2	26,2	26,0	38,7	38,8	61,3	61,2	- 0,4
1976	177 942	177 942	+ 9,6	+ 4,2	25,9	25,9	41,0	41,0	59,0	59,0	+ 4,6
1977	198 957	187 773	+ 11,7	+ 5,5	26,3	26,1	42,4	43,2	57,6	58,8	+ 4,5
1978	200 736	180 400	+ 1,0	- 3,9	25,0	24,8	41,2	42,7	58,8	57,3	+ 0,1
1979	218 691	187 726	+ 8,9	+ 4,1	25,0	24,6	42,4	44,4	57,6	55,6	+ 4,7
1980	240 976	194 866	+ 10,2	+ 3,8	25,4	24,7	44,0	46,9	56,0	53,1	+ 2,9
1981	252 568	190 798	+ 4,8	- 2,1	25,0	24,1	43,8	47,2	56,2	52,8	- 0,3
1982	247 166	176 744	- 2,1	- 7,4	22,7	22,1	43,4	47,3	56,6	52,7	+ 1,1
1983	252 966	174 525	+ 2,3	- 1,3	22,0	21,3	42,7	46,6	57,3	53,4	+ 2,0
1984	264 662	179 066	+ 4,6	+ 2,6	21,8	21,5	43,9	47,5	56,1	52,5	+ 1,4
1985	285 150	188 233	+ 7,7	+ 5,1	22,2	22,1	46,2	49,7	53,8	50,3	+ 2,5
1986	302 780	195 126	+ 6,2	+ 3,7	22,4	22,5	46,3	49,8	53,7	50,2	+ 1,1
1987	319 929	199 128	+ 5,7	+ 2,1	22,6	22,7	45,1	49,3	54,9	50,7	+ 1,9
1988	345 394	208 838	+ 8,3	+ 4,9	23,0	22,8	44,9	49,6	55,1	50,4	+ 4,2
1989	372 833	222 412	+ 7,6	+ 6,5	23,2	23,4	45,7	50,7	54,3	49,3	+ 3,8
1990 ²⁾	408 500	235 757	+ 9,6	+ 6,0	23,6	23,7	47,0	52,1	53,0	47,9	+ 4,5
Ø 1965/1970			+ 8,4	+ 5,2	26,6	24,9	43,4	41,9	56,6	58,1	+ 4,8
Ø 1971/1980			+ 9,5	+ 3,7	26,7	26,3	41,9	42,2	58,1	57,8	+ 3,7
Ø 1981/1990			+ 5,4	+ 1,9	22,9	22,6	44,9	49,0	55,1	51,0	+ 5,9

¹⁾ Anteile der Brutto-Anlageinvestitionen an der Summe der Wertschöpfung — ²⁾ Prognose

65 Mrd S eingesetzt. Selbst diese vorsichtige Schätzung bedeutet eine Zunahme der Investitionen um nominell 27% und real 25%. Diese Größenordnung ist im dritten Jahr einer Konjunkturerholung durchaus üblich. Die Industrieproduktion wird heuer wahrscheinlich um 8% wachsen, die Gewinnlage wird sich weiter verbessern. Die Prime Rate für Industriekredite steigt um 1 Prozentpunkt.

Der Anteil der Industrieinvestitionen am Umsatz wird durch die genannte Steigerung der Investitionen heuer von 6,4% auf 7,8% zunehmen. Die Investitionsquote überschreitet damit den langfristigen Durchschnitt und erreicht den sehr hohen Wert vom Beginn der siebziger Jahre. Ihren Anteil an den Investitionen der Gesamtwirtschaft kann die Industrie 1990 erhöhen, langfristig bleibt die sinkende Tendenz erhalten, da die Kapitalproduktivität in der Industrie stärker steigt als im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft.

Die Aufwendungen der Industrie verlagern sich einerseits, wie erwähnt, von den Inlandsinvestitionen zu den Direktinvestitionen im Ausland, andererseits auch zu den immateriellen In-

vestitionen. Ein immer größerer Teil geht für Leistungen im Bereich der Forschung und Entwicklung, des Marketing, der internen Ausbildung und der Software auf. Darüber hinaus werden Investitionen zunehmend durch Leasing finanziert.

Steigende Umsätze, anhaltend niedrige Lagerbestände

Die Umsätze der Industrie erreichten 1989 793 Mrd S. Das bedeutet einen Zuwachs gegenüber 1988 von 8%, nachdem sie auch im Vorjahr schon um 7½% gestiegen waren. Den höchsten Umsatz erzielten die Chemieindustrie mit 107 Mrd S und die Maschinen- und Stahlbauindustrie mit 106 Mrd S, an dritter Stelle folgt die Elektroindustrie mit 97 Mrd S. Die höchsten Umsatzsteigerungen erwirt-

schafteten 1989 die Nichteisen-Metallindustrie und die Elektroindustrie. Der Umsatz der Stahlbauindustrie, der Bekleidungsindustrie sowie der Nahrungs- und Genussmittelindustrie stagnierte, jener der Bergwerke blieb um 1% unter dem Vorjahresniveau.

1990 erwartet die Industrie eine Steigerung ihrer Umsätze um 5,2% auf 834 Mrd S; diese Zuwachsrate liegt unter der Prognose des WIFO (+8%). Schon im I. Quartal überstieg die Produktion den Vorjahresstand um 10%. Die höchsten Zuwächse erwartet derzeit die Maschinen- und Stahlbauindustrie, sie würde demnach mit 122 Mrd S zur umsatzstärksten Branche. Die Nichteisen-Metallindustrie, die Elektroindustrie und die Fahrzeugindustrie wollen ihre auch im Vorjahr schon deutlich erhöhten Um-

Sektorale Trends der Investitionstätigkeit

Übersicht 2

	Nominell				Real	
	1989	1990	1989	1990	1989	1990
	Mrd S		Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Gesamtwirtschaft	372,8	408,5	+ 7,6	+ 9,6	+ 6,5	+ 6,0
Industrie	51,0	65,0	+ 5	+ 27	+ 2	+ 25
Bauwirtschaft	4,0	4,5	+ 7	+ 13	+ 4	+ 10
Elektrizitätswirtschaft	12,6	13,6	+ 12	+ 8	+ 10	+ 5

**Neugründungen von Industriebetrieben und -betriebsstätten
im Jahr 1989**
Übersicht 2

	Wien	Niederöster- reich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Oberöster- reich	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Österreich	Arbeits- plätze ¹⁾
Bergwerke	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	4
Eisenhütten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erdölindustrie	—	1	—	1	—	—	—	—	—	2	2
Steine-, Keramikindustrie	1	3	1	—	1	3	—	2	—	11	100
Glasindustrie	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	1
Chemieindustrie	4	5	1	3	1	2	—	1	1	18	308
Papierherzeugung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Papierverarbeitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Audiovisionsindustrie ²⁾	16	3	—	3	4	—	4	5	—	35	91 ²⁾
Sägeindustrie ³⁾	—	—	—	—	1	1	1	1	—	4	14 ³⁾
Holzverarbeitung	—	2	—	3	1	1	2	1	—	10	437
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3	5	1	3	—	2	2	1	—	17	594
Lederherzeugung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lederverarbeitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gießereien	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2	13
NE-Metallindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Maschinen- und Stahlbau	3	5	—	3	1	5	—	—	2	19	667
Fahrzeugindustrie	5	1	—	—	1	1	—	—	—	8	286
Eisen- und Metallwarenindustrie	4	8	1	3	—	2	1	—	1	20	396
Elektroindustrie	5	2	—	2	1	3	1	—	—	14	1 008
Textilindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	33
Bekleidungsindustrie	4	1	2	—	—	2	1	1	2	13	281
Gas- und Wärmeversorgung	2	2	—	—	—	—	1	1	—	6	150
Wasserversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	48	38	7	22	11	23	13	13	7	182	4 385
Arbeitsplätze²⁾	1 100	1 194	76	578	185	565	310	250	127	4 385	
In Betrieben											
mit bis zu 19 Beschäftigten	31	20	6	14	9	16	8	11	4	119	688
mit 20 bis 99 Beschäftigten	13	16	1	7	1	6	5	1	3	53	2 181
mit über 100 Beschäftigten	4	2	—	1	1	1	—	1	—	10	1 516

Als Zeitpunkt der Gründung wurde der Monat vor Eingang der ersten industriestatistischen Meldung angenommen — ¹⁾ Gezählt wurden die Arbeitsplätze zum Jahresende —
²⁾ Außerdem 123 Neugründungen ohne Arbeitnehmer (Videofilmverleiher) — ³⁾ Außerdem 11 Neugründungen ohne Arbeitnehmer

**Stilllegungen von Industriebetrieben und -betriebsstätten
im Jahr 1989**
Übersicht 3

	Wien	Niederöster- reich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Oberöster- reich	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Österreich	Arbeits- plätze ¹⁾
Bergwerke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eisenhütten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erdölindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Steine-, Keramikindustrie	1	1	—	1	—	—	1	—	—	4	12
Glasindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemieindustrie	1	—	1	3	1	2	2	—	1	11	112
Papierherzeugung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Papierverarbeitung	—	—	—	2	—	1	—	—	—	3	44
Audiovisionsindustrie ²⁾	3	1	—	2	1	1	2	—	—	10	31 ²⁾
Sägeindustrie ³⁾	—	4	2	1	—	3	—	—	1	11	33 ³⁾
Holzverarbeitung	1	5	—	2	—	7	—	—	—	15	833
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3	3	—	2	3	1	1	1	—	14	236
Lederherzeugung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lederverarbeitung	2	—	—	1	—	—	1	1	—	5	66
Gießereien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
NE-Metallindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Maschinen- und Stahlbau	6	3	—	1	2	1	1	—	—	14	392
Fahrzeugindustrie	1	2	—	1	—	2	1	1	—	8	176
Eisen- und Metallwarenindustrie	8	1	—	1	—	1	6	—	4	21	254
Elektroindustrie	5	1	—	—	1	—	1	—	—	8	107
Textilindustrie	3	2	—	3	—	1	—	2	5	16	329
Bekleidungsindustrie	3	4	—	—	1	3	3	2	2	18	436
Gas- und Wärmeversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1
Insgesamt	37	27	3	20	9	23	19	7	14	159	2 562
Arbeitsplätze²⁾	578	313	23	171	155	513	366	171	272	2 562	
In Betrieben											
mit bis zu 19 Beschäftigten	33	23	3	18	7	14	11	4	10	123	739
mit 20 bis 99 Beschäftigten	3	4	—	2	1	9	8	3	4	34	1 482
mit über 100 Beschäftigten	1	—	—	—	1	—	—	—	—	2	341

¹⁾ Drei Monate vor der letzten industriestatistischen Meldung der stillgelegten Betriebe — ²⁾ Außerdem 95 Stilllegungen von Betrieben ohne Arbeitnehmer (vorwiegend Videofilmverleiher) — ³⁾ Außerdem 46 Stilllegungen von Betrieben ohne Arbeitnehmer

„Zinsgewinn statt Arbeitsplätze“ wurde in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der achtziger Jahre lebhaft über die beschäftigungspolitischen Konsequenzen des Portefeuilleverhaltens der Großkonzerne der Automobil- und Elektronikindustrie diskutiert. Den Großkonzernen wurde u. a. vorgehalten, aufgrund ihres verstärkten Finanzengagements seit Mitte der siebziger Jahre einen größeren Zinsenüberschuß zu erwirtschaften als etwa eine namhafte Großbank der BRD und damit ihre eigentliche Aufgabe als Industriekonzern — das Auffinden von Investitionsmöglichkeiten mit hoher Rentabilität und Beschäftigungswirkung im Bereich des Realkapitals — zu vernachlässigen. Sie agieren, so der Vorwurf, eher wie Bankhäuser mit angeschlossener Industrieabteilung als wie Industriekonzerne mit effizientem Cash-Management (Welzk, 1986, und die dort zitierte Literatur).

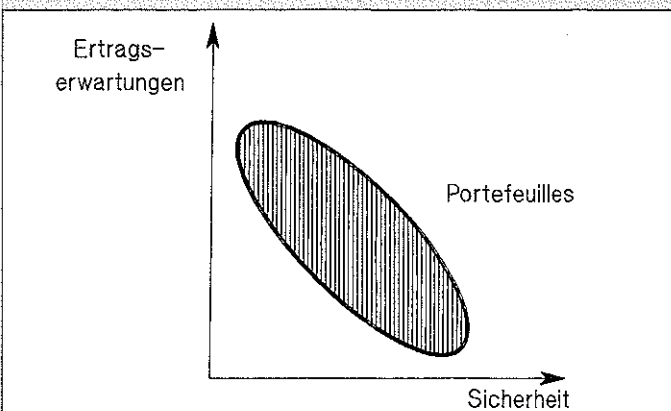
Ob die wenigen österreichischen Großunternehmen seit den frühen siebziger Jahren ebenfalls mehr in Finanzanlagen als in Sachanlagen investiert haben und, wenn ja, welche Auswirkungen dies auf Rentabilität, Investitionen in das Sachanlagevermögen und auf die Eigenkapitalausstattung gehabt hat, soll die folgende empirische Analyse klären¹⁾. Die Untersuchung umfaßt die Jahre 1970 bis 1988, die Daten basieren auf Bilanzen des Unternehmenssamples der Oesterreichischen Nationalbank, einer WIFO-Auswertung der Bilanzen von 25 Groß-Aktiengesellschaften und der Statistik der Aktiengesellschaften des Statistischen Zentralamtes.

Zur Problematik des Portefeuilleverhaltens von Unternehmen

Die traditionellen finanzwirtschaftlichen Entscheidungskriterien eines Unternehmens sind Rentabilität, Liquidität, Sicherheit (Risiko einer Kapitalanlage) und Unabhängigkeit (Perridon — Steiner, 1977, S. 13). Unter Liquidität versteht man allgemein die Fähigkeit, Zahlungsverpflichtungen jederzeit und uneingeschränkt nachzukommen. Dies bedingt eine den Zahlungsverpflichtungen angepaßte Verfügbarkeit von flüssigen Mitteln. Die Sicherung der Liquidität eines Unternehmens ist somit kein Optimierungs-, sondern ein Deckungsproblem. Eine über das

Ertrag-Risiko-Trade-off

Abbildung 1



notwendige Maß hinausgehende Liquidität ist nicht nur nicht nötig, sondern — bedingt durch die suboptimale Allokation von Finanzierungsmitteln — sogar unrentabel. Die Sicherung der Liquidität eines Unternehmens ist somit nichts anderes als eine Restriktion für das Unternehmensziel Rentabilität.

Vom Gesichtspunkt des Portefeuilleverhaltens ist das Kriterium der Sicherung der Unabhängigkeit (Dispositionsfreiheit) ebenfalls nur eine Nebenbedingung zum Rentabilitätsziel. (Die Unabhängigkeit spielt allerdings eine wichtige Rolle für Entscheidungen über die optimale Kapitalaufbringung.)

Entscheidungen für ein Portefeuille werden also wesentlich von den Kriterien Rentabilität und Sicherheit (Risiko) bestimmt. Empirisch gesehen besteht zwischen Rentabilität und Sicherheit jedoch ein Trade-off (Abbildung 1). Portefeuilles mit hohem Risiko (geringer Sicherheit) sind in der Regel auch mit hohem Risiko verbunden und umgekehrt. Rationale Entscheidungen können bei unsicheren Ertragserwartungen nur auf Basis von Risikopräferenzfunktionen getroffen werden. Allerdings ist die individuelle Risikoneigung statistisch kaum meßbar. Die statistische Messung der Risikopräferenz eines Unternehmens bzw. — wenn es sich aus mehr als einer Person zusammensetzt — seines Managements wird allgemein für ein entscheidungstheoretisch unlösbares Problem gehalten (Henderson — Quandt, 1973). Auch die

Struktur der Aktiva der Industrie-Aktiengesellschaften

Übersicht 1

	1973	1977	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
	In % der Bilanzsumme								
Sachanlagevermögen	31,4	27,3	26,9	25,1	25,2	24,5	24,2	23,0	25,0
Finanzanlagevermögen	8,4	8,4	9,1	9,1	9,7	10,8	10,4	10,2	11,7
Beteiligungen	5,9	5,4	5,8	5,7	5,8	5,9	6,1	5,6	6,3
Vorräte i. e. S. ¹⁾	25,0	28,3	27,9	27,6	26,7	24,8	24,7	23,7	21,1
Wertpapiere	1,1	1,6	1,7	1,5	1,9	2,8	3,5	4,4	4,8
Kurzfristige Forderungen	25,9	25,3	24,8	26,9	25,8	26,1	25,5	25,3	23,3
Flüssige Mittel	3,9	5,0	4,4	4,2	5,2	5,1	5,5	3,9	5,2
Sonstige Forderungen	2,9	2,5	2,8	2,8	2,9	3,3	4,1	4,6	4,2
Wertberichtigungen	— 0,0	— 0,0	— 0,0	— 0,1	— 0,0	— 0,0	— 0,0	— 0,0	— 0,0
Nicht eingezahltes Grundkapital	0,0	0,1	0,0	0,4	0,2	0,1	0,2	1,6	0,7
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,5	0,5	0,5	0,8	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4
Bilanzverlust	1,0	1,0	1,9	1,8	1,8	2,0	1,4	2,9	3,5

Q: Statistik der österreichischen Aktiengesellschaften WIFO — ¹⁾ Rohstoffe Halbfertigwaren Fertigwaren

¹⁾ Der negative Zusammenhang zwischen Beschäftigung bzw. Unternehmenswachstum und Unternehmensgröße — je größer das Unternehmen, desto schwächer die Beschäftigungs- bzw. Umsatzausweitung — wurde für Österreich bereits in zahlreichen Studien nachgewiesen und wird daher hier nicht mehr untersucht (Hahn 1989 und die dort zitierte Literatur).

Indikatoren der Industrieentwicklung

Übersicht 1

I. Quartal 1990

	Produktionsindex	Produktionswert	Geleistete Arbeiterstunden	Beschäftigte
		in % des Vorjahres	Österreich = 100 0	
Wien	102 3	103 9	97 5	97 2
Niederösterreich	101 8	101 2	99 7	100 3
Burgenland	121 4	121 4	105 4	105 3
Steiermark	113 1	106 8	102 0	101 5
Kärnten	100 6	92 7	98 6	99 7
Oberösterreich	93 1	93 5	99 8	99 5
Salzburg	95 7	95 8	100 8	102 2
Tirol	97 7	97 7	99 8	101 6
Vorarlberg	103 6	104 3	101 3	101 5
Österreich	100 0	100 0	100 0	100 0

Vorarlberg ohne den Beitrag der Energiegewinnung besser ab, während Wien ohne ihn weiter hinter dem Österreich-Durchschnitt zurückbliebe. Immerhin entwickelte sich in der Bundeshauptstadt auch die Industrieproduktion lebhaft, und der ungebrochen florierende Städtetourismus gewann weitere Marktanteile. Oberösterreichs Ergebnis hingegen er-

von Touristen aus Ungarn ihren Höhepunkt erreicht. Die damals erzielten zusätzlichen Handelsumsätze in Wien, Niederösterreich und insbesondere im Burgenland konnten heuer erwartungsgemäß nicht mehr erreicht werden.

Die Industrieproduktion entwickelte sich im I. Quartal 1990 in Vorarlberg und vor allem in den östlichen Bundesländern sehr lebhaft. Die vom Produktionsindex angezeigten besonders hohen Zuwächse im Burgenland (+33,7%) und in der Steiermark (+24,6%) könnten infolge statistischer Gewichtungprobleme etwas überhöht sein, in der Grundtendenz bleibt der günstige Verlauf aber erhalten. Besonders beachtenswert ist, daß selbst die mit Strukturproblemen kämpfende Wiener Industrie diesmal ihr Produktionsvolumen mit +12,7% kräftig anheben konnte.

Die expandierende Industrieproduktion wurde nicht zuletzt von der in Schwung gekommenen Nachfrage nach Investitionsgütern begünstigt, die auch die regionalen Schwerpunkte prägte. Weitere Zuwächse in der Produktion von Konsumgütern wirkten sich ebenfalls vor allem in der Steiermark, daneben aber auch in

Wien, in Niederösterreich und Vorarlberg aus.

Für den Fremdenverkehr ergab sich im abgelaufenen Winterhalbjahr ein insgesamt ungünstiges Saisonergebnis. Sättigungstendenzen im alpinen Schifortismus sowie der schneearme Winter — nun schon der dritte in ununterbrochener Reihenfolge — bewirkten in ganz Österreich einen

Dritter schneearme Winter in Folge

Rückgang der Zahl der Übernachtungen um 3,2%. Im I. Quartal 1990 wurden — beeinträchtigt auch durch den späten Ostertermin — um 13,2% weniger Übernachtungen als im Vorjahr gezählt.

Diese Komponenten belasteten den Tourismus in den Wintersportgebieten Salzburgs, Tirols und Vorarlbergs. Dem standen anhaltende Erfolge im Städtetourismus gegenüber, die vor allem Wien zugute kamen und hier sowohl in der gesamten Wintersaison als auch im I. Quartal 1990 als einzigem Bundesland eine weitere Zunahme der Zahl der Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahr ermöglichten. Von Spill-over-Effekten profitierten auch Niederösterreich, das Burgenland und die Steiermark.

Das Baugeschehen war im I. Quartal regional sehr uneinheitlich. Umsatzrückgängen in der Steiermark und in Salzburg standen zum Teil beträchtliche Zuwächse in anderen Bundesländern gegenüber. Vor allem die Nachfrage der Industrie nach Hochbauten sowie Tiefbauprojekte für öffentliche Auftraggeber prägten die Entwicklung der Bauleistungen.

Der in den ersten Monaten des Jahres 1990 regional recht gleichmäßig verlaufenden Konjunktur — abge-

Der schneearme Winter beeinträchtigte sowohl den Fremdenverkehr als auch die Stromproduktion in den westlichen Bundesländern und dämpfte hier daher die Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft. Niederösterreich, der Steiermark und in geringerem Maße auch Wien ermöglichte die gut ausgelastete Industrie Positionsgewinne.

möglichte — bei etwas schwächerer Industrieentwicklung und stark rückläufiger Energieproduktion — der kräftig expandierende Dienstleistungssektor.

Unter dem Durchschnitt blieb das Wirtschaftswachstum im Burgenland (+3,1%), in Kärnten (+2,6%), in Salzburg (+2,8%) und in Tirol (+3,3%). Die drei letztgenannten Bundesländer wurden vor allem von der Situation in der Energieversorgung (hier besonders Kärnten) sowie im Tourismus — Schneemangel und „Ostereffekt“ — benachteiligt. Die Wirtschaft des Burgenlandes hingegen hätte sich in fast allen Bereichen recht günstig entwickelt und insgesamt sicher überdurchschnittliche Ergebnisse erbracht, wäre nicht ein besonderer Vorjahreseffekt zum Tragen gekommen: Im I. Quartal 1989 hatte die Einkaufswelle

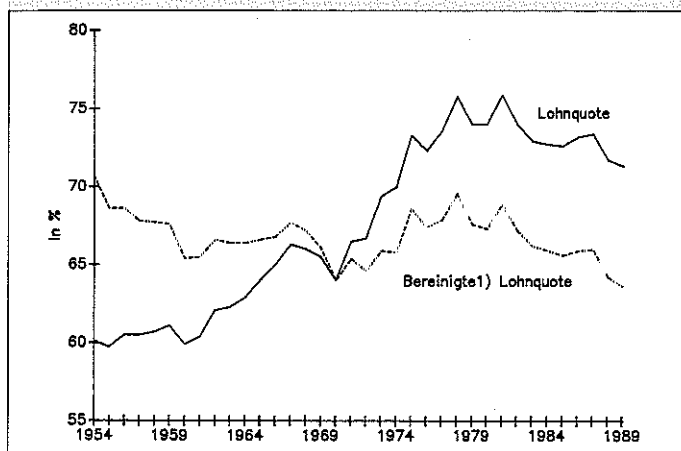
Arbeitsmarkt im II. Quartal 1990

Übersicht 2

	Unselbständig Insgesamt	Beschäftigte Ausländer	Offene Stellen	Arbeitslose	Arbeitslosen- quote
					In %
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Wien	+15	+ 7 8	+46 9	+ 7 4	5 5
Niederösterreich	+2 4	+ 36 4	+53 6	+24 7	4 7
Burgenland	+3 1	+118 0	+39 7	+19 4	5 0
Steiermark	+2 4	+ 53 4	+54 6	+ 4 8	5 3
Kärnten	+1 3	+ 36 0	+25 5	+ 1 4	5 1
Oberösterreich	+2 8	+ 71 8	+14 7	+21 3	3 8
Salzburg	+2 3	+ 20 8	+25 7	+ 1 9	3 3
Tirol	+2 7	+ 20 9	+20 2	+ 2 5	4 8
Vorarlberg	+3 3	+ 17 1	+ 5 2	+12 6	2 6
Österreich	+2 2	+ 23 5	+33 8	+10 3	4 7

Der Lohnanteil am Volkseinkommen

Abbildung 1



¹⁾ Der Anteil der Unselbständigen an den Erwerbstätigen insgesamt ist konstant (Basis 1970).

Die Lohnquote folgt einem steigenden Trend. Berücksichtigt man aber den Rückgang des Anteils der Selbständigen an den gesamten Erwerbstätigen, so bleibt sie langfristig recht stabil. Kurzfristig schwankt der Lohnanteil antizyklisch. Hauptursache für den Rückgang in den frühen achtziger Jahren ist die kräftige Zunahme der Besitzeinkommen.

Gewinne der Kapitalgesellschaften, um nur 6,7% pro Jahr zunahmen.

Die kurzfristigen Schwankungen des Lohnanteils am Volkseinkommen sind vorwiegend konjunkturbedingt: Mit der Zunahme der Investitionstätigkeit und der höheren Kapazitätsauslastung im Konjunkturaufschwung steigen die Gewinne rascher als die kontraktbestimmten Lohneinkommen — im Abschwung sinken sie rascher —, sodaß die Lohnquote antizyklisch schwankt. Die bereinigte Lohnquote²⁾ stieg zwischen 1970 und 1978 von 64,0% auf 69,6% und ist seither wieder auf 63,6% gesunken. Die Bruttolöhne je unselbständig Beschäftigten (einschließlich Soziallohn) stiegen also in den siebziger Jahren rascher als das Volkseinkommen je Erwerbstätigen insgesamt, blieben aber im Durchschnitt der achtziger Jahre hinter dem Wachstum des Volkseinkommens zurück (Übersicht 3).

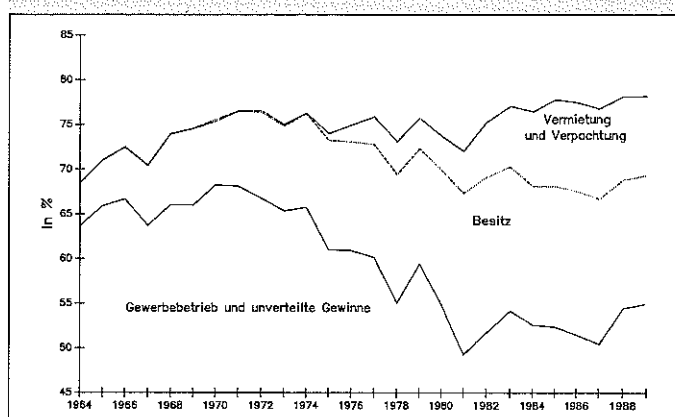
Das Konjunkturmuster der funktionellen Verteilung war in diesen zwei Jahrzehnten von einigen Sonderfaktoren überlagert, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre einen größeren Anstieg und seither einen kräftigeren Rückgang der Lohnquote bewirkten, als sich aus dem Konjunkturverlauf erklären ließe.

Der heftige Konjunktureinbruch Mitte der siebziger Jahre löste eine deutliche Gewinnkompression aus³⁾. Infolge des rasanten Anstiegs der Rohstoff- und Erdölpreise begann sich die Preis-Lohn-Spirale zu drehen. Andererseits hat der Verzicht auf Arbeitskräfteabbau als Teil der beschäftigungspolitischen Strategie — vor allem in der Verstaatlichten Industrie — die Erträge zusätzlich gedämpft. Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb stiegen im Durchschnitt der siebziger Jahre um nur 4,1% pro Jahr (Übersicht 1).

Auch der starke Rückgang der Lohnquote in den achtziger Jahren kann aus dem Konjunkturverlauf allein nicht ausreichend erklärt werden, denn im Hinblick auf die

Entwicklung der Verteilung der Einkünfte aus Besitz und Unternehmen

Abbildung 2



Der Anteil der Unternehmensgewinne an den Einkünften aus Besitz und Unternehmen ging seit Mitte der siebziger Jahre stark zurück, während der Anteil der Einkünfte aus Besitz, vor allem aus Kapitalertrag, Vermietung und Verpachtung (einschließlich imputierter Mieten), deutlich zunahm.

niedrigen Wachstumsraten belebte sich die Konjunktur bis 1988 nicht wesentlich.

Anfang der achtziger Jahre bestimmte die kräftige Ausweitung der Besitzeinkommen die Verteilung entscheidend. Einerseits stiegen zunächst die Zinserträge im Zuge der internationalen Zinshausse und einer kräftigen Ausweitung der Finanzanlagen rasch, andererseits nahmen — infolge von Änderungen in der Mietzinsregelung — die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die auch imputierte Mieten für Eigenheime und Eigentumswohnungen enthalten, sprunghaft zu.

Auch die Kündigungen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen trugen zur Besserung der Erträge der Unternehmen bei. Im Unterschied zu den späten siebziger Jahren, als die Erhaltung des hohen Beschäftigungsniveaus die Erträge gedämpft und die Lohnquote erhöht hatte, stabilisierte der kräftige Abbau der Beschäftigung in den frühen achtziger Jahren die Ertragslage und festigte so

Entwicklung und Verteilung der Faktoreinkommen

Übersicht 1

	1970/ 1980	1980/ 1989	1970/ 1975	1975/ 1980	1980/ 1985	1985/ 1989
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit	+ 12,0	+ 5,4	+ 15,0	+ 9,1	+ 5,6	+ 5,1
Einkünfte						
Besitz und Unternehmung	+ 8,1	+ 7,6	+ 6,4	+ 9,8	+ 7,8	+ 7,4
Land- und Forstwirtschaft	+ 5,1	+ 1,8	+ 2,8	+ 7,4	- 1,8	+ 6,6
Gewerbebetriebe	+ 4,1	+ 9,2	+ 1,5	+ 6,7	+ 8,6	+ 10,0
Freie Berufe	+ 10,7	+ 7,9	+ 12,4	+ 9,1	+ 7,1	+ 8,8
Besitz	+ 19,3	+ 10,0	+ 20,1	+ 18,5	+ 14,1	+ 5,1
Kapitalgesellschaften						
unverteilte Gewinne	+ 8,8	+ 5,2	+ 8,7	+ 9,0	+ 3,6	+ 7,2
Staat	+ 15,3	+ 6,6	+ 14,2	+ 16,4	+ 7,2	+ 5,8
Volkseinkommen	+ 10,4	+ 5,8	+ 11,9	+ 8,9	+ 6,0	+ 5,6

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

²⁾ Bereinigt um die Verschiebung des Anteils der Unselbständigen an den Erwerbstätigen insgesamt gegenüber 1970

³⁾ Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb bilden wohl in der VGR eine Residualgröße. ihre Entwicklung wird aber durch die Cash-flow-Analysen des WIFO im großen und ganzen bestätigt (Hahn 1990A)

Industrie

	1987	1988	1989	1989	1990			1990		
				IV Qu	I Qu	II Qu	April	Mai	Juni	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	+ 19	+ 8,4	+ 6,8	+ 4,7	+ 8,3	+ 6,6	+ 5,0	+ 4,4	+ 10,4	
Für die Nahrungs- und Genussmittelbranchen	- 2,4	+ 6,6	+ 4,1	- 2,3	+ 19,0	+ 1,2	+ 2,8	- 9,4	+ 11,4	
Für die Textil- und Lederbranchen	- 4,2	+ 1,1	+ 3,0	+ 7,1	+ 10,4	+ 9,6	+ 8,0	+ 8,6	+ 12,4	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 2,8	+ 10,8	+ 4,4	+ 0,5	+ 5,5	+ 2,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 7,7	
Für die Chemie	+ 8,5	+ 12,3	+ 7,1	+ 5,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 3,0	- 6,0	+ 6,1	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	+ 6,3	+ 7,9	+ 2,4	- 7,7	+ 6,2	+ 2,5	- 2,1	- 5,5	+ 16,4	
Für die Grundmetallverarbeitung	+ 2,7	+ 0,9	+ 1,9	- 4,9	- 6,4	- 4,5	- 1,3	- 13,1	+ 1,9	
Für die Technische Verarbeitung	- 0,8	+ 10,5	+ 9,9	+ 7,0	+ 12,1	+ 11,5	+ 8,9	+ 14,5	+ 11,1	
Für die Bauwirtschaft	+ 4,2	+ 11,1	+ 6,8	+ 6,0	+ 4,6	+ 3,5	- 2,9	+ 3,5	+ 10,1	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 5,1	+ 6,6	+ 6,6	+ 8,1	+ 14,6	+ 11,2	+ 13,0	+ 3,9	+ 17,4	
Ausrüstungsinvestitionen	- 8,1	+ 6,2	+ 5,4	+ 10,3	+ 19,1	+ 25,8	+ 16,5	+ 20,5	+ 40,5	
Fahrzeuge	- 18,5	+ 16,4	- 11,7	+ 14,4	+ 40,8	+ 96,2	+ 92,2	+ 120,9	+ 80,4	
Maschinen und Elektrogeräte	- 8,6	+ 3,0	+ 6,2	+ 7,7	+ 18,6	+ 24,6	+ 13,3	+ 16,4	+ 44,8	
Sonstige	+ 1,0	+ 12,3	+ 12,3	+ 16,8	+ 12,2	+ 1,8	- 2,6	- 1,9	+ 9,7	
Konsumgüter	- 1,0	+ 0,4	+ 6,1	+ 10,1	+ 8,6	+ 5,5	- 0,5	+ 8,9	+ 8,1	
Verbrauchsgüter	+ 1,3	+ 1,6	+ 5,4	+ 8,4	+ 7,6	+ 3,5	- 0,8	+ 3,8	+ 7,5	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 3,1	- 2,8	+ 2,0	+ 7,7	+ 4,6	+ 1,4	- 4,9	+ 7,4	+ 2,3	
Langlebige Gebrauchsgüter	- 2,5	+ 2,7	+ 14,3	+ 17,2	+ 17,0	+ 15,7	+ 6,4	+ 23,5	+ 17,9	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	- 0,8	+ 6,0	+ 6,5	+ 7,0	+ 10,2	+ 9,7	+ 5,8	+ 8,2	+ 15,3	
Nicht arbeitstätig bereinigt	- 0,4	+ 6,4	+ 5,8	+ 5,4	+ 11,7	+ 7,8	+ 5,6	+ 19,2	- 0,1	
Konjunkturreihe	- 0,7	+ 6,2	+ 6,3	+ 6,5	+ 10,7	+ 9,1	+ 5,8	+ 11,5	+ 10,7	
Produktivität pro Kopf	+ 2,1	+ 8,3	+ 5,7	+ 5,4	+ 8,3		+ 3,9	+ 6,0		
Produktivität pro Stunde	+ 4,8	+ 8,3	+ 6,0	+ 5,1	+ 8,6		+ 8,1	+ 6,5		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 2,4	+ 10,2	+ 9,3	+ 5,5	+ 10,5	- 1,5	- 6,6	+ 10,0	- 6,5	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 1,8	+ 8,8	+ 16,0	+ 13,2	+ 12,9	+ 11,3	+ 8,5	+ 11,8	+ 13,8	

Bauwirtschaft

	1987	1988	1989	1989	1990			1990		
				IV Qu	I Qu	II Qu	April	Mai	Juni	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktionswert (nominal)	+ 5,1	+ 6,7	+ 3,6	+ 3,4	+ 5,5	+ 10,1	+ 5,8	+ 16,7	+ 7,7	
Hochbau	+ 7,2	+ 12,3	+ 2,0	+ 0,0	+ 3,9	+ 9,3	+ 8,6	+ 12,4	+ 7,2	
Tiefbau	+ 4,0	+ 0,1	+ 5,3	+ 7,8	+ 4,4	+ 9,2	+ 2,1	+ 18,9	+ 6,3	
Beschäftigte	+ 1,9	- 1,4	+ 1,8	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,3	+ 3,8	+ 3,3	
Hochbau	+ 1,2	- 0,8	+ 0,6	- 1,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,6	
Tiefbau	+ 2,0	- 3,1	+ 3,6	+ 2,0	+ 4,2	+ 3,3	+ 2,6	+ 5,5	+ 2,0	
Auftragsbestände	+ 0,8	- 5,3	+ 1,2	+ 7,9	+ 7,1					
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+ 3,9	- 2,1	+ 0,9	+ 9,5	+ 12,9					
Preisindex Hochbau	+ 2,3	+ 3,2	+ 3,6	+ 2,8	+ 2,8	+ 4,6				
Wohnbau	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,8	+ 4,5				
Preisindex Tiefbau		+ 1,9	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8				
Straßenbau	+ 0,2	- 0,5	+ 0,8	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,0				

Energiewirtschaft

	1987	1988	1989	1989	1990			1990		
				IV Qu	I Qu	II Qu	April	Mai	Juni	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	+ 7,5	- 1,5	- 0,4	+ 1,7	- 4,0		- 11,3			
Kohle	- 6,2	- 32,7	- 3,0	- 0,8	+ 13,6		+ 4,5	+ 8,3		
Erdöl	- 4,8	+ 10,6	- 1,5	+ 3,6	+ 1,8		+ 3,4			
Erdgas	+ 5,0	+ 7,4	+ 4,7	+ 13,6	- 0,1		+ 4,6			
Stromerzeugung	+ 13,1	- 3,0	+ 2,3	+ 5,5	+ 7,0	+ 0,6	- 0,4	+ 2,2	+ 0,0	
Wasserkraft	+ 15,9	- 0,5	- 1,1	- 2,8	- 10,3	- 7,2	- 21,9	- 0,6	- 1,0	
Wärmeleistung	+ 6,3	- 9,5	+ 12,4	+ 18,9	+ 35,9	+ 42,4	+ 83,4	+ 18,1	+ 7,4	
Verbrauch	+ 3,8	- 2,8	+ 2,2	+ 1,9	+ 7,0					
Kohle	+ 5,4	- 11,9	+ 3,9	+ 15,4	+ 30,2					
Erdöl Mineralölprodukte	+ 2,1	- 1,2	+ 0,1	- 2,5	+ 5,0					
Treibstoffe	+ 0,9	+ 6,1	+ 3,5	+ 3,9	+ 1,4					
Normalbenzin	+ 18,7	+ 0,8	+ 9,8	+ 8,5	+ 7,0					
Superbenzin	- 3,1	+ 1,5	- 1,8	- 2,2	- 4,2					
Dieselmotoren	- 0,6	+ 13,4	+ 6,6	+ 7,7	+ 4,9					
Heizöle	+ 0,7	- 12,0	- 6,3	- 13,7	- 1,7					
Gasöl für Heizzwecke	+ 7,6	- 3,1	+ 1,3	- 16,7	- 7,3					
Sonstige Heizöle	- 2,1	- 16,0	- 10,1	- 12,2	+ 0,9					
Erdgas	+ 5,0	- 5,7	+ 7,8	+ 6,1	+ 7,2					
Elektrischer Strom	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 4,9	+ 3,8	+ 7,1	+ 3,0	+ 1,2	

in Kuwait verbleibenden Europäer und Nordamerikaner als „Schutzschild“ gegen mögliche Angriffe zu verwenden

24. August: Die UdSSR fordert vom Irak den Rückzug aus Kuwait und droht, den UNO-Sicherheitsrat zu weiteren Maßnahmen gegen den Irak zu veranlassen

25. August: Nach einer Resolution des UNO-Sicherheitsrates ist es jedem Mitgliedstaat gestattet, Schiffe, die verdächtigt werden, das Embargo gegen den Irak zu durchbrechen, anzuhalten und zu durchsuchen

29. August: Anlässlich ihrer Tagung in Wien beschließt die OPEC, die derzeitigen Förderbeschränkungen für alle Mitglieder aufzuheben

7. September: In Rom fordern die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten anlässlich einer außerordentlichen Ratstagung die Ausreisegenehmigung für alle Ausländer aus dem Irak und Kuwait. Die EG bietet allen arabischen Ländern die Zusammenarbeit an sowie Jordanien, der Türkei und Ägypten Lebensmittelhilfen und Beihilfen zur Festigung der Zahlungsbilanz. Sie unterstützt die von der UNO beschlossenen Resolutionen (Nr. 661 und 665). Der UNO-Sicherheitsrat soll weitere Maßnahmen, u. a. die Kontrolle des Luftraumes, prüfen. Über die zweite Stufe des Ausbaus der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wird keine Einigung erreicht.

9. September: Die Präsidenten George Bush und Michail Gorbatschow bekunden im Rahmen eines Gipfeltreffens in Helsinki Einigkeit über das politische Vorgehen in der Golfregion. Weitere Maßnahmen in Übereinstimmung mit der UNO-Charta werden in Aussicht genommen.

10. September: Der Außenminister der USA, James Baker, gibt in Brüssel bekannt, daß Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Emirate seinem Land Finanzhilfe in Höhe von 12 Mrd. \$ bis Jahresende angeboten haben. Die Hälfte davon soll die Wirtschaft Ägyptens und der Türkei unterstützen.

Saddam Hussein bietet den Ländern der Dritten Welt den kostenlosen Bezug von Erdöl an, für die Verschiffung müßten sie selbst Sorge tragen.

11. September: Das Finanzministerium in Bonn bestätigt die Mitfinanzierung des Abbaus der Truppen der UdSSR in der DDR und des Wohnbaus in der UdSSR. Die Finanzhilfe umfaßt in den nächsten vier Jahren Zahlungen von 12 Mrd. DM. Die UdSSR benötigt 72 000 neue Wohnungen. Die Aufteilung der Mittel bestimmt Moskau, der BRD wurde ein Mitspracherecht eingeräumt.

12. September: In Moskau unterzeichnen die USA, die UdSSR, Frankreich und Großbritannien den „Deutschland-Vertrag“. Damit erhält Deutschland nach der Wiedervereinigung mit der DDR am 3. Oktober 1990 die volle Souveränität.

14. September: Der UNO-Sicherheitsrat engt den Rahmen der Lieferung humanitärer Güter an den Irak und an Kuwait ein.

16. September: Die Regierung der BRD sichert den USA für die Belastungen aus den Truppenstationierungen in der Golfregion eine Finanzhilfe von 3,3 Mrd. DM zu — 1,6 Mrd. DM davon als Direktzahlungen, 1 Mrd. DM für Waffen und Kriegsmaterial, 420 Mill. DM sind der Anteil der BRD an der EG-Hilfe, der Rest entfällt auf Transporthilfe.

17., 18. September: Im Rahmen aufeinanderfolgender Besuche in Prag bestätigen François Mitterand sowie Margaret Thatcher der ÖSFR die Möglichkeit, nach Abschluß der Wirtschaftsreformen als Vollmitglied in die EG aufgenommen zu werden.

21. September: Margaret Thatcher sagt anlässlich ihres Besuches in Budapest, Ungarn für seine Bestrebungen, der EG beizutreten, die Unterstützung Großbritanniens zu.

21. September: Die dritte Runde der Verhandlungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) wird in Brüssel ohne abschließende Ergebnisse beendet.

24. September: Der „Oberste Sowjet“ erteilt Präsident Gorbatschow Sondervollmachten. Sie sind bis 31. März 1992 befristet und umfassen das Recht, „Organe und Strukturen zu schaffen, die zur Beschleunigung des Übergangs zur Marktwirtschaft notwendig sind“.

25. September: Der UNO-Sicherheitsrat beschließt eine Luftblockade gegen den Irak, die Flüge von und in den Irak sowie nach Kuwait verbietet.

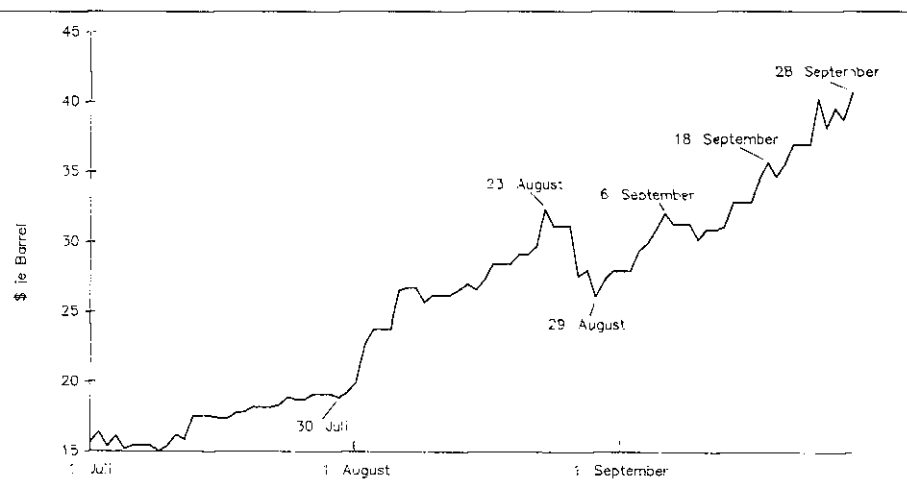
27. September: Die USA geben 5 Mill. Barrel Erdöl aus ihren Reserven zum Verkauf auf dem Weltmarkt frei. Derzeit werden laut Schätzung rund 22 Mill. Barrel Erdöl pro Tag gefördert, und mit diesem von den USA verursachten „Mengenschock“ soll die internationale Preisreaktion getestet werden.

Österreich

2. Juli: Das Pensionskassengesetz und das Betriebspensionsgesetz treten in Kraft. Sie stellen die „zweite Säule“ der Altersversorgung — die betriebliche in Ergänzung zur staatli-

Entwicklung der Rohölpreise im III. Quartal 1990

Spotmarktpreise „Brent“



Rechnungsführung in den Unternehmen im Osten — nur mit ausreichenden Kreditsicherheiten im Osten im erforderlichen Maße tätig werden können.

Der Nachteil einer raschen Privatisierung besteht allerdings darin, daß sie die alte „Nomenklatura“ begünstigt, die (neben den Schwarzmarkthändlern) als einzige Gesellschaftsgruppe über genügend Kapital für den Erwerb von Anteilen an Unternehmen und zumeist auch über einen Informationsvorsprung verfügt (für anschauliche Beispiele aus der DDR vgl. „Wirtschaftswoche“ vom 31. August 1990). In der ČSFR traten Ende September die Handelsangestellten gegen die beabsichtigte schnelle Umsetzung der „kleinen Privatisierung“ in Streik (Verkauf von Einzelhandelsläden, Gaststätten u. ä.), die nach ihrer Meinung die Nomenklatura bevorzugt. Nach Schrettl zeigen aber sowohl theoretische Überlegungen als auch praktische Erfahrungen, daß die nachteiligen Auswirkungen von Korrekturen zugunsten „gerechter“ Privatisierung gegenüber möglichen Vorteilen überwiegen¹⁾. Diese Auffassung vertritt auch Roberts mit Nachdruck, der sich für die Übertragung von Eigentümerrechten an die „herrschende Klasse“ in der UdSSR ausspricht, da es für die Zukunft belanglos sei, wer ursprünglich der Eigentümer war (Stankovsky, 1989). Gerade dieses Beispiel veranschaulicht die sozialen Risiken und Grenzen der Wirtschaftsreformen in Osteuropa.

Wesentlich komplizierter und umstrittener als die Privatisierung sind die Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess und die Instrumente der staatlichen Wirtschaftspolitik. Die große Bedeutung des Staates für die moderne Industriegesellschaft ist offensichtlich. Er setzt Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsprozess im Inland (Rechtsordnung, Wettbewerbspolitik, Sozialpolitik, Umweltschutz u. ä.) und gegenüber dem Ausland (Handelspolitik u. ä.) fest und greift bei einem (erkennbaren oder vermuteten) Marktversagen in den Wirtschaftsablauf ein.

Zur Verfolgung wirtschaftspolitischer Ziele stehen marktwirtschaftlich organisierten Ländern verschie-

dene Instrumente zur Verfügung, die allerdings nur dann wirkungsvoll eingesetzt werden können, wenn sie sich auf entsprechende Gesetze, Institutionen und einen leistungsfähigen Verwaltungsapparat stützen können. Die legisistischen Probleme in Osteuropa sind lösbar, allein der Zeitfaktor erschwert diese Situation erheblich. Wenig berücksichtigt wurden bisher die Qualifikation und die Verhaltensweise der „klassischen“ Verwaltung²⁾. Sie ist weder erfahren noch qualifiziert im Umgang mit wirtschaftspolitischen Instrumenten der Marktwirtschaft.

Daher ist es nicht einfach, Erfahrungen und wirtschaftspolitische Instrumente Westeuropas aus der Nachkriegszeit auf Osteuropa zu übertragen. In allen Ländern Westeuropas war während des Zweiten Weltkrieges die Wirtschaft zwar reglementiert, doch blieb im Grunde — auch in den vom Nationalsozialismus beherrschten Ländern — das alte Wirtschaftssystem bestehen. In der Nachkriegszeit wurde das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Kriegswirtschaft übernommen und schrittweise abgeschafft bzw. mit neuen Instrumenten ergänzt. Die unzureichende Effizienz der Verwaltung in Osteuropa könnte daher in vielen Fällen einfache und rasche Lösungen („Schocktherapie“) erzwingen, auch wenn längerfristige Übergangsmaßnahmen wünschenswert und theoretisch auch möglich wären.

Die unzureichende Effizienz der Verwaltung in Osteuropa könnte in vielen Fällen einfache und rasche Lösungen („Schocktherapie“) erzwingen, auch wenn längerfristige Übergangsmaßnahmen wünschenswert wären.

Ein anderer Ansatz der staatlichen Steuerung des Wirtschaftsprozesses bzw. eine Ergänzung dazu ist die Selbststeuerung durch Interessenvertretungen (Korporatismus). In diesem Zusammenhang wird oft von einer Orientierung am schwedischen oder österreichischen Modell gesprochen, das u. a. die Arbeitnehmervertreter (Gewerkschaften) eng einbindet. Im Hinblick auf die großen sozialen Bela-

stungen, die in der Übergangsperiode in Osteuropa unabwendbar sein werden, sollten die Gewerkschaften in den Wirtschaftsprozess miteinbezogen werden, mit dem Recht auf Mitverantwortung und Mitentscheidung. Ob in Osteuropa der Weg der „Sozialpartnerschaft“ („konzertierte Aktion“) beschritten werden kann und soll, ist dennoch fraglich. Daß die Gewerkschaften in Osteuropa von kommunistischen Strukturen beherrscht werden oder daß sich eine Reihe von mächtigen Gewerkschaften bildet, die ihre Eigeninteressen verfolgt, jedoch nicht die Auswirkungen ihrer Handlungen auf die Gesamtwirtschaft berücksichtigt, ist nicht auszuschließen. Dann allerdings könnte ein starkes Mitspracherecht der Gewerkschaften große Schäden verursachen. (Mitunter wird darauf hingewiesen, daß der rasche Aufholprozeß in manchen fernöstlichen Ländern — auch in Japan — und in Spanien durch die schwache Rolle der Gewerkschaften ermöglicht wurde; Calmfors — Driffil, 1988.) Darüber hinaus muß befürchtet werden, daß in strukturschwachen Bereichen Koalitionen von Unternehmen und Arbeitnehmern entstehen könnten, die (mit Unterstützung der regionalen Verwaltungen) den notwendigen Strukturwandel erschweren würden.

Ein bedeutender Teil der Übergangsproblematik ist auch die Unge-
wissenheit, wie die Unternehmen im Osten auf Signale der Wirtschaftspolitik reagieren werden. Dabei ergeben sich vor allem zwei Fragen:

— In einer Marktwirtschaft gleichen Angebot und Nachfrage durch Entscheidungen von Unternehmen und Konsumenten einander aus, die sich an den Erfahrungen über das Verhalten anderer Marktteilnehmer und der staatlichen Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit orientieren. Die meisten Analysen des alten Systems im Osten kommen zu dem Schluß, daß auch dort das Verhalten der Unternehmen, ebenso wie das der Konsumenten, durch einen Lernprozeß erklärt werden kann, der Maßnahmen der Wirtschaftspolitik antizipiert (Roberts 1989). In 40 Jahren Planwirtschaft wurden Verhalten und Er-

¹⁾ Schrettl (1990) weist darauf hin, daß auch in den Marktwirtschaften des Westens die „Anfangsausstattung“ mit Kapital nicht immer „gerecht“ verteilt war.

²⁾ Die „klassische“ Verwaltung wird hier abgegrenzt von der „Wirtschaftsverwaltung“, die von Managern bzw. (im Zuge der Privatisierung) von Unternehmern abgelöst wird.

scher Modelle (Fehlerkorrekturmodelle, Kointegration), die sowohl kurz- als auch langfristige Effekte wiedergeben können, wurden die Zeitreihen untersucht. Spezifikations-tests dienten zur Auswahl der verschiedenen Ansätze. Es wurde ein eigenes makroökonomisches Partialmodell erstellt, um die Wirkungen der Wohnbauförderung mit Hilfe von stochastischen Simulationen zu quantifizieren. Durch Standardisierung auf Querschnittsebene konnten z. B. die Auswirkungen der Wohnbauförderung auf den Konsum isoliert ermittelt werden. Zusätzlich wurde die Bedeutung des Kapitalmarktes (Zinsinflüsse) für den Wohnungsmarkt auf internationaler Ebene verglichen.

In Österreich greift die Wohnbauförderung massiv in den Wohnungsmarkt ein. Mehr als die Hälfte des gesamten Wohnungsbestands ist in Österreich gefördert, und der überwiegende Teil neu errichteter Wohnungen wird derzeit direkt und/oder indirekt vom Staat unterstützt. Der ausschließlich privat finanzierte Wohnungsbau ist in Österreich von untergeordneter Bedeutung. Der Wohnungssektor gehört zu den am stärksten subventionierten Bereichen der österreichischen Wirtschaft. Die Wohnungswirtschaft richtet sich besonders nach den öffentlichen Förderungsinstrumenten.

In der Wohnbauförderung in Österreich spielen historische Faktoren eine wesentliche Rolle. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Förderungspolitik vor allem darauf ausgerichtet, Kriegsschäden zu beseitigen und den quantitativen Nachholbedarf an Wohnungen zu decken. Die Förderungsgestaltung übertrug damals das Risiko der Kapitalbildung — im Hinblick auf die Gewährung von langfristigen, kaum verzinsten Wohnbaudarlehen im Rahmen der Objektförderung — auf die öffentliche Hand. In ihrer Förderungsstrategie neigte die Wirtschaftspolitik — aufgrund historischer Ereignisse (Währungsschnitte, Verlust von Sparvermögen) — eher dazu, der Bildung von Realvermögen Vorrang zu geben, da dem Österreich die Überwälzung des Risikos auf den Staat offenbar besonders wichtig ist. Heute wird die Wohnbauförderung noch von der Objektförderung dominiert, deren Wurzeln demnach bis in die Zwischen- und Nachkriegs-

zeit zurückgehen.

Im Laufe der Jahrzehnte wurde die Förderung zwar mehrmals novelliert. Für bestimmte Fälle wurden eine Subjektförderung sowie Annuitätzuschüsse eingeführt, dennoch verharrte das Schwergewicht auf der Objektförderung. Die Kapitalmärkte sind heute — im Vergleich zur Zeit der Einführung der Wohnbauförderung — leistungsfähiger. Die Förderungsintensität blieb in Österreich in Relation zu anderen europäischen Ländern aber sehr hoch.

Aktuelle Situation

Derzeit werden über 40 Mrd S (1987: 42 Mrd S) direkt und indirekt aus öffentlichen Mitteln für die Wohnungswirtschaft aufgewendet. Dies geschieht zum Großteil durch Darlehensvergaben, Annuitäten- und Zinszuschüsse, Wohnbeihilfen, jedoch auch durch verschiedene Sonderförderungen, Steuerverzicht über Steuerabsetzbeträge für Sonderausgaben, Prämien für Bausparförderung u. ä. Die Subventionierung des Wohnbaus erreicht in Österreich derzeit 2,34% des Brutto-Inlandsproduktes und ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern überdurchschnittlich hoch. Der Anteil der direkten Wohnbauausgaben des Bundes am gesamten Bundeshaushalt beträgt in Österreich 3,2%, in der Bundesrepublik Deutschland, deren Wohnbauförderung ähnlich strukturiert ist, nur 0,6% und in der Schweiz, die überwiegend privatwirtschaftlich orientiert ist, 0,2%.

Im Verhältnis zu den meisten europäischen Ländern sind die Baupreise in Österreich recht hoch. Dies ist für Wohnungserwerber belastend, Bauwirtschaft und Wohnbauträger haben sich auf dieses Preisniveau eingestellt. Die hohen Bruttozinsen sind nicht zuletzt ein Effekt der Zinssubventionen.

Die überdurchschnittlich hohe Wohnbauförderung fließt mehr an höhere und mittlere Einkommensgruppen als an untere. Aus verteilungspolitischer Sicht ist dieser Effekt unerwünscht. Der Großteil der direkten Fördermittel stammt aus zweckgebundenen Steuereinnahmen und ist von der effektiven Wohnungsnachfrage abgekoppelt. Die hohen Einkommensgrenzen, die in der Regel

nicht angepaßt werden, sowie die Zweckbindung der Wohnbauförderung verstärken die negativen Verteilungseffekte.

Die Wohnbauförderung beeinflusst in Österreich die Liquidität der privaten Haushalte und begünstigt dadurch u. a. die Nachfrage nach einkommenselastischen Gütern, woraus sich Leistungsbilanzprobleme ergeben können. Sie bewirkt auch gewisse Mitnahmeeffekte: Haushalte, die auch ohne Wohnbauförderung neuen Wohnraum schaffen würden, erhalten diese Subvention trotzdem. Hier bedeutet die Wohnbauförderung hauptsächlich eine günstige Finanzierungsmöglichkeit bzw. ein Vorziehen des Wohnungswunsches. Die Auswirkung auf den privaten Konsum zeigt, daß die Wohnbauförderung Ausgaben für dauerhafte Güter begünstigt. Neben jenen Konsumgütern, die unmittelbar mit der Wohnraumschaffung zusammenhängen, wie z. B. Möbeln, Einrichtungsgegenständen u. ä., kommt die Wohnbauförderung in gewissen Teilbereichen auch anderen dauerhaften Konsumgütern zugute — etwa Pkw. Ebenso unterstützt sie indirekt den Erwerb von Zweitwohnungen.

Bezogen auf die Verschuldungsbereitschaft der österreichischen Haushalte zeigt die Studie, daß rund 72% der gesamten Verschuldung auf den Wohnbau entfallen, der Rest bleibt für Konsumgüter. Über 55% der gesamten Verschuldung der privaten Haushalte werden durch öffentliche Darlehen gefördert. Trotz der großen Bedeutung der öffentlichen Wohnbaufinanzierung spielt auch die Bankenfinanzierung eine wichtige Rolle. Die Zinselastizität ist in Österreich infolge der hohen Förderungsintensität im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr gering. Allerdings reagiert der Bereich der nichtgeförderten Fremdfinanzierung relativ heftig auf Zinssatzsteigerungen.

Von den Wohnbaukrediten sind vor allem die Kredite von Bausparkassen hervorzuheben. Der gesamte Bausparkassen-Sektor stellt etwa die Hälfte der gesamten Wohnbaukredite des Bankensektors zur Verfügung, davon werden etwa 90% mit dem konstanten Satz von 6% verzinst. Wegen der günstigen Konditionen für Bauspardarlehen sind die Finanzierungskosten im Wohnbau — bezogen auf Barwerte —

tumsvorsprung aus der Industrie nicht halten. Hingegen beeinträchtigten die mäßigen Ergebnisse im Fremdenverkehr dank der kräftigen Industriekonjunktur die gesamte regionale Konjunktur in Niederösterreich (+6,6%) und in der Steiermark (+5,8%) nicht entscheidend. In den beiden westlichen Wachstumspolen Tirol (+6,3%) und Vorarlberg (+6,0%) dämpfte die Industrie, die sich in Tirol im Österreich-Durchschnitt und in Vorarlberg sogar überdurchschnittlich entwickelte, nicht den außerordentlichen Wachstumsbeitrag des Fremdenverkehrs.

Ohne den Beitrag der Energieerzeugung hätte die Wiener Wirtschaft (Brutto-Wertschöpfung mit Energieversorgung +3,3%, ohne Energieversorgung +3,1%) auch diesmal wieder das schwächste Wachstum in Österreich erreicht. Deutlich unter dem Österreich-Durchschnitt blieb die Wirtschaft Kärntens (Brutto-Wertschöpfung mit Energieversorgung +2,1%, ohne Energieversorgung +3,4%). Die größten Bremseffekte gingen von der mäßigen Industrieproduktion, einer besonders ungünstigen Zwischensaison im Fremdenverkehr sowie dem Rückgang in der Energiegewinnung (-10%) aus. Diese drei Wirtschaftszweige dämpften auch das Wachstum von Oberösterreichs Wirtschaft (Brutto-Wertschöpfung mit Energieversorgung +3,6%, ohne Energieversorgung +4,0%). Hier überrascht vor allem, daß die Industrie nur so wenig vom Nachfrageboom der BRD und der Investitionsgüterkonjunktur profitierte. Das gilt abgeschwächt auch für Salzburg, das überdies — als eines der wenigen Bundesländer — keinen Bauboom erlebte (Brutto-Wertschöpfung mit Energieversorgung +3,5%, ohne Energieversorgung +4,3%).

Industriekonjunktur regional uneinheitlich

Die Expansion der Industrieproduktion Österreichs wurde nicht zuletzt von der in Schwung gekommenen Nachfrage nach Investitionsgütern begünstigt, sie prägte auch die regionalen Schwerpunkte. Der Index der Industrieproduktion (arbeitstägig bereinigt) stieg im II. Quartal in Niederösterreich um 17,9%, im Burgenland um 18,9%, in der Steiermark um

Indikatoren der Industrieentwicklung II. Quartal 1990

Übersicht I

	Produktionsindex	Produktionswert	Geleistete Arbeiterstunden	Beschäftigte
		In % des Vorjahres	Österreich = 100,0	
Wien	96,7	100,9	97,7	97,8
Niederösterreich	108,7	102,3	100,0	100,8
Burgenland	102,3	107,5	105,2	104,5
Steiermark	109,7	107,2	102,1	101,4
Kärnten	95,8	93,7	98,8	99,3
Oberösterreich	92,6	93,0	99,7	99,8
Salzburg	93,6	97,8	101,0	101,4
Tirol	97,2	98,9	100,3	101,5
Vorarlberg	108,8	109,3	98,7	100,9
Österreich	100,0	100,0	100,0	100,0

20,0% und in Vorarlberg um 14,1% (Österreich insgesamt +8,5%). In Salzburg hingegen sank der Produktionsindex (-1,8%), und auch in Kärnten (+1,2%) und Oberösterreich (+0,5%) entwickelte er sich nur schwach. In den beiden letztgenannten Bundesländern kann für Industriewaren auch ein Preisverfall eingesetzt haben, da der nominelle Produktionswert abnahm (Oberösterreich -2,6%, Kärnten -0,6%). In den meisten anderen Bundesländern war die Differenz zwischen der Veränderung des Produktionswertes und des Produktionsindex der Industrie gleichfalls negativ, ausgenommen in Salzburg (+5,0 Prozentpunkte). Ob das in Salzburg Ausdruck einer erfolgreichen Produktspezialisierung auf den westeuropäischen Markt ist, bleibt über einen längeren Zeitraum hindurch zu beobachten. Wien ist nach wie vor das einzige Bundesland, in dem die Industrie (Index der Produktion +9,1%) Arbeitsplätze abbaut (-1,1%, Österreich +1,9%). Demgegenüber weitete die burgenländische Industrie ihre Kapazität beträchtlich aus (Beschäftigung +6,6%).

Im Fremdenverkehr sind die Ergebnisse durch die Verschiebung der Osterferien vom I. Quartal ins II. Quartal verzerrt (Übernachtungen in Österreich insgesamt +15,7%). Dieser Kalendereffekt kam vor allem den westlichen Bundesländern (Vorarlberg, Tirol, Salzburg) zugute, die zu Ostern beliebtes Ziel für den Wintersporttourismus sind. In den Monaten Mai und Juni konnte Österreichs Fremdenverkehrswirtschaft nach dem ungünstigen Ergebnis im abgelaufenen Winterhalbjahr wieder Zuwächse verzeichnen (Übernachtungen +5,3%). Die dynamische Entwicklung

strebte breit, allein die Regionen Südösterreichs konnten daran nur eingeschränkt teilhaben (Übernachtungen in Kärnten -1,4%, in der Steiermark +2,3%). Im Osten Österreichs gingen vom dynamischen Städtetourismus in Wien (Übernachtungen im Frühjahr +6,9%) bedeutende Spill-over-Effekte auf das Burgenland und auf Niederösterreich über. Niederösterreich spezialisiert sich darüber hinaus im-

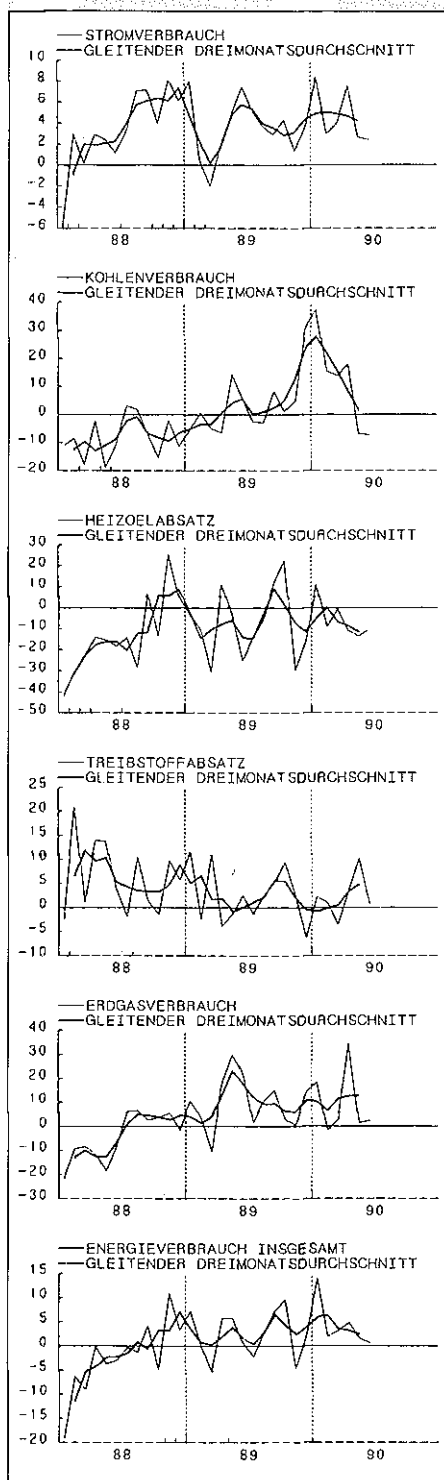
Der späte Ostertermin bewirkte im Fremdenverkehr einen positiven Kalendereffekt, besonders die westlichen Bundesländer profitierten davon. Die Stromerzeugung konzentrierte sich auf den Osten Österreichs. Die Industrie folgte keinem Wachstumsgefälle, schwächer entwickelte sich die Produktion vor allem in Salzburg, Oberösterreich und in Kärnten.

mer stärker auf den anspruchsvollen Kurzurlauber; im Frühjahr konnte es auf die höchste Frequenzsteigerung (Ankünfte +14,4%) aller Bundesländer verweisen. Von den westlichen Bundesländern verlor Vorarlberg (Übernachtungen im Frühjahr +4,6%) Marktanteile an Tirol (+7,9%) und Salzburg (+8,3%). Das ist u. a. auf das Fehlen eines attraktiven Angebotes für den Städtetourismus zurückzuführen.

Die Belebung der Bauwirtschaft (Umsätze im II. Quartal +10,1%), die bereits im Herbst 1989 eingesetzt hat, stützen sowohl private (+12,4%) als auch öffentliche Bauträger (+6,6%). Sie erfaßte die meisten Sparten, nur im Wohnbau wirkt die Umstellung des Förderungssystems dämpfend. Die breite Streuung der Nachfrage nach den verschiedenen Baubereichen schuf auch ein relativ ausgegliches

Entwicklung des Energieverbrauchs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



mehr (+14%) als die Treibstoffpreise (+4%) Erdgas, elektrischer Strom und Fernwärme kosteten gleich viel wie vor einem Jahr. Der Anstieg der Verbraucherpreise für Mineralölprodukte infolge der Golfkrise begann im August, und die Preise erreichten im Oktober den bisherigen Höchststand. Die übrigen Energieträger sind den Erdölpreisen bisher noch nicht ge-

folgt, sie reagierten auch in der Vergangenheit mit einiger Verzögerung. Zur Zeit (Ende Oktober) liegen die Energiepreise um etwa 8% über dem Niveau des Vorjahres. Bleiben sie auf diesem Niveau, ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 1990 eine Teuerungsrate von 4½%. Bleiben sie bis Ende des nächsten Jahres unverändert, dann ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 1991 eine Teuerungsrate von gut 4%. Die Energiepreise würden unter dieser Voraussetzung im nächsten Jahr knapp ½ Prozentpunkt zur gesamtwirtschaftlichen Preissteigerung beitragen. Darüber hinaus ist aber damit zu rechnen, daß 1991 im Sog des Auftriebs der Preise von Mineralölprodukten auch die Preise der übrigen Energieträger steigen werden.

Die Nachfrage nach den einzelnen Energieträgern hat sich im 1. Halbjahr 1990 je nach Verwendungszweck sehr unterschiedlich entwickelt. Der Energiebedarf für Industrieöfen und für die Raumheizung stagnierte, der Bedarf für mechanische Zwecke und für Fahrzeugmotoren nahm spürbar zu, und der Energieeinsatz für die Dampferzeugung in Wärmekraftwerken erhöhte sich sprunghaft. Die Veränderung der relativen Energiepreise begünstigte auf dem Wärmemarkt vor allem den Einsatz von Erdgas und Fernwärme zu Lasten des Heizöls. Wegen der Trockenheit mußte Wasserkraft für die Stromerzeugung zum Teil durch Brennstoffe ersetzt werden. Im 1. Halbjahr 1990 wurde viel mehr Kohle (+17%) und Erdgas (+10%) verbraucht als im Vorjahr. Der Verbrauch von Mineralölprodukten nahm viel weniger zu (+4%), der Einsatz von Wasserkraft zur Stromerzeugung war stark rückläufig (Stromerzeugung aus Wasserkraft einschließlich des Außenhandels mit elektrischer Energie -8%). Der Deckungsbeitrag des Erdöls hat sich somit weiter verringert, was energiepolitisch günstig ist. Allerdings trug heuer vor allem das milde Winterwetter zur Verringerung des Erdölanteils bei.

Energieimporte nehmen stark zu

Wegen der Trockenheit stand weniger heimische Wasserkraft für die Stromerzeugung zur Verfügung, daher blieb die inländische Energieproduktion insgesamt deutlich unter der

Vorjahresmarke (-4%). Zum Ausgleich des Produktionsrückgangs und zur Deckung des kräftig wachsenden Bedarfs (Inlandsnachfrage nach Energie +5%, Energieexporte +1%, insgesamt +5%) mußte daher viel mehr Energie aus dem Ausland bezogen werden (Energieimporte +9%). Die für Österreich wichtigen Energieexporteure hatten im Winter 1989/90 ihre Preise stark angehoben. Sie konnten die Preise aber im Frühjahr nicht halten, und Wechselkursverluste des Dollars trugen zusätzlich zum Rückgang der Importpreise bei. Im 1. Halbjahr 1990 wurde um 9% mehr Energie importiert, die Kosten dafür stiegen um 12%, daraus errechnet sich eine Steigerung der Importpreise um 2½%. Viel mehr als im Vorjahr kostete importiertes Erdgas (+35%), Kohle verteuerte sich nur mäßig (+4%), und Erdöl sowie Erdölprodukte waren sogar billiger (-5%). Der starke Preisanstieg für Importgas erklärt sich mit der verzögerten Reaktion auf vorangegangene Preiserhöhungen für Erdöl. Insgesamt wurden heuer 15,0 Mrd. S für Energieimporte ausgegeben (1989 13,5 Mrd. S) und 2,4 Mrd. S (2,8 Mrd. S) für Energieexporte eingenommen. Per Saldo erhöhte sich die Belastung der Handelsbilanz durch Energiebezüge aus dem Ausland somit um 18% auf 12,6 Mrd. S (10,7 Mrd. S). Hohe Lagerkäufe und stark steigende Importpreise infolge der Golfkrise werden in der zweiten Jahreshälfte die Energierechnung noch kräftiger anheben.

Sprunghafte Erhöhung der Erdölpreise nach der Blockade irakischer Exporte

Die Bedingungen auf dem Weltmarkt für Energie haben sich heuer mehrmals geändert. Trotz des lang anhaltenden Wachstums der Weltwirtschaft stieg die Energienachfrage nur mäßig, das Energieüberangebot schrumpfte kaum und drückte auf die Preise. Im Winter 1989/90 begannen sich erstmals die Erdölpreise bei steigender Produktion zu festigen. Eine Trendwende schien sich anzukündigen. Der neuerliche Einbruch der Erdölpreise im Frühjahr kam daher überraschend. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait förderten viel mehr Erdöl, als vereinbarungsgemäß ihrem OPEC-Anteil entsprochen

ten wirtschaftlichen Gegebenheiten richten. In nicht oder nur schwach gewerkschaftlich organisierten Sektoren würden die Löhne dagegen rascher und stärker auf wechselnde wirtschaftliche Umstände, etwa die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt, reagieren. Die unterschiedlichen Mechanismen zur Lohnfestsetzung ergeben auch hier eine Vergrößerung der Lohnunterschiede bei einer Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt; umgekehrt verringern sich diese Unterschiede, wenn die Löhne im nicht gewerkschaftlich organisierten Sektor im Sog der Nachfrage nach Arbeitskräften rascher steigen als die schon für eine längere Zeit festgelegten Löhne im Gewerkschaftssektor.

Die Schwankungen in den Lohnunterschieden lassen sich durch zwei nicht klar abgrenzbare Ansätze erklären: die Effizienzloohnhypothese und die Hypothese von nicht-kompetitiven Elementen auf dem Arbeitsmarkt.

Der Erklärungswert dieser Hypothese scheint für die Lohnbildung in Österreich, zumindest vordergründig, nur begrenzt zu sein. Laut internationalen Vergleichen ist in Österreich die Konzentration der gewerkschaftlichen Macht im Dachverband der Gewerkschaften relativ hoch (*Calmfors — Driffil, 1988*). Damit sei eine Koordination der Lohnforderungen der einzelnen gewerkschaftlichen Verhandlungsgruppen gewährleistet; diese schaffe günstige Voraussetzungen für die Durchsetzung einer solidarischen Lohnpolitik, die auf gleiche Lohnzuwachsrate für alle Arbeitnehmergruppen achtet³⁾. Tatsächlich wiesen die in den Kollektivverträgen einzelner Branchen ausgehandelten tariflichen Mindestlöhne lange Zeit ähnliche Erhöhungssätze auf. Dennoch entwickelten sich die tatsächlich bezahlten Verdienste (Effektivverdienste) über einen längeren Zeitraum auseinander (darauf wird später näher eingegangen). Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung der Löhne in den sechs Fachverbänden der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, wo trotz identischer Tariflohnabschlüsse (und nahezu gleicher Ist-Lohnerhöhungen) die Entwicklung der Effektivverdienste in den einzelnen Fachverbänden unterschiedlich verlief (*Pollan, 1986*). Dies könnte als Hinweis darauf gewertet werden, daß nicht-kompetitive Elemente in Österreich weniger als in anderen Ländern auf der Ebene der Gewerkschaften zur Geltung kommen, sondern mehr auf der Ebene der Betriebe bzw. der Betriebsräte. Hierbei dürften institutionelle Faktoren, wie Eigentums- und Marktform (Monopol, Oligopol und andere Arten der Konkurrenz), von Bedeutung sein⁴⁾. Untersuchungen über die absoluten Lohnunterschiede in der Industrie, insbesondere der Vergleich der Lohnstruktur in Österreich mit jener in der BRD (*Walterskirchen, 1987*), weisen diesen Faktoren großes Gewicht zu. Der Umstand, daß die Tarifloohnerhöhungen in den letzten Jahren nicht mehr einheitlich waren, könnte ebenfalls diese Vermutung verstärken: Institutionelle Faktoren haben an Bedeutung gewonnen, und bestehende Lohnunterschiede können immer weniger mit dem oben angeführten ökonomischen Ansatz erklärt werden. In dieses Bild paßt insbesondere die Beobachtung, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht wie früher für die gesamte Wirtschaft durch

einen Generalkollektivvertrag eingeführt wurde, sondern ein Ziel wurde, dessen Durchsetzung der Stärke der einzelnen Arbeitnehmergruppen überlassen ist.

Die Unterscheidung zwischen Arbeitskräften aus dem Inland und dem Ausland

Zahl und Verteilung von ausländischen Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt scheinen eng mit der Höhe und der Entwicklung der Lohnunterschiede zusammenzuhängen. Dies legt den Schluß nahe, daß die Verteilung der Arbeitskräfte aus dem Ausland über die Wirtschaftsbereiche ein Kriterium ist, das eine Unterscheidung zwischen der Fluktuationserklärung und der institutionellen Hypothese erlaubt.

Unter Arbeitskräften mit denselben Fähigkeiten und derselben Ausbildung dürften Anstellungs- und Ausbildungskosten für ausländische Arbeitskräfte höher sein als für inländische. Dafür sprechen anfängliche Verständigungsprobleme sowie der Umstand, daß sich ausländische Arbeitskräfte manchmal erst an das System der industriellen Fertigung anpassen müssen. Die Unterschiede in der Höhe der Anpassungskosten zwischen inländischen und ausländischen Arbeitskräften sind jedoch nicht der einzige Faktor; das Argument der Anpassungskosten hat auch eine Zeitdimension, nämlich die Dauer der Beschäftigung, während der sich die Investitionen in die Arbeitskräfte amortisieren. Bei gleich hohen Anpassungskosten werden Inländer dann eher eingestellt, wenn für Ausländer eine kürzere Beschäftigungsdauer erwartet wird — z. B. weil die Fluktuation für ausländische Arbeitskräfte höher eingeschätzt wird oder die Dauer der Arbeitsgenehmigung ungewiß ist.

Arbeitskräfte aus dem Ausland stehen vorwiegend mit jenen Inländern im Wettbewerb, die rasch und ohne große Kosten in ein Unternehmen eingegliedert werden können. Der Zustrom von Ausländern verringert daher den relativen Lohn in Bereichen mit niedrigen Anpassungskosten.

Arbeitskräfte aus dem Ausland dürften daher jene aus dem Inland besonders in Wirtschaftszweigen mit niedrigen Anpassungskosten konkurrenzieren. Also wird in diesen Branchen der Anteil an Gastarbeitern überdurchschnittlich hoch sein, und die relativen Löhne werden (in diesen Bereichen) durch die Zunahme des Anteils der Fremdarbeiter an der Gesamtbeschäftigung gedrückt. Tatsächlich entspricht die Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte auf die einzelnen Wirtschaftssektoren im großen und ganzen jener, die zu erwarten ist, wenn die innerbetrieblichen Ausbildungskosten in der Lohnsetzung von Bedeutung sind (*Pollan, 1980, 1982*).

Die Konzentration ausländischer Arbeitskräfte in einigen Wirtschaftszweigen ist jedoch auch mit einer rein institutionellen Interpretation zu vereinbaren. Wenn in einem Wirtschaftssektor Gewerkschaften und Betriebsräte Löhne durchsetzen, die über dem Marktlohn liegen, kann das Unternehmen unter den geeigneten Arbeitskräften (die bereit sind, in dem Unternehmen zu arbeiten) jene,

³⁾ Zum Verhältnis zwischen Dachgewerkschaft und Einzelgewerkschaft vgl. *Guger (1990B)*.

⁴⁾ Allerdings läßt sich allein die Beobachtung, daß sich die Effektivverdienste trotz einheitlicher Tarifloohnerhöhungen auseinanderentwickeln, auch mit anderen Strukturmerkmalen, die sich aus der Hypothese der Effizienzlöhne ergeben, vereinbaren.

Industrie

	1987	1988	1989	1990				1990		
				I Qu	II Qu	III Qu	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	+ 19	+ 84	+ 68	+ 83	+ 66	+ 49	+ 36	+ 27	+ 80	
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	- 24	+ 66	+ 41	+190	+ 12	+ 58	- 86	+125	+170	
Für die Textil- und Lederbranchen	- 42	+ 11	+ 30	+104	+ 96	+ 65	+ 87	+ 46	+ 59	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 28	+108	+ 44	+ 55	+ 27	+ 36	+ 24	+ 35	+ 48	
Für die Chemie	+ 85	+123	+ 71	+ 12	+ 08	-134	- 51	-206	-150	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	+ 63	+ 79	+ 24	+ 62	+ 25	- 26	+ 49	-102	- 21	
Für die Grundmetallverarbeitung	+ 27	+ 09	+ 19	- 64	- 45	-127	-174	-131	- 75	
Für die Technische Verarbeitung	- 08	+105	+ 99	+121	+115	+138	+122	+109	+174	
Für die Bauwirtschaft	+ 42	+111	+ 68	+ 46	+ 35	+ 37	+ 27	+ 35	+ 47	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 51	+ 66	+ 66	+146	+112	+ 88	+ 63	+ 58	+140	
Ausrüstungsinvestitionen	- 81	+ 62	+ 54	+191	+258	+176	+166	+251	+129	
Fahrzeuge	-185	+164	-117	+408	+962	+931	+1408	+660	+795	
Maschinen und Elektrogeräte	- 86	+ 30	+ 62	+186	+246	+141	+ 92	+271	+ 89	
Sonstige	+ 10	+123	+123	+122	+ 18	+ 28	+ 37	+ 45	+ 06	
Konsumgüter	- 10	+ 04	+ 61	+ 86	+ 55	+ 73	+ 64	+ 79	+ 75	
Verbrauchsgüter	+ 13	+ 16	+ 54	+ 76	+ 35	+ 88	+ 67	+ 92	+104	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 31	- 28	+ 20	+ 46	+ 14	+ 06	+ 73	- 17	- 26	
Langlebige Gebrauchsgüter	- 25	+ 27	+143	+170	+157	+135	+ 43	+202	+163	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	- 08	+ 60	+ 65	+102	+ 97	+ 77	+ 65	+ 78	+ 85	
Nicht arbeitstäglich bereinigt	- 04	+ 64	+ 58	+117	+ 78	+ 73	+114	+ 78	+ 31	
Konjunkturreihe	- 07	+ 62	+ 63	+107	+ 91	+ 75	+ 80	+ 78	+ 69	
Produktivität pro Kopf	+ 21	+ 83	+ 57	+ 83	+ 77		+ 45	+ 60		
Produktivität pro Stunde	+ 48	+ 83	+ 60	+ 86	+ 83		+ 67	+ 53		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 24	+102	+ 93	+105	- 13	- 08	- 08	+ 58	- 64	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 18	+ 88	+160	+129	+114	+ 64	+ 71	+ 75	+ 46	

Bauwirtschaft

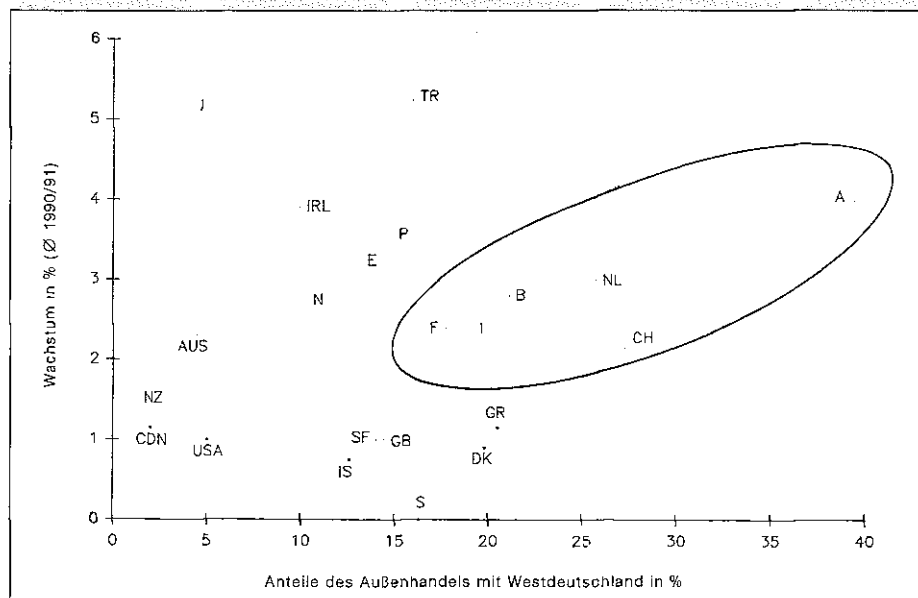
	1987	1988	1989	1990				1990		
				I Qu	II Qu	III Qu	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktionswert (nominal)	+51	+ 67	+36	+ 55	+101		+132	+139		
Hochbau	+72	+123	+20	+ 39	+ 93		+103	+114		
Tiefbau	+40	+ 01	+53	+ 44	+ 92		+136	+144		
Beschäftigte	+19	- 14	+18	+ 31	+ 31		+ 42	+ 58		
Hochbau	+12	- 08	+06	+ 14	+ 11		+ 27	+ 30		
Tiefbau	+20	- 31	+36	+ 42	+ 33		+ 43	+ 56		
Auftragsbestände	+08	- 53	+12	+ 71	+105					
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+39	- 21	+09	+129	+107					
Preisindex Hochbau	+23	+ 32	+36	+ 28	+ 46	+45				
Wohnbau	+36	+ 33	+35	+ 28	+ 45	+45				
Preisindex Tiefbau		+ 19	+26	+ 28	+ 28	+37				
Straßenbau	+02	- 05	+08	+ 30	+ 30	+40				

Energiewirtschaft

	1987	1988	1989	1990				1990		
				I Qu	II Qu	III Qu	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	+ 75	- 15	- 04	- 40	- 32		+ 03	-144		
Kohle	- 62	-327	- 30	+136	+106	+438	+ 475	+410	+439	
Erdöl	- 48	+106	- 15	+ 18	+ 48		+ 106	+131		
Erdgas	+ 50	+ 74	+ 47	- 01	- 27		+ 85	- 52		
Stromerzeugung	+131	- 30	+ 23	+ 70	+ 06	- 57	- 46	-110	- 12	+ 26
Wasserkraft	+159	- 05	- 11	-103	- 72	-175	- 64	-282	-200	-154
Wärmekraft	+ 63	- 95	+124	+359	+424	+549	+113	+905	+534	+408
Verbrauch	+ 38	- 28	+ 22	+ 69	+ 27		+101	+ 92		
Kohle	+ 54	-119	+ 39	+302	+ 25		-159	+173		
Erdöl, Mineralölprodukte	+ 21	- 12	+ 01	+ 48	+ 18		+229	+139		
Treibstoffe	+ 09	+ 61	+ 35	+ 14	+ 48		+ 106	+ 69		
Normalbenzin	+187	+ 08	+ 98	+ 70	+ 70		+ 78	+ 74		
Superbenzin	- 31	+ 15	- 18	- 42	- 11		+ 15	- 27		
Dieselmotorkraftstoff	- 06	+134	+ 66	+ 49	+ 96		+201	+166		
Heizöle	+ 07	-120	- 63	- 17	-104		+544	+422		
Gasöl für Heizzwecke	+ 76	- 31	+ 13	- 73	- 91		+1722	+448		
Sonstige Heizöle	- 21	-160	-101	+ 09	-113		- 04	+395		
Erdgas	+ 50	- 57	+ 78	+ 72	+144		+ 97	+221		
Elektrischer Strom	+ 36	+ 31	+ 30	+ 49	+ 38	+ 35	+ 34	+ 26	+ 46	+ 60

„Konjunkturinsel“ Mitteleuropa

Abbildung 1



Die zusätzliche Nachfrage aus der ehemaligen DDR begünstigt nicht nur die westdeutsche Konjunktur, sie gibt auch jenen Ländern Impulse, die am intensivsten mit Deutschland Handel betreiben. Dies trifft im wesentlichen auf die Nachbarstaaten in Mitteleuropa zu. Daher ist für diese Länder der positive Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum im Durchschnitt 1990/91 und Außenhandelsintensität mit Deutschland am deutlichsten ausgeprägt. Die Außenhandelsintensität ist gemessen als Summe des Außenhandels mit Westdeutschland in Prozent der Summe des gesamten Außenhandels der einzelnen Länder.

tumsimpuls kurzfristig ¼%, mittelfristig (im Jahr 2001) 1% des realen BIP

Die These, daß neben Westdeutschland jene Länder am meisten von der deutschen Wiedervereinigung profitieren, die am meisten Außenhandel mit der BRD betreiben, illustriert Abbildung 1. Tatsächlich besteht dieser positive Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum 1990/91 und der Außenhandelsintensität mit der BRD. Die deutsche Wiedervereinigung schafft somit vorübergehend eine „Konjunkturinsel Mitteleuropa“ (für Österreich, Belgien, Niederlande, Frankreich, Italien und Schweiz) inmitten einer weltweiten Wachstumsrezession. Am wenigsten profitieren vom Deutschland-Effekt — neben den Ländern in Übersee (Nordamerika, Australien, Neuseeland) — die skandinavischen Länder und Großbritannien. Dieser unterstellte Zusammenhang erstreckt sich nicht auf Japan, Norwegen (begünstigt durch den Anstieg der Erdölpreise) sowie die europäischen Entwicklungsländer, deren Wirtschaft fast immer überdurchschnittlich wächst (Türkei, Irland, Portugal, Spanien). Griechenland ist nicht eindeutig zuzuordnen.

Das Konjunkturbild hat sich durch die Krise am Persischen Golf gegen-

über der Einschätzung vom Juni 1990 grundlegend geändert. Der neuerliche Erdölpreisanstieg ist in der Wirkungsweise (Terms-of-Trade-Verschlechterung, Inflation, Wachstumseinbußen, Leistungsbilanzverschlechterung)

Wachstumsrezession 1991, leichte Erholung 1992

nicht aber im Ausmaß den beiden vorangegangenen Erdölpreiskrisen vergleichbar. Dies gilt zumindest unter der hier gesetzten Annahme einer Normalvariante der Erdölpreisentwicklung. Durch verschiedene Maßnahmen ist der Energieverbrauch (Energieintensität) und damit auch die Energieimportabhängigkeit in den meisten Ländern zurückgegangen.

Das Wirtschaftswachstum verlangsamt sich stärker als bisher erwartet. Für 1991 wird mit + 2% für die OECD insgesamt bzw. + 2,3% für OECD-Europa der Konjunkturtiefpunkt erwartet.

Das WIFO muß daher seine Wachstumsprognosen für das kommende Jahr zurücknehmen. Mit Ausnahme von Deutschland, dessen Fiskalpolitik expansiv sein wird (Kosten“

der Wiedervereinigung), führen die meisten Länder ihre Politik der Budgetkonsolidierung fort. Die Geldpolitik folgt diesseits und jenseits des Atlantiks entgegengesetzten Linien: In Europa werden die Zinsen (nicht zuletzt infolge des zusätzlichen Kapitalbedarfs in Deutschland und den Oststaaten) hoch bleiben, in den USA niedrig. Unter dieser Konstellation ist keine Erholung des Dollarkurses zu erwarten. Die Konjunktur wird in den Industrieländern im kommenden Jahr in eine Wachstumsrezession abgleiten. Das Brutto-Nationalprodukt der OECD insgesamt wird 1990 noch um 2¼% wachsen. Nach der Verlangsamung 1991 auf +2% ist 1992 (+2½%) wieder ein leichter Aufschwung zu erwarten (Übersicht 1).

Arbeitslosigkeit steigt

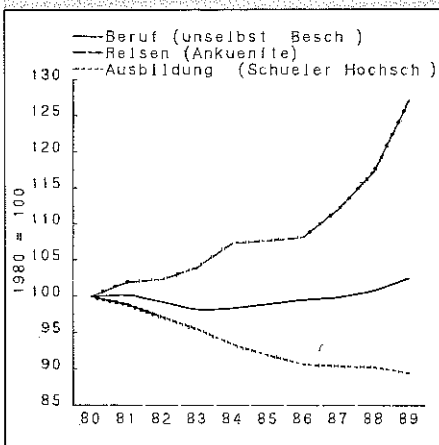
Im Jahre 1988 verzeichnete die OECD das höchste Beschäftigungswachstum seit 15 Jahren (+1,9%). Seither verlangsamte es sich bis auf 1,3% in diesem Jahr. Hier schlägt vor allem die Entwicklung in einigen großen Industriestaaten durch (USA, Großbritannien, Kanada). In vielen anderen Ländern wurde der Höhepunkt erst 1989 oder 1990 erreicht (z. B. Japan, Westdeutschland, Frankreich, Österreich). Ein ähnliches Verlaufsmuster weist das Arbeitsangebot auf. Ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit wird im kommenden Jahr in Nordamerika, Australien, Schweden und Finnland erwartet. In Westdeutschland, dessen Arbeitsmarkt bisher eine große Zahl von (gut ausgebildeten) Einwanderern absorbiert hat, wird sie sich — ebenso wie in Japan, Frankreich, Italien, Dänemark und in der Schweiz — leicht erhöhen.

Bis Ende 1992 wird damit gerechnet, daß die Wachstumsabschwächung bzw. -rezession die Nachfrage nach Arbeitskräften sinken und die Arbeitslosigkeit zunehmen läßt. Die Arbeitslosenquote dürfte in der OECD insgesamt von 6,3% 1990 auf 7% 1992 steigen, in Europa auf bis zu 8,5% (Übersicht 2). Auch nach einem der längsten Konjunkturaufschwünge der Nachkriegszeit bleibt damit das Problem der Arbeitslosigkeit unge-
löst.

Seit Ausbruch der Krise am Persi-

Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen

Abbildung 1



Rückläufige Schülerzahlen bremsen das Wachstum des öffentlichen Personenverkehrs.

schäftigter (+0,2%) dem Individualverkehr Marktanteilsgewinne. Das Wachstum des Urlaubsverkehrs (Ankünfte +2,2%) begünstigt beide Verkehrsträger gleich.

Die laufende Verbesserung der Einkommen in den achtziger Jahren wirkte sich ebenfalls auf die Struktur der Verkehrsnachfrage aus. Sie förderte den Trend zum dezentralen Siedeln in Einfamilienhäusern und erhöhte die Zahl der Haushalte mit zwei und mehr Autos. Für den Individualverkehr ergaben sich daraus neue Impulse, insbesondere im Berufs-, Einkaufs- und Freizeitverkehr.

Güterverkehr

Die Struktur des Güterverkehrs kann anhand warenspezifischer

Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen

Übersicht 2

	1970/1980	1980/1989
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %	
Sachgüterproduktion, real	+3,2	+2,2
Grundstoffindustrie	+1,0	+1,0
Bauwirtschaft	+2,3	-0,2
Einzelhandelsumsätze, real	+3,3	+1,5
Außenhandel (Menge ¹⁾)	+3,6	+3,0

Q: WIFO-Datenbank — ¹⁾ In t ohne Rohöl und Erdgas

Transportstatistiken und branchenspezifischer Werkverkehrskapazitäten ermittelt werden. Der Transport-schwerpunkt der Bahn liegt im Bereich der Rohstoffe und einiger Halbfertigwaren der Grundstoffindustrie. Die wichtigsten „Bahngüter“ sind Erze, Metallabfälle, Kohle, chemische Grundstoffe, Düngemittel, Eisen und andere Metalle, Zellstoff, Papier sowie landwirtschaftliche Rohwaren. Kon-

Die zunehmende Dezentralisierung der Besiedelung förderte das Wachstum des Individualverkehrs. Die Bahn verlor Marktanteile im Nahverkehr durch rückläufige Schülerzahlen.

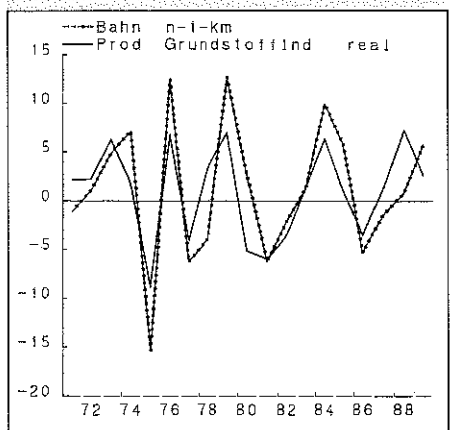
sum- und Investitionsgüter befördert überwiegend der Lkw, außerdem sammelt und verteilt er Bahngüter in der Fläche. Gemessen an den Lkw-Kapazitäten im Werkverkehr und den vom Fuhrgewerbe transportierten Gütern sind der Bausektor (einschließlich Baustoffproduktion), die Nahrungs- und Genußmittelbranche (insbesondere Getränke), der Mineralölhandel und die Holzwirtschaft die am stärksten Lkw-bezogenen Branchen (Puwert, 1978).

In den achtziger Jahren nahm die Nachfrage nach dem Güterverkehr viel weniger zu als im vorangegangenen Jahrzehnt. Die gesamte Sachgü-

Produktion und Verkehr

Abbildung 3

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

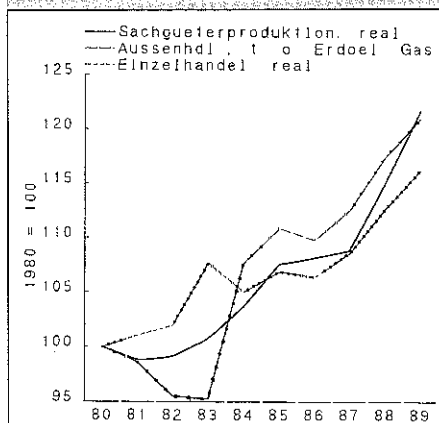


In der Transportleistung der Bahn spiegeln sich die konjunkturellen Schwankungen der Grundstoffindustrie.

terproduktion stieg in den letzten neun Jahren im Durchschnitt um 2,2% pro Jahr, die bahnadäquate Grundstoffindustrie wuchs allerdings um nur 1%. Die Produktion der Bauwirtschaft ging tendenziell zurück. Ein Vergleich der konjunkturellen Schwankungen der Grundstoffindustrie mit der Entwicklung der gesamten Transportleistungen auf der Schiene zeigt, wie bedeutungsvoll diese Nachfragekomponente für die Bahn ist. Wichtige Indikatoren für die Güterverkehrsnachfrage sind die Ein- und Ausfuhrmengen sowie die Umsätze des Einzelhandels. Während der Außenhandel durch die hohen durchschnittlichen Beförderungsmengen für den Transport mit der Bahn günstige Voraussetzungen bietet, ist man in der Verteilung von Konsumgütern in der Fläche auf den Lkw angewiesen. In den achtziger Jahren expandierte der Außenhandel doppelt so rasch wie die realen Einzelhandelsumsätze, daraus lassen sich strukturelle

Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen

Abbildung 2



Das Transportaufkommen im grenzüberschreitenden Verkehr nahm in den letzten Jahren kräftiger zu als im Inlandverkehr.

Investitionen in Straße und Bahn sowie private Kfz-Anschaffungen

Übersicht 3

	Eisenbahn	Investitionen Straßenbauten	Straßenfahrzeuge Mill. S. nominell	Privater Konsum Pkw
1970	2 598	7 576	7 657	5 612
1980	8 712	18 556	16 448	21 172
1989	10 421	15 638	28 979	39 772

	Reale durchschnittliche jährliche Veränderung in %			
1970/1980	+6,7	+1,2	+5,4	+8,1
1980/1989	-2,9	-4,7	+3,7	+3,9

Q: WIFO-Datenbank